



Bericht Seite 3

BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Bayerischer Städtetag:

Plädoyer für stabile Strukturen

Für Befremden hat beim Bayerischen Städtetag ein Schreiben von Sozialministerin Emilia Müller gesorgt, in dem die Kommunen aufgefordert werden, für eine zeitnahe Bereitstellung von Wohnungen für anerkannte Flüchtlinge zu sorgen. Wie der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, bei einer Pressekonferenz in München erklärte, „entbehrt dies jeder Grundlage, denn laut Verfassung müssen Staat und Kommunen zusammen wirken“.

Die meisten Kommunen leisteten ihren Beitrag, um anerkannte Asylbewerber in die Gemeinschaft zu integrieren und Wohnraum zu sichern. Statt pauschal die Mehrzahl der Städte und Gemeinden, die hier Vorbildliches leisten, zu kritisieren, sollte sichergestellt werden, dass eine gleichmäßige Verteilung der geflüchteten Menschen erfolgt, um Überlastungen einzelner Kommunen zu vermeiden, unterstrich der Städtetagschef.

Kommunen tun alles, was in ihrer Kraft steht

Bislang hätten Freistaat und Kommunen Hand in Hand große Herausforderungen bei der Unterbringung von Schutzsuchenden meistern können. Der Versuch staatlicher Stellen, die Wohnraumversorgung allein auf die Kommunen abzuwälzen, ist Maly zufolge nicht sachgerecht: „Es darf nicht sein, dass anerkannte Asylbewerber zum Auszug aus Asylunterkünften gedrängt werden, ohne dass eine Wohnung vorhanden ist. Letztlich würde der Staat anerkannte Schutzsuchende aus der gesicherten Obhut in die Ungewissheit entlassen und vor die Türen der Rathäuser schieben.“

Die Unterbringung dürfe nicht allein auf die Kommunen abgewälzt werden, fuhr der Verbandsvorsitzende fort. Bei anerkannten Asylbewerbern und ihren nachziehenden Familienangehörigen lägen weder die Konstellationen noch die Voraussetzungen der klassischen Obdachlosigkeit vor. Städte und Gemeinden täten alles, was in ihrer Kraft steht, um aner-

kannte Flüchtlinge und Asylbewerber in Wohnungen unterzubringen. Doch die Planung und der Bau von bezahlbaren Wohnungen für einheimische und zugezogene Menschen benötigten Zeit.

Gemeinsamer Masterplan

Maly: „Bei der Bereitstellung von Wohnraum müssen alle mitwirken. Ohne die kommunalen Leistungen hätten Bund und Land die Herausforderungen der vergangenen Jahre nicht bewältigt. Nötig ist ein gemeinsamer Masterplan zur Integration. Der Freistaat muss zeigen, wie er sich in die Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen einbringt – dies betrifft nicht zuletzt die finanzielle Beteiligung an den Integrationskosten. Trotz der Leistungen des Freistaats bleiben hohe Belastungen in den kommunalen Haushalten stehen. Der Bayerische Städtetag wird weiterhin hartnäckig die kalte Kommunalisierung von Integrationskosten kritisieren.“

Integrationsprojekte

Integration geschieht in einer Fülle an kommunalen Projekten und Initiativen der Bürgergesellschaft. Beispielsweise kann Inte-

(Fortsetzung auf Seite 4)



„Energiezukunft regional gestalten“ lautete das Tagungsthema, zu dem sich im Altöttinger KulturForum mehr als 300 Teilnehmer vorzugsweise aus der deutsch-österreichischen Inn-Salzach-Region einfanden, um gemeinsam nachhaltige und bezahlbare Energiekonzepte zu entwickeln. In der High-Tech-Region „Bayerisches Chemiedreieck“ sind aber tausende hochqualifizierter Mitarbeiter auf eine grundlastfähige Stromversorgung angewiesen. Wie gut, dass Wasserkraft vorhanden ist. Unser Bild zeigt (v.l.): VKU-Geschäftsführer Gunnar Braun, Prof. Dr. Manfred Broy, Landrat Erwin Schneider, Staatsminister Dr. Marcel Huber, GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel, den Vorstandsvorsitzenden der Verbund AG, Wolfgang Anzengruber, Dr. Dieter Gilles, Leiter des Werks Burghausen der Wacker Chemie, Peter Koren, Vize-Generalsekretär der Industriellenvereinigung Österreich sowie Thomas Gangl. Er ist Senior Vice President Refining & Petrochemicals der OMV. Ein ausführlicher Bericht folgt in der nächsten Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung.

19. Münchner Tage für Nachhaltiges Landmanagement:

Attraktiv und lukrativ

Ideelle und finanzielle Wertschätzungen ländlicher Räume

Gleichwertige Arbeits- und Lebensbedingungen in allen Teilregionen sind in Bayern sogar in der Verfassung festgeschrieben. Doch während Metropolen als Motoren der Entwicklung eines Landes gelten, scheinen ländliche Räume oft wenig Kapital aus ihrer Attraktivität schlagen zu können. Gibt es also eine Schere ideeller und finanzieller Werte zwischen Stadt und Land? Wie lässt sich die Idee der Gerechtigkeit räumlich umsetzen? Welche Rolle spielen Selbstwertgefühl und Image? Mit diesen Fragen beschäftigten sich die diesjährigen Münchner Tage für Nachhaltiges Landmanagement.

1999 von Prof. Dr. Holger Mager als Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung ins Leben gerufen, versteht sich die Veranstaltung als Fortbildungsangebot für Landes- und

Kommunalpolitiker, Verwaltungsangehörige, Planer im freien Beruf und Wissenschaftler. Die Münchner Tage sind eine Kooperationsveranstaltung des Förderkreises Bodenordnung und Land-

Power für Bayerns Kommunen:

GZ lädt zum Energie-Forum

Achtung geänderter Veranstaltungsort! Am 22. Juni 2017 ist es wieder soweit: Die Bayerische Gemeindezeitung lädt zum großen Info-Tag für Kommunen. In der Stadthalle Germering treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Weitere Informationen unter www.bayerisches-energieforum.de

Vormerken!
22. Juni
2017

entwicklung e.V. des TUM-Lehrstuhls, der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft ARGE Nachhaltige Landentwicklung und der Hanns-Seidel-Stiftung.

Neue Interpretationen von Gleichwertigkeit

Auf dem Podium diskutierten Theo Kötter, Professor an der Universität Bonn, die Regionalwissenschaftler Dr. Thomas Hartmann und Dr. Matthias Jehling, Gabriele Stark-Angermeier, stellvertretende Geschäftsführerin der Caritaszentren München Stadt-Land und Walter Keilbart, Hauptgeschäftsführer der IHK Niederbayern, über neue Interpretationen von Gleichwertigkeit als politische Leitvorstellung. Dabei verwies Stark-Angermeier darauf, dass es häusliche Pflege auch in entlegenen Weilern braucht. Eigenleistung und Ehrenamt könnten nicht alles kompensieren. Hier müssten professionelle (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabina



Der fromme Wunderglaube an die Demoskopen hat einen Knacks bekommen. Der Wähler entdeckte seine Liebe zum Stabilitätsanker im Kanzleramt. Amüsiert hält es der Chef unserer Vorzimmerperle mit der Erkenntnis Winston Churchills: „Ein Experte ist ein Mann, der hinterher genau sagen kann, warum seine Prognose nicht gestimmt hat.“ Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Der Main-Donau-Kanal hat Geburtstag: 1992, also vor 25 Jahren, wurde er nach mehr als 30 Jahren Bauzeit offiziell freigegeben. Mit der Fertigstellung schloss sich die letzte Lücke in der schiffbaren Strecke zwischen Nordsee und Schwarzem Meer. Damit ging ein uralter Menschheitstraum in Erfüllung. Bereits vor 1.200 Jahren hatte Karl der Große versucht, nahe Treuchtlingen im Altmühltal die Flussysteme von Rhein und Donau zu verbinden: 793 ließ er zwischen Altmühl und Rezat einen 3.000 Meter langen Kanal ausheben. Aber die fränkischen Ingenieure stießen auf unerwartet sumpfigen Boden. Das Unternehmen „Fossa Carolina“ wurde eingestellt. Vom Traum des Kaisers zeugen noch heute eine 500 Meter lange Wasserfläche und die daran anschließenden Erdwälle; die Karlsgrabenausstellung im Treuchtlinger Ortsteil Graben dokumentiert den Karlsgrabenbau. Der bayerische König Ludwig I. war im 19. Jahrhundert erfolgreicher: Sein Ludwig-Main-Donau-Kanal war über 100 Jahre lang in Betrieb. Die heutige europäische Wasserstraße ist insgesamt 171 Kilometer lang; knapp 50 Kilometer führen durch den Naturpark Altmühltal. Berching, Beilngries, Dietfurt, Riedenburg, Essing und Kelheim liegen hier am Main-Donau-Kanal – und dort gibt es im Jubiläumsjahr natürlich einiges zu feiern. Infos unter www.kanaljubilaum.de

Sie lesen in dieser Ausgabe

Mehr Gewerbegebiete im Außenbereich	Seite 2
Krankenkassen gefährden Geburtshilfe in Bayern	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Maßnahmenpaket gegen den Biber gefordert	3
Für ein selbstbestimmtes Leben im Alter	3
Standesbeamte: Vom Auslandsrecht bis zur Kinderehe	3
GZ-Fachthemen: Beleuchtung · Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	5 - 9
Kommunale Sicherheitsthemen	10
Umwelt · Abfall · Recycling	11/12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Lockerung des Anbindegebots:

Mehr Gewerbegebiete im Außenbereich

Heimatminister Söder erläutert LEP-Entwurf im Wirtschaftsausschuss

Finanz- und Heimatminister Markus Söder hält unverändert an seinen Plänen zur Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) fest. Er will das Anbindegebot lockern und mehr Gewerbegebiete abseits von Ortschaften zulassen. Dies diene vor allem der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern erklärte der Minister im Wirtschaftsausschuss des Landtags.

Neben dem kommunalen Finanzausgleich sei der aktuelle LEP-Entwurf ein wichtiger Baustein zur Stärkung des ländlichen Raums, betonte Söder. Des Weiteren gehe es ihm um die Dezentralisierung von Kompetenzen. Um den verschiedenen Bedürfnissen gerecht zu werden, bräuchten die Kommunen mehr Freiheiten und Entwicklungschancen. Dazu gehöre die Ausweitung des Raums mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH) sowie des Systems der Zentralen Orte, was zusätzliche Fördermöglichkeiten schaffe. Das LEP sei hierbei kein „Verhinderungsprogramm“.

Das LEP hebt keine Naturschutzgesetze aus

Die Befürchtungen dass die Lockerung des Anbindegebots zu weiterer Flächenversiegelung, ruinösem Konkurrenzkampf unter den Kommunen sowie zur Landschaftszerstörung führe, wollte der Heimatminister nicht teilen. Auch hebele das LEP keine Naturschutzgesetze aus. Im übrigen sei die Errichtung von Gewerbe- und Industriegebieten auch an Anschlussstellen von Autobahnen und vierspurigen Bundesstraßen im Interesse der Kommunen. Er werde von Bürgermei-

stern vor Ort geradezu bestürmt, Lockerungen des Anbindegebots zuzulassen. Auch wenn ein gleichmäßiges Wachstum in Bayern nicht möglich sei, schaffe man mit dem aktuellen LEP-Entwurf eine „vernünftige Balance“ in den Regionen, erklärte Söder abschließend.

Wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinden sicherstellen

Die SPD-Abgeordnete Annette Karl widersprach Söders Auffassung, dass die aktuelle LEP-Fortschreibung für einen Ausgleich zwischen strukturschwachen und strukturstarke Regionen Sorge. Ihr gehe es vor allem um die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern. Dazu müsse man zunächst die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinden sicherstellen. Karl forderte eine Landesentwicklung, die Rahmen setzt. Darüber hinaus müsse man Denjenigen helfen, die besonders bedürftig sind.

Grüne vermissen „wichtige Leitplanken“

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Martin Stümpfig (Grüne), vermisste im LEP-Ent-

wurf „wichtige Leitplanken“. Diese seien für eine geordnete Landesentwicklung unentbehrlich. Mit dem LEP beschwöre der Heimatminister einen neoliberalen Geist“ herauf, unter dem die Umwelt und finanzschwache Gemeinden zu leiden hätten. Darüber hinaus lehnte Stümpfig einen „Gewerbebrei“ entlang der Autobahnen strikt ab.

Freie Wähler befürchten Flächenversiegelung

Für die Freien Wähler forderte Johann Häusler im LEP klare Zielvorgaben für eine nachhaltige Flächenentwicklung sowie die stärkere Einbindung der regionalen Planungsverbände. Bedenklich sei der „ruinöse Wettbewerb“ der Kommunen um Gewerbege-

bierte. Außerdem führe Söders Plan zu noch mehr Flächenversiegelung.

Wichtiger Baustein der Heimatstrategie

Der CSU-Abgeordnete Walter Nussel stellte sich hinter Söder. Seiner Ansicht nach werde die Debatte ums LEP zu einseitig geführt. Für ihn ist das Entwicklungsprogramm ein wichtiger Baustein der Heimatstrategie. Man könne sich Vieles in der Ökologie nur leisten, weil die bayerische Wirtschaft erfolgreich sei. Der Ausschussvorsitzende, Erwin Huber (CSU), erklärte abschließend, die Detailberatung des LEP im Wirtschaftsausschuss werde an zwei Sitzungstagen im Juni erfolgen. **rm**

Bayerische Landkreise protestieren:

Krankenkassen gefährden Geburtshilfe in Bayern

Die bayerischen Landkreise protestieren massiv gegen das von den Kassen geplante Vergütungssystem für Hebammen. Dieses gefährdet nicht nur das bewährte Beleghebammensystem, sondern mittelfristig damit die Geburtshilfe in Bayern. „Wir kommen nicht umhin anzunehmen, dass uns die Kassen zum Aufgeben bewegen wollen. Wir, die bayerischen Landkreise, werden aber nicht aufgeben. Im Gegenteil werden wir auch in Zukunft mit ganzer Kraft für eine flächendeckende medizinische Versorgung für unsere Bürger kämpfen“, so Landrat Hubert Hafner, der Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Soziales beim Bayerischen Landkreistag.

Durch das von den Krankenkassen geplante Vergütungssystem sollen die Beleghebammen zwar zukünftig mehr Geld für ihre Arbeit bekommen. Über dieser eigentlich positiven Botschaft schwebt aber ein Damoklesschwert. Im Unterschied zu den angestellten Hebammen sollen sie künftig nur noch zwei wendende Mütter gleichzeitig betreuen dürfen. Eine dritte hinzukommende Mutter müsste dann die Betreuung selbst bezahlen. Eine Katastrophe für die Versorgung in den bayerischen Landkreisen, die seit Jahren auf das Beleghebammensystem baut.

Ruinöse Verschlechterung

In fast allen Landkreisen ist das durch die Beleghebammen etablierte System aus Vorsorge, klinischer Behandlung und Nachsorge ein Erfolgsmodell. Trotzdem mussten die Landkreise in der Vergangenheit feststellen, dass die Versorgung mit Hebammen in der Fläche – ähnlich wie die Gewinnung von Ärzten – Probleme bereitet. Mit dem nun geplanten System wird sich diese Situation dramatisch verschlechtern. Durch die von den Kassen geplante Einschränkung der Vergütung werden sich immer weniger Hebammen finden, die sich im ländlichen Raum niederlassen werden.

Schiedsstellenentscheidung zum Vergütungswesen

Am 19. Mai 2017 soll es eine Schiedsstellenentscheidung zum Vergütungswesen der Hebammen geben. Sollte dieses zugunsten der Krankenkassen entschieden werden, könnte das Beleghebammensystem in Bayern in seiner Existenz gefährdet werden. Das Beleghebammensystem an den Geburtshilfen der Kreiskrankenhäuser in Bayern ist systemrelevant. Sollten sich die gesetzlichen Krankenkassen innerhalb der Selbstverwaltung mit ihren Forderungen zur Vergütung der Beleghebammentätigkeit durchsetzen, brauchen die Landkreise die Unterstützung der Politik, um die Finanzierung der Hebammen so zu gestalten, dass es auch in Zukunft eine flächendeckende Geburtshilfe in Bayern gibt.

Der Bayerische Landkreistag wahrt normalerweise Zurückhaltung gegenüber berufsständischen Positionen bzw. der Selbst-

verwaltung anderer Körperschaften. Da jedoch das Beleghebammensystem für die Geburtshilfe in den Kreiskliniken in Bayern von struktureller Bedeutung ist, ist eine Positionierung seitens des Bayerischen Landkreistags nicht nur zulässig, sondern unerlässlich, um für die Interessen der Bürger in den bayerischen Landkreisen einzustehen. **□**

Bund-Länder-Städtebauförderung:

740 Millionen Euro für fünf staatliche Förderprogramme

Die staatlichen Programme der Städtebauförderung „Soziale Stadt, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Stadtumbau, Städtebaulicher Denkmalschutz sowie kleinere Städte und Gemeinden“ werden auch in diesem Jahr fortgeführt. Hierfür steht ein Volumen von 740 Millionen Euro zur Verfügung. Speziell für das Förderprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ werden in 2017 von Bund und Ländern bayernweit ca. 18,5 Millionen Euro bereitgestellt. Dies gab jüngst Innen- und Bauminister Joachim Herrmann bekannt.

Laut dem Bauminister soll mithilfe des Städtebauförderungsprogramms zum Denkmalschutz der öffentliche Raum an die Erfordernisse des demografischen Wandels angepasst und dabei der historische Baubestand gewahrt werden.

Dies sei eine besondere Herausforderung, die in den nächsten Jahren ein wesentlicher Bestandteil der Städtebauförderung sein werde. Mit den Finanzmitteln von 18,5 Millionen Euro sollen denkmalgeschützte Altstadt- und Ortskerne gesichert, saniert und modernisiert werden. Zusammen mit den kommunalen Investitionen ergebe sich ein Gesamtinvestitionsvolumen von 29,9 Millionen Euro. Von den 88 Programmgemeinden befänden sich 75 im ländlichen Raum in den 77% der Fördermittel fließen, führte Herrmann weiter aus.

Barrierefreier Umbau

Beispielhaft nannte der Minister den Regierungsbezirk Oberbayern, wo heuer 22 historische Stadt- und Ortskerne mit rund 3,9 Millionen Euro aus dem Bund-Länder-Programm unterstützt würden. Zusammen mit den eigenen Mitteln von 2,4 Millionen Euro investierten die an dem Programm teilnehmenden oberbayerischen Kommunen 6,3 Millionen Euro. Der Förderschwerpunkt im Programmjahr 2017 liege beim barrierefreien Umbau



Prof. Ursula Männle und Innenminister Joachim Herrmann. **□**

Internationale Föderalismustage der Hanns-Seidel-Stiftung:

Konfliktregulierung im föderalen System

Zum vierten Mal veranstaltete die Hanns-Seidel-Stiftung ihre Internationalen Münchner Föderalismustage. Dabei wurden Fragen der Föderalismusförderung erörtert, Reformbemühungen analysiert und Handlungsoptionen für Entscheidungsträger aufgezeigt. Heuer nahmen im Münchner Konferenzzentrum und im Bildungszentrum Kloster Banz der HSS Regierungsvertreter, Abgeordnete und Mitarbeiter von Wahlkommissionen, dezentralen Regierungseinheiten und Koordinierungsministerien und Minderheitenvertreter aus 21 Nationen teil.

Die Vorsitzende der Stiftung, Ursula Männle, sagte bei der Eröffnung: „Der Föderalismus ist in Deutschland eine Erfolgsgeschichte. Für unser Land können wir ohne falschen Stolz behaupten, dass der Föderalismus, verknüpft mit dem europäischen Gedanken, den Frieden gesichert hat. Diese Erfahrungen Deutschlands und Bayerns können und wollen wir mit anderen Ländern teilen. Denn stabile staatliche Strukturen, in denen die Bürger ihren Wünschen und Träumen nachgehen können, in denen sie Rechte und Freiheiten erfahren, in denen sie in Sicherheit leben

können und in denen Minderheiten akzeptiert werden, sie ihre eigene Sprache sprechen dürfen und vollwertige demokratische Rechte besitzen, sind die Voraussetzungen für die Lösung vieler Konflikte weltweit. Ob und vor allem wie der Föderalismus genau diese stabilen staatlichen Strukturen schaffen kann, wollen wir im Rahmen unserer Föderalismustage erörtern.“

Sicherheitsföderalismus

In seiner Eröffnungsrede vermittelte der bayerische Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, die bayerische Sichtweise zu den Herausforderungen an den deutschen Sicherheitsföderalismus. Als Innenminister ist er fast täglich mit dem kooperativen Miteinander zwischen Bund und Ländern und der Abgrenzung der verschiedenen Kompetenzräume im bundesstaatlichen Gefüge konfrontiert.

Sofortiges Handeln erforderlich

Herrmann ist aus eigener Überzeugung glühender Anhänger einer föderalen Staatsstruktur. „Die föderale Sicherheitsstruktur in Deutschland hat sich aus vielen Gründen bewährt. Gefahrenabwehr und Gefahrenbewältigung erfordert oft sofortiges Handeln vor Ort in Kenntnis der dortigen Gegebenheiten. Ein schnelles Eingreifen durch die unterste Ebene darf dann nicht durch langwierige Abstimmungsprozesse verzögert werden. Dennoch ist der Informationsaustausch bundes- und europaweit wichtig und muss weiter optimiert werden. Für die Zusammenarbeit zwischen den Ländern und dem Bund bei Krisen, welche die Leistungsfähigkeit eines Landes übersteigen, bestehen bereits bewährte Konzepte.“

Beteiligung der Bürger

Im Zentrum der Föderalismustage standen Mechanismen zur Konfliktregulierung in föderalen Systemen. Konflikte mit ethnischen Minoritäten und Sezessionsbewegungen drängen in immer mehr Ländern die Zentralregierungen, Möglichkeiten einer Konfliktregulierung zu finden. Dass föderale Strukturen hierfür eine Option darstellen, steht für die HSS außer Frage. Auch die Annahme, dass föderale Reformen immer auch mit der politischen Beteiligung der Bürger und in einem demokratischen Umfeld einhergehen müssen, wurde von den Teilnehmern diskutiert. **□**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Kaniewski
95496 Glashütten
am 6.6.

Bürgermeister Josef Dengler
91790 Raitenbuch
am 21.5

Bürgermeister Ludwig Klement
93499 Zandt
am 23.5.

Bürgermeister Josef Mend
97346 Iphofen
am 24.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Maurer
85664 Hohenlinden
am 11.6.

Bürgermeister Alfred Rappel
86508 Rehling
am 11.6.

Bürgermeisterin Gisela Bauer
91355 Hilpoltstein
am 12.6.

Oberbürgermeister
Gerold Noerenberg
89231 Neu-Ulm
am 19.5.

Bürgermeister Roland Helfrich
87488 Betzigau
am 21.5.

Bürgermeister Peter Wolf
63811 Stockstadt
am 21.5.

Bürgermeister
Josef Hillerbrand
84089 Aiglsbach
am 22.5.

Bürgermeister
Helmut Oelschlegel
95179 Geroldsdorf
am 30.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ansgar Zimmer
97618 Heustreu
am 5.6.

Bürgermeister Dr. Michael Kölbl
83512 Wasserburg a. Inn
am 19.5.

Bürgermeister Helmut Knaus
94158 Philippsreut
am 25.5.

Bürgermeister Uwe Klüpfel
97274 Leinach
am 27.5.

Bürgermeister Thomas Grün
63927 Bürgstadt
am 30.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Schelle
82041 Oberhaching
am 2.6.

Bürgermeisterin Doris Paul
97355 Wiesenbronn
am 5.6.

Bürgermeister
Joachim Eisenkolb
89275 Elchingen
am 28.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Oliver Brust
97505 Geldersheim
am 9.6.

Bürgermeister Hubert Kraus
95704 Pullenreuth
am 9.6.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Mack
86706 Weichering
am 4.6.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Johannes Maciejonczyk
96138 Burgebrach
am 27.5.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Annika Popp
95191 Leupoldsdorf
am 23.5.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Innovationspreis „Zu Hause daheim“:

Für ein selbstbestimmtes Leben im Alter

Bayerns Sozialministerin Emilia Müller hat bei einem Festakt in Regensburg erstmals den Innovationspreis „Zu Hause daheim“ verliehen. Bei dem mit insgesamt 42.000 Euro dotierten Preis wurden je drei innovative und kreative Initiativen aus jedem Regierungsbezirk, die ein selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen, ausgezeichnet. „Mit ihren praxistauglichen Lösungen dienen die Projekte auch als Vorbild für weitere Initiativen“, betonte die Ministerin.

In Schwaben hat den mit 3.000 Euro dotierten ersten Preis die „Nachbarschaftliche Unterstützung und Zeitvorsorge (NUZ) e.V.“ aus Pfronten im Landkreis Ostallgäu gewonnen. Die 145 Ehrenamtlichen der NUZ unterstützen rund 100 Hilfebedürftige. Dabei organisiert, begleitet, unterstützt und berät der Verein die Einsätze. Die eingesetzte Zeit wird den Ehrenamtlichen gutgeschrieben. Diese Zeitgutschriften können in Form von Dienstleistungen wieder eingelöst werden.

Für den zweiten Platz erhielt das Wohn- und Geschäftshaus „Vollversorgt und eigenständig den Lebensabend genießen“ der Gemeinde Betzigau im Landkreis Oberallgäu 2.000 Euro. „Mobile Frische 2.0 – das Voller-Kühlschrank-Paket von illerSENIO“ in Vöhringen im Landkreis Neu-Ulm bekam 1.000 Euro für den dritten Platz.

Selbstständig nutzbarer Wohnraum

In Oberbayern hat das Projekt der Seniorenwohngemeinschaft „Beim Kramer“ in Schleching im Landkreis Traunstein den ersten Preis errungen. Die Gemeinde Schleching hat sich der Aufgabe gestellt, ältere Menschen mit eigenem, selbstständig nutzbarem Wohnraum zu versorgen. Die Seniorenwohngemeinschaft „Beim Kramer“ ermöglicht es ihnen, in einer Wohngemeinschaft mit gegenseitiger Unterstützung in zentraler Lage zu leben. Neben der guten Erreichbarkeit bietet das Projekt auch ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot.

Den zweiten Platz belegte die „Hausgemeinschaft 60+“ aus Ebersberg und auf Rang drei rangierte das Projekt „Zu Hause alt werden in Fuchstal“ im Landkreis Landsberg/Lech.

Zusammen leben in Seniorengemeinschaften

In Oberfranken ging der erste Preis an das Projekt „Seniorengemeinschaft Kronach Stadt und Land e.V.“. Unter dem Motto „Miteinander und Füreinander“ unterstützen sich die Senioren gegenseitig, ihren Lebensalltag zu bewältigen, damit sie in ihrem gewohnten Lebensumfeld verbleiben können. So gibt es beispielsweise Unterstützung im Haushalt und Garten, bei Schreibarbeiten oder Fahrtdiensten, aber auch gemeinschaftliche Unternehmungen. Insgesamt zählt der Verein rund 800 Mitglieder.

Auf den zweiten Platz kam das Projekt „Zusammen Leben (ZL) - Neue Wohnform im Alter im Landkreis Coburg“, den dritten Preis erhielt das Angebot „Präventive Hausbesuche für Senioren in Bayreuth“.

Vom Mehrgenerationenhaus zum Mehrgenerationendorf

In Niederbayern bekam den ersten Preis das Straubinger Projekt „Generationenübergreifendes Wohnquartier mit zwei Altenwohngemeinschaften“. Der Johannesverein Binsfeld e.V. unterstützt mit dem Projekt „Vom Mehrgenerationenhaus zum Mehrgenerationendorf“ die Bürger dabei, möglichst lange zu Hause zu wohnen. Das Mehrgenerationenhaus ist dabei die soziale Anlauf-

stelle des Ortes und der Umgebung. Zu den Aktivitäten für alle Altersgruppen zählen der Betrieb der Kindertagesstätte, ein täglicher Mittagstisch für ältere Menschen, Besuch der Haushalte von Pflegebedürftigen, Vermittlung von unterstützenden Jugendlichen z.B. für einfache Arbeiten im Haushalt und Garten und künftig auch die Organisation von Fahrdiensten.

Den zweiten Platz errang die „Nachbarschafts- und Seniorenhilfe Ruderting e.V.“ im Landkreis Passau. „Mobil plus – sicher im Stadtbuss“ der Freiwilligenagentur Landshut erhielt den dritten Preis.

Hand in Hand einander gegenseitig helfen

In der Oberpfalz hat den ersten Preis das Projekt „Seniorengemeinschaft Hand in Hand e.V.“ im westlichen Landkreis Neustadt an der Waldnaab gewonnen. In der Seniorengemeinschaft beteiligen sich insgesamt zehn Kommunen des Landkreises. Die Mitglieder bieten sich gegenseitig unkompliziert und kostengünstig Hilfe an. So wird es älteren Menschen ermöglicht, länger zu Hause wohnen zu bleiben. Durch den Genossenschaftsgedanken können sie sich auch selbst ehrenamtlich einbringen und weiterhin aktiver Teil der Gesellschaft sein.

Platz zwei erreichte das Projekt „Nachbarschaftshilfe Bärnau“ im Landkreis Tirschenreuth, das „Seniorenshuttle Markt Hohenburg“ im Landkreis Amberg-Weilheim belegte den dritten Platz.

In Unterfranken ging der erste

Bayerische Landesbeamte:

Vom Auslandsrecht bis zur Kinderehe

Fachtagung Personenstandswesen und Verbandsversammlung 2017 in Ingolstadt

Knapp 500 Teilnehmer verzeichnete die dreitägige Verbandsversammlung der bayerischen Landesbeamten in Ingolstadt. Hochkompetente Dozenten gaben erstklassige Hilfestellung zum Auslandsrecht in seinen vielfältigen Ausprägungen. Auch aktuelle Aussichten zur Kinderehe und zur Anerkennung ausländischer Scheidungen standen auf dem Programm der alle zwei Jahre stattfindenden Fortbildungstagung.

„Die hohe Auslastung an Personenstandsfällen und hier insbesondere die Flüchtlingsproblematik stellen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Ingolstadt regelmäßig vor große Herausforderungen“, betonte Oberbürgermeister Christian Lösel im Anschluss an die Begrüßung durch Verbandsvorsitzenden Klaus Holub. Lösel wies deshalb auf die Notwendigkeit hin, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Standesämtern vor allem im internationalen Bereich sehr gut ausgebildet sein müssen. Standesbeamtinnen und Standesbeamten tragen wesentlich zum positiven Erscheinungsbild einer Kommune bei.

Garant für hohen Ausbildungsstand

Innenstaatssekretär Gerhard Eck lobte in seinem Grußwort den bayerischen Fachverband mit seinen kompetenten Fachberatern

Preis an das Projekt „Vom Mehrgenerationenhaus zum Mehrgenerationendorf“ in Binsfeld im Landkreis Main-Spessart. Der Johannesverein Binsfeld e.V. unterstützt mit dem Siegerprojekt die Bürger dabei, möglichst lange zu Hause zu wohnen. Das Mehrgenerationenhaus ist dabei die soziale Anlaufstelle des Ortes und der Umgebung. Zu den Aktivitäten für alle Altersgruppen zählen der Betrieb der Kindertagesstätte, ein täglicher Mittagstisch für ältere Menschen, der Besuch der Haushalte von Pflegebedürftigen, die Vermittlung von unterstützenden Jugendlichen z. B. für einfache Arbeiten im Haushalt und Garten und künftig auch die Organisation von Fahrdiensten.

Hilfen im Alltag

Auf den zweiten Platz kam die Nachbarschaftshilfe „Buntes Netz“ Sennfeld im Landkreis Schweinfurt. Die Initiative des Seniorenbeirates Bad Kissingen „Senioren helfen Senioren“ erreichte Rang drei.

In Mittelfranken wurde das Projekt „Wohnen im Alter zu Hause – Hilfen im Alltag mit täglichen individuellen Fahrdiensten“ aus Baiersdorf im Landkreis Erlangen-Höchstadt mit dem ersten Preis bedacht. Gerade in ländlichen Regionen stellt fehlende Mobilität oftmals eine Hürde für einen Verbleib in der eigenen Wohnung dar. Diesem Problem hat sich das Siegerprojekt angenommen. Der ehrenamtliche und kostenlose Fahrdienst holt die Fahrgäste direkt von zu Hause ab und bringt sie auch wieder zurück. Das Projekt vertritt die Philosophie „ein Tag Fahrdienst pro Monat als bürgerschaftliches Engagement“.

Platz zwei ging an das Projekt „Wohnen für Hilfe – Erlangen“, Platz drei belegte die „Nachbarschaftshilfe Roth“. **DK**

und Fachberaterinnen als Garant für einen hohen Ausbildungsstand der bayerischen Standesbeamtinnen und Standesbeamten. Eck gab zudem einen kurzen Überblick über die künftigen Änderungen und Neuerungen im sich nach wie vor im Wandel befindenden Personenstandswesen und appellierte an die Versammlung, „am Ball und neugierig“ zu bleiben.

Vielfältiges Alltagsgeschäft

Schöne Hochzeiten – damit verbinden wohl die meisten Menschen die Aufgaben der Standesbeamtinnen und Standesbeamten. Das Alltagsgeschäft ist aber weit aus vielfältiger. In vielen Großstadtstandesämtern sind jährlich 100 und mehr Nationen zu verzeichnen, deren Angehörige dort heiraten oder neugeborene Kinder anmelden. Vor allem der hohe Anteil der Bürger mit Migrationshintergrund macht es erforderlich, nicht nur deutsches Perso-

GZ Kolumne Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Tiere, die seit Jahrzehnten als ausgestorben gelten und bei uns plötzlich ihren alten Lebensraum zurückerobert, ist das grundsätzlich als positiv zu sehen. Denn der Erhalt der Artenvielfalt sollte uns allen am Herzen liegen. Doch dass in unserer heutigen Zeit eine derartige Entwicklung – wenn sie nicht fortlaufend gesteuert wird – auch Nachteile mit sich bringen kann, zeigt sich ganz klar im Fall des Bibers.

In Deutschland war der Biber Anfang des vergangenen Jahrhunderts nahezu ausgerottet. Der aufgrund seines Fells und seines Fleisches begehrte Nager wurde daraufhin unter strengen Schutz gestellt und gehört immer noch zu den insgesamt über 16.000 Arten, die laut UN-Umweltprogramm weltweit vom Aussterben bedroht sind. Inzwischen ist er im Bundesgebiet wieder erfolgreich eingebürgert – auch in Bayern. Euphorische Naturschützer sprechen von einer un-



Stadtteil Pasing zu sehen. Manche Anwohner mussten bereits Elektrozaune installieren, um weitere Schäden an ihrem Privateigentum zu verhindern.

2016 meldeten laut bayerischem Umweltministerium allein Land-, Forst- und Teichwirte Schäden in Höhe von mehr als 600.000 Euro. Tendenz steigend! Denn auch die Anzahl der Biber nimmt weiter zu. Der intelligente Nager steht nach wie vor streng unter Naturschutz; darf also, mit Ausnahmen, nicht gejagt werden.

Zwar gibt es in Bayern dank der Staatsregierung nicht nur 400 meist ehrenamtliche Biberberater, um Betroffenen zu helfen, sondern seit August 2008 auch einen „Biberakzeptanzfonds“ zum Ausgleich von landwirtschaftlichen Biberschäden. Doch dieser deckt mit 450.000 Euro die derzeit entstehenden Kosten nur zum Teil ab.

Höherer Kostenersatz mit Erweiterung auf die Kommunen

Hier sehen wir als Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) als mehreren Gründungsbedarfen für eine Aufstockung bzw. ein zusätzliches Maßnahmenpaket. Zum einen steigen die Schäden stetig an, zum anderen ist es seit letztem Jahr aufgrund der Lockerung der Vorgaben der Europäischen Union nun auch rechtlich möglich, den Landwirten eine Entschädigung von 100 % zugute kommen zu lassen.

Zudem regen wir als KPV an, den Empfängerkreis des Biberfonds, der sich bislang nur auf die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft bezieht, auch auf die betroffenen Kommunen auszuweiten. Dies können wir damit begründen, dass die durch die Aktivitäten des Bibers deutlich höheren Schäden auf kommunaler Seite entstehen und unsere Haushalte vor Ort damit inzwischen spürbar belastet werden.

Ebenfalls ist in diesem Zusammenhang zu beachten, dass seit 2006 die Unteren Naturschutzbehörden in den Landratsämtern Ausnahmegenehmigungen zum Fang oder Abschuss erteilen können. Des Öfteren kommt es aber hier zu Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung. Um beispielsweise Biberfallen erfolgsversprechend aufzustellen, ist ein umfangreiches Fachwissen nötig. Hier sind für die zuständigen Bearbeiter in den Kommunen erweiterte Schulungen erforderlich.

In Summe ist festzuhalten, dass alle angeregten Maßnahmen die Akzeptanz der Bevölkerung hinsichtlich des Themas „Biber“ erheblich steigern werden.

Den Schutzstatus des Bibers aufgrund seiner Ausbreitung und der damit verbundenen Probleme komplett aufzuheben oder wie von einzelnen gefordert, ihn von der Roten Liste zu nehmen und ihn ohne Wenn und Aber zur Vermarktung auf die Speisekarte zu setzen, geht wohl zu weit. Dennoch ist es dringend nötig, seine Population mit sinnvollen Schritten auf ein vernünftiges Maß zu begrenzen, um Schaden vom Eigentum der Menschen abzuwenden. Dafür werden wir uns als KPV weiterhin mit Nachdruck einsetzen.

Ihr Stefan Rößle

KPV-Landesvorsitzender
Landrat im Landkreis Donau-Ries

Maßnahmenpaket gegen den Biber gefordert

eingeschränkter Erfolgsgeschichte. Ja, aus deren Sichtweise durchaus nachvollziehbar. Denn so ein großer Biberdamm mit einigen Metern Länge kann einen ehrlicherweise schon beeindrucken. Gerade wenn man bedenkt, dass der tierische Baumeister selbst nur knapp einen Meter groß ist und dennoch von Mutter Natur mit den Fertigkeiten ausgestattet wurde, diese stolzen Bauwerke zu errichten.

Doch was auf der einen Seite für große Bewunderung sorgt, ist auf der anderen Seite vielerorts ein großes Problem. So hat die Rückkehr des Bibers in heimische Gefilde durchaus deutliche Schattenseiten für Bauern, Kommunen, Wasserwirtschaftsämter und Privatleute. Bayerns Landwirte klagen sogar über eine regelrechte Biberplage – und das nicht ganz ohne Grund.

Enorme Schäden

Das nachtaktive Nagetier lebt am Wasser und fällt fleißig Bäume bzw. baut meterlange Dämme. Im Sommerhalbjahr nutzt der Biber zu diesem Zweck auch in Gewässernähe befindliche Feldfrüchte (wie z. B. Mais) mit entsprechenden Fraßschäden als Resultat. Durch das Aufstauen von Flüssen und Bächen kommt es in der Folge zu Überschwemmungen u. a. von Acker- und Wiesenflächen. Angebaute Pflanzen (teilweise auch Fichtenwälder), die empfindlich auf Staunässe reagieren, sterben ab. Sogar Traktoren brechen ein, weil Biber landwirtschaftlich genutzte Wiesen, Acker und Wege unterhöhlen. Ihre Dammbauten in Straßennähe oder an Unterführungen führen zu Unterspülungen, die für die Kommunen teure Sanierungsmaßnahmen nach sich ziehen. Bis in die Säfte sind die Tiere inzwischen vorgedrungen. Abgenagte Baumstümpfe sind beispielsweise in Gärten im Münchner

nenstands-, Ehe-, Familien-, Namens- und Staatsangehörigkeitsrecht zu beherrschen, sondern ebenso die entsprechenden ausländischen Vorschriften anzuwenden.

Ehemündigkeitsalter 18

Brandaktuell ist die rechtliche Problematik sog. Kinderehen, mit der sich Prof. Dr. Tobias Helms von der Philipps-Universität Marburg auseinandersetzte. Im April dieses Jahres hatte die Bunderegierung seinen Worten zufolge beschlossen, noch in dieser Legislaturperiode ein Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen zu verabschieden. Danach soll für Ehen, die in Deutschland geschlossen werden, das Ehemündigkeitsalter ausnahmslos von 16 Jahren auf 18 Jahre heraufgesetzt werden.

Ehen, die im Ausland geschlossen wurden, sollen grundsätzlich automatisch unwirksam sein, wenn einer der Ehegatten im Zeitpunkt der Eheschließung jünger als 16 Jahre alt ist. Ist einer

der Ehegatten in diesem Zeitpunkt zwar 16, aber noch keine 18 Jahre alt, soll die Ehe durch richterliche Entscheidung aufgehoben werden, wobei hiervon nur in besonderen Härtefällen abgesehen werden kann.

In allen Bereichen der standesamtlichen Arbeit kommen Standesbeamtinnen und Standesbeamte immer häufiger in Berührung mit Flüchtlingsfamilien. Mit dem Umgang mit Flüchtlingen bei der Geburtsbeurkundung befasste sich Verwaltungsamtsrätin Silvia Hetzer vom Standesamt Würzburg.

Unklare Abstammungsverhältnisse

Laut Hetzer stellen sich besonders bei der Beurkundung von Geburten vielfältige Probleme durch ungeklärte Identitäten der Eltern, mangelnde Nachweise zur Eheschließung sowie unklare Abstammungsverhältnisse. Es bestehe ein hoher zeitlicher Druck zur Beurkundung der Geburt, denn diese ist Voraussetzung für die

Beantragung von Leistungen und das Handeln anderer Stellen wie beispielsweise Melde- und Ausländerbehörden. Doch nicht nur fehlende oder mangelhafte Dokumente erschwerten die Arbeit der Standesbeamtinnen und Standesbeamten, sondern insbesondere auch die Sprachbarriere und die kulturelle Verschiedenheit.

Problem: Familienrecht muslimischer Länder

Das Familienrecht muslimischer Länder am Beispiel Syriens stellte Dr. Lena-Maria Möller, Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht (Hamburg) dar. Das religiöse Familienrecht muslimischer Länder beschäftigt Standesbeamte bereits seit geraumer Zeit. Durch den inzwischen sechs Jahre anhaltenden syrischen Bürgerkrieg und die daraus resultierende Flucht zahlreicher Staatsangehöriger dieses mehrheitlich muslimischen Landes nach Deutschland ist das islamisch geprägte (Fortsetzung auf Seite 4)

Plädoyer für stabile Strukturen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

gration im Grünen ansetzen. Eine neue Broschüre des Bayerischen Städtetags mit dem Titel „Integration im Stadtgrün“ zeigt einige Beispiele aus den städtischen Biotopen und Soziotopen. Laut Ulrich Maly reicht das Spektrum der Projekte dabei von interkulturellen Gärten, innerstädtischen Treffpunkten und Aktionen im Stadtgrün bis zur interkulturellen Freiraumplanung.

Die in der Publikation vorgestellten Projekte verstehen sich als Anregung für Kommunen – in Ballungsräumen ebenso wie in ländlichen Gebieten. Die Broschüre gibt einen Überblick, wie Städte Projekte anstoßen und unterstützen können. Häufig reichen Initiative, Vermittlung, ideelle und fachliche Unterstützung sowie eine kluge Nutzung von Fördermöglichkeiten aus.

Freistaat muss für Gymnasialreform bezahlen

Mit Blick auf das Bayerische Bildungspaket und hier insbesondere die Gymnasialreform meinte der Städtetagschef: „Nun wissen die Kommunen, worauf sie sich einstellen müssen. Auf viele Städte werden für den Bau und Ausbau von Gymnasien höhere Kosten zukommen. Der Bayerische Städtetag begrüßt, dass die Staatsregierung das Konnexitätsprinzip anwendet: Der Freistaat muss den Kommunen zusätzliche Investitionskosten einer Gymnasialreform ersetzen. Wenn der Freistaat das neunstufige Gymnasium einführt, muss er für die Mehrkosten bei der Umstellung aufkommen. Dies hat uns der Ministerpräsident zugesagt.“

Benötigt würden nunmehr stabile Strukturen in der Schullandschaft. Hierzu müssten die Kommunen im Gesetz, das die Gymnasialreform regelt, jetzt eine klare

Basis für ihre Planungen erhalten: „Ein G9 bedeutet einen höheren Raumbedarf für Schüler und Lehrkräfte. Ein Schülerjahrgang mehr bedeutet, dass Gymnasien mehr Klassenzimmer, mehr Fachräume und mehr Kapazitäten in Sporthallen benötigen. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Bayerischen Bildungspaket im Bayerischen Landtag, das im Sommer ansteht, muss nun die Kostenerstattung geregelt werden. Das Anhörungsverfahren für den Gesetzentwurf muss letztlich eine Regelung bringen, die einen vollen Ausgleich der entstehenden Kosten sicherstellt“, bekräftigte Maly.

Kostenausgleich

Der volle Kostenausgleich umfasse alle größten Posten den Bau und Ausbau von Schulen, der möglichst bis zum ersten G9-Abiturjahrgang im Schuljahr 2025/26 erfolgen sollte. Im Anhörungsverfahren muss nach Malys Auffassung geprüft werden, ob die grobe Kostenschätzung von 500 Millionen Euro für Schulbaumaßnahmen auskömmlich ist und die komplizierten Parameter zur Berechnung der Schülerzahlen und Raumkapazitäten auf der Basis der Jahreszahlen 2011 des letzten G9-Abiturjahrgangs tragfähig sind.

Fraglich sei auch, ob die ersten Modellrechnungen und Projektionen plausibel sind: Maly zufolge werden im Gesetzentwurf zum Beispiel Konnexitätskosten für den Sachaufwand für Einrichtungen, Ausstattung, Bewirtschaftung und Unterhalt der Schulgebäude nur für die kreisfreien Städte Augsburg, Bayreuth, Erlangen, Fürth, Kempten, München, Nürnberg, Regensburg, Rosenheim, Straubing, Würzburg sowie die Landkreise Berchtesgader Land, Dachau, Degg-

dorf, Ebersberg, Erding, Erlangen-Höchstadt, Fürstfeldbruck, Fürth, München, Regensburg und Würzburg anerkannt. Betroffen wären also nur 23 von 96 kreisfreien Städten und Landkreisen – für alle anderen kreisfreien Städte und Landkreise sieht der Gesetzentwurf keinen Konnexitätsersatz für den Sachaufwand vor. Darüber hinaus sind etwa die Mehrkosten für das Lehrpersonal an kommunalen Gymnasien zu berücksichtigen. Und: Die Betriebskosten für Schulgebäude und die Kosten für die Schülerbeförderung schlagen zu Buche.

Der Verbandsvorsitzende verweist auf weitere Kostenfaktoren: „Das Bildungspaket kann seinen Zweck nur dann dauerhaft erfüllen, wenn darin auch die Finanzierung des kommunalen Schulwesens und die Investitionskosten für Inklusionsmaßnahmen berücksichtigt werden. Ein weiterer gewichtiger Teil des Bildungspakets ist die Digitalisierung im Schulbereich. Gerade ein Bundesland, das sich wie Bayern als High-Tech-Standort versteht, muss sich zu seiner Mitverantwortung bei der Finanzierung einer leistungsfähigen digitalen Schulinfrastruktur bekennen. Kommunen können die digitale Herausforderung nicht allein stemmen.“

Kofinanzierung von Bund und Land

Eine Möglichkeit zur besseren Finanzierung der digitalen Ausstattung an Schulen könnte sich in einer Kofinanzierung des Landes mit dem Bundesprogramm ergeben, das Bildungsministerin Wanka angekündigt habe, so Ulrich Maly. Dabei sollen auf fünf Jahre verteilt die Länder insgesamt fünf Milliarden Euro zur Digitalisierung der Schulen erhalten. Allerdings lägen bislang keine Details für das Bundesprogramm vor. **DK**

Vom Auslandsrecht bis zur Kinderehe ...

(Fortsetzung von Seite 3)

Familienrecht Syriens nun aber verstärkt in den Mittelpunkt der standesamtlichen Praxis gerückt.

Obgleich die Arabische Republik Syrien in ihrer politischen Ausrichtung säkular orientiert ist und im Gegensatz zu der Mehrzahl der Länder in der Region den Islam nicht als Staatsreligion bestimmt, ist das Familienrecht als Erbe der Rechtskultur des Osmanischen Reiches auch weiterhin interreligiös gespalten. Die Mehrheit der Syrer unterliegt als Muslime dabei einem in den frühen 1950er Jahren verabschiedeten Personalstatutgesetz, das 1975, 2003 und 2010 geringfügig novelliert wurde. Für die weiteren Glaubensgemeinschaften der Juden, Drusen und Christen existieren zudem eigene Regelungen.

Wirksamkeit von Ehen

Möller zeigte auf, welche Veränderungen durch den Bürgerkriegszustand und den Verlust staatlicher Kontrolle in Teilgebieten Syriens zu beobachten sind. Dabei ging sie insbesondere auch der Frage nach der Wirksamkeit von Ehen, die außerhalb des vom syrischen Regime kontrollierten Kerngebiet Syriens geschlossen wurden, nach. Mit einem kurzen Blick auf das Internationale Privatrecht der Anrainerstaaten Syriens wurde überprüft, welche Wirkung außerhalb Syriens entstandene Statusverhältnisse zukünftig haben.

Fachkompetent erläuterten unter anderem auch das Erkennen gefälschter Pässe und die richtige Verwendung historischer Ortsbezeichnungen. Nach den Ausführungen von Hauptkommissar Andreas Heuser, Diplomverwaltungswirt im Fachbereich Polizei und Dozent für Urkundendelikte an der Polizeiakade-

mie Hessen, werden im Zuge des Schengener Abkommens und eines grenzlosen Europas immer häufiger ausländische Urkunden und Dokumente vorgelegt. Urkunden, wie zum Beispiel Reisepässe, Identitätskarten, Führerscheine, Banknoten oder Kreditkarten, werden zum Schutz gegen Fälschungen oder Verfälschung mit besonderen Sicherungselementen ausgestattet. Dem Fälscher seien die echten Ausgangsstoffe und Produktionsverfahren nicht zugänglich und auch oftmals nicht bekannt, informierte Heuser. Außerdem seien die Ausgangsstoffe im freien Handel zu meist nicht verfügbar bzw. würden nicht für die Allgemeinheit zum Verkauf angeboten.

Sicherheitselemente versus falsche Dokumente

Um eine unechte falsche Urkunde oder ein Fälschikat herzustellen, müsse der Fälscher daher diese Sicherheitselemente imitieren bzw. nachahmen. Die Erkennung der Fälschungsmerkmale erfolge aber nur, wenn man sich zu einer Kontrolle der vorgelegten Dokumente entscheidet, dem entweder eine Verdachtsschöpfung oder ein Kontrolldruck voransteht.

Um eine Urkundenfälschung oder -verfälschung erkennen zu können, müsse man daher in der Lage sein, die Sicherheitsmerkmale in einer Urkunde auf deren Vorhandensein und Echtheit zu prüfen. Weiterhin müsse man auch Merkmale von Manipulationen und deren Spuren in der Urkunde auf deren Vorhandensein beurteilen, bewerten und letztlich zu einem Entschluss kommen.

Stichwort Ortsbezeichnungen: Für Standesämter, aber auch Melde- und Passbehörden wird es

schnell zu einem rechtlichen Problem, wenn „historische“ Geburts- oder Heiratsurkunden in Register oder Ausweisdokumente einzutragen sind. Ganz abgesehen von der Reaktion eines Betroffenen, der schwarz auf weiß zu lesen hat, beispielsweise 1943 statt in Breslau in Wroclaw, Polen, geboren zu sein.

Ortsbezeichnungen

Wie Regierungsdirektor Walter Königbauer vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr erläuterte, ist für Orte im Ausland bei der Beurkundung von Personenstandsfällen die im betreffenden Staat übliche Bezeichnung zu verwenden und vorrangig eine nähere Kennzeichnung in Form einer Hinzufügung des Verwaltungsbezirks oder einer geographischen Bezeichnung (z. B. Gebirge, Fluss).

Eine im Inland übliche deutsche Bezeichnung sei stets vorrangig. Keine Vorgabe gibt es zu der Frage, auf welchen Zeitpunkt für die Eintragung des Ortes abzustellen ist (z. B. Zeitpunkt der Geburt oder Zeitpunkt des aktuellen Personenstandsfall). Die verschiedenen Möglichkeiten für die Eintragung des Ortes eröffnen einen Gestaltungsspielraum. Dabei gelte die Vorgabe, dass Orte so einzutragen sind, dass sie später jederzeit ohne Schwierigkeiten ermittelt werden können.

Ein flexibler Umgang mit Ortsbezeichnungen setzt Königbauer zufolge in jedem Fall fundierte historische Kenntnisse voraus. Nur dann könnten die Standesbeamten und Standesbeamtinnen bei ihrer Beurkundungstätigkeit in dieser oftmals höchst emotionalen Frage berechtigte Anliegen im Allgemeinen auch angemessen berücksichtigen. **DK**

Unternehmertag der Bayerischen Bauindustrie 2017 in Neumarkt:

Lob für mehr Investitionsmittel

(BBIV) München. Mit einem Lob für die bayerische und die Bundespolitik begann BBIV-Präsident Dipl.-Ing. Josef Geiger seine Festrede beim Unternehmertag 2017 in Neumarkt. So erfreulich der Investitionshochlauf in Bayern und im Bund allerdings sei, so Geiger, so dringend notwendig und immer noch nicht ausreichend seien diese Mittel andererseits.

„International ist Deutschland im letzten Jahrzehnt bei der Qualität seiner Verkehrsinfrastruktur stark zurückgefallen“, sagte Geiger mit Bezug auf eine neuerschienene Analyse des Weltwirtschaftsforums. Wenig Lob fand er für die Arbeit der Großen Koalition in Berlin. Sie hätte die gute Zeit für nachhaltige Reformen nutzen können. „Trotz rekordhohen Steuern und Abgaben wird aber schon wieder über noch höhere Staatseinnahmen diskutiert“ so Geiger.

Politik braucht den Rat der Unternehmer und Verbände

Die Politik müsse froh sein, dass sich Unternehmer und ihre Verbände in der Politikberatung engagieren, denn „Viele anfangs praxisuntauglichen Gesetzesentwürfe werden überhaupt nur durch das Eingreifen der Fachleute aus der Wirtschaft praxistauglich.“ Als konkretes positives Beispiel nannte Geiger das ab 2018 geltende

Gesetzliche Bauvertragsrecht. Dagegen sei bei den geplanten Neuregelungen der Bauabfall-Entsorgung, zusammengefasst unter dem Begriff Mantelverordnung, noch ein gewaltiger Änderungsbedarf. „Sonst drohen bald ein Depo-nienotstand und massive Baukostensteigerungen.“ Positiv hob Geiger auch hervor, dass es den Bauverbänden gemeinsam mit der bayerischen Politik gelungen sei, die Kompetenz und den Verantwortungsbereich der Obersten Bau-behörde für den Straßenbau in Bayern weitgehend zu erhalten. „Wir sind in Bayern noch in der Lage, die zugesagten Mittel auch zu verbauen“, so Geiger. Allerdings habe er nicht immer den Eindruck, dass dabei Dringlichkeit und Bedarf immer an erster Stelle stünden. Statt Leit-planken an Autobahnen und Bundesstraßen zu erneuern, sei es sinnvoller, mit diesen Mitteln Brücken zu sanieren.

Bauunternehmen brauchen höhere Rendite

Auch in der derzeit guten Baukonjunktur sei aber die Rendite der Bauunternehmen bei weitem nicht ausreichend. „Die wenigsten Bauunternehmen erreichen ein Ertragsniveau, das es ihnen ermöglicht, nachhaltig zu investieren, innovativ zu sein und in guten Zeiten Reserven für schwierige Zeiten zu bilden“, so Geiger abschließend. □

Attraktiv und lukrativ ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Lösungen und mobile Angebote gefunden werden, auch wenn sie sich nicht lukrativ betreiben lassen.

Image als Einflussgröße

Mit „Image und Selbstwert-schätzung als Einflussgrößen“ befasste sich Dr. Olaf Heinrich, Bürgermeister von Freyung und niederbayerischer Bezirkstagspräsident. Am Beispiel der Bayerwald-Kreisstadt demonstrierte der Rathauschef, wie wichtig es ist, sich auf die Stärken und Kräfte vor Ort zu besinnen, statt rein auf Hilfe von außen zu setzen. Für ihn zählt auch Qualität vor Quantität. Ein weiterer Rat: Mit den Menschen reden und sie mit in Verantwortung nehmen, statt nur wählen lassen und den Erfolg mit allen feiern, die daran mitgewirkt haben. Heinrich: „Verbundenheit mit dem Ort ist ein Schlüssel für die Bereitschaft, sich einzusetzen und in etwas investieren zu wollen. Denn München ist schön. Aber wir sind anders!“

Die Dinge selbst in die Hand nehmen

Konkret hatte die Stadt Freyung von 1995 bis 2011 unter Einwohnerverlust zu leiden, was sich sichtbar in zahlreichen leer stehenden Gebäuden ausdrückte. Bürgermeister Heinrich besuchte mit dem Stadtrat viele andere Gemeinden, um zu erfahren, wie diese mit der Situation umgegangen sind. „Uns war bald klar: Die Hoffnung, dass von außerhalb ein rettender Investor kommt, die wird sich nicht erfüllen. Wir müssen die Dinge selbst in die Hand nehmen und zeigen, dass wir etwas bewirken können.“

Aufbruchstimmung

Durch die Sanierung des Kirchplatzes, die Erneuerung des Stadtplatzes und zahlreiche Fassadenneugestaltungen wurden sichtbare Zeichen gesetzt, die für eine Aufbruchstimmung standen. „Inzwischen trauen wir uns auch etwas zu – so haben wir beschlossen, unseren historischen Stadel herzurichten und dort eine Volksmusikakademie zu etablieren. Früher hätten wir nur uns gefragt, ob sich ein solches Vorhaben wohl rechnen mag. Inzwischen wissen wir: Manches ist nicht allein mit Geld aufzuzurechnen. Denn

eine so einmalige Einrichtung wird unseren Ort mit Leben füllen und weithin bekannt machen“, erklärte Heinrich.

Modernes Mobilitätssystem

„Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern erfordern ein modernes Mobilitätssystem“, betonte Dr. Josef Wallner vom Bayerischen Bauindustrieverband, weshalb die Organisation das Projekt Bayern Mobilität 2030 gestartet habe. Eine mit Fachleuten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz besetzte Kommission nahm im Oktober 2016 die Arbeit mit ihrer Auftaktsitzung auf. In vier Sitzungen behandelte die Kommission die Themenkomplexe Landesweites Verkehrskonzept einschließlich Finanzierungsmodell, Personenverkehr, Gütertransport, Digitalisierung der Mobilitätssysteme, Bürgerbeteiligung und Bürgerdialog bei Verkehrsinfrastruktur- und Mobilitätsprojekten sowie Wege zu schnelleren Genehmigungsverfahren.

Projekt Modellregionen Bayern Mobilität

Publiziert werden die Empfehlungen der Unabhängigen Expertenkommission in der „Position Bayern Mobilität 2030“. Diese wird BBIV-Präsident Josef Geiger an Ministerpräsident Seehofer überreichen. Im Auftrag der Expertenkommission wird er dem Ministerpräsidenten den Vorschlag machen, die Bayerische Staatsregierung möge ein Projekt Modellregionen Bayern Mobilität 2030 initiieren.

Anschubfinanzierung

Das Bayerische Verkehrsministerium solle dann die bayerischen Städte und Gemeinden bzw. Regionen dazu auffordern, sich mit geeigneten Modellprojekten um die Teilnahme zu bewerben, so Wallner. Diese Projekte müssen einen engen Zusammenhang zu den Erkenntnissen der Expertenkommission haben und prinzipiell auch auf andere Räume übertragbar sein. Um die Modellprojekte auf den Weg zu bringen, sollte die Bayerische Staatsregierung dafür eine Anschubfinanzierung zusagen.

Die Modellprojekte sollen Wallner zufolge zusammen widerspiegeln, um was es Bayern

Mobilität 2030 letztlich geht: um zukunftsfähige Mobilität für Menschen und ihre individuellen Ansprüche an gleichwertiges Arbeiten, Leben und Wohnen in allen Regionen Bayerns.

Bürgerbudget

Die Präsentation des Bürgerbudgets Bad Freienwalde (Oder) oblag im Anschluss Dennis Ferch vom Bürgerforum Kurstadt-Dialog. Nach seinen Ausführungen hat die Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2016 die Satzung zum Bürgerbudget in Höhe von 25.000 Euro beschlossen. Maximal 5.000 Euro können für einen einzelnen Vorschlag vergeben werden. Dies bedeutet, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bad Freienwalde (Oder) selbstständig und basisdemokratisch darüber entscheiden dürfen, wofür das Geld eingesetzt werden soll. Die Organisation und Durchführung des Bürgerbudgets (Abstimmung) obliegt dem Bürgerforum Kurstadt-Dialog. Die Prüfung und Bewertung der eingereichten Vorschläge wird durch die Stadtverwaltung durchgeführt.

Rückbesinnung auf Dorfkerne

Unter dem Slogan „Investieren lohnt sich“ bietet der Markt Stadtlauringen (Landkreis Schweinfurt) nach Angaben ihres 1. Bürgermeisters Friedel Heckenlauer allen, die in den zehn Ortsteilen vor allem alte Bausubstanz kaufen und/oder sanieren wollen, ein umfassendes Förderprogramm, bestehend aus insgesamt sechs Fördertöpfen an: Ein kommunales Förderprogramm, die Förderung von historischen Hoftoranlagen, Zuwendungen im Rahmen der Denkmalförderung, Privatmaßnahmen in der Dorferneuerung, steuerliche Vorteile im Sanierungsgebiet sowie ein lukratives Förderprogramm für Investitionen zur Innenentwicklung. Wer beispielsweise eine Baulücke in einem der Altorte schließt, kann hier mit zehn Prozent Förderung, maximal 10.000 Euro rechnen. Bei Eigennutzung gibt es für Kinder noch Geld obendrauf.

„Die Botschaft ist Innen- statt Außenentwicklung“, betonte der Rathauschef und sprach in diesem Zusammenhang von einer Rückbesinnung auf die Dorfkerne statt neuer Baugebiete. **DK**

Deutscher Lichtdesign-Preis 2017 für Zumtobel:

Montforthaus mit einzigartiger LED-Sonderlösung ausgezeichnet

Vor kurzem wurde der Deutsche Lichtdesign-Preis 2017 in Mannheim verliehen. In der Kategorie „Kulturbauten“ erhielt das Montforthaus, Kultur- und Kongresszentrum Feldkirchs, den Lichtdesign-Preis 2017 für seine innovative Lichtlösung. In enger Zusammenarbeit mit dem Lichtplanungsbüro BELZNER HOLMES / LIGHT DESIGN ENGINEERING entwickelte Zumtobel eine LED-Sonderleuchte, die bei Farbtemperaturen zwischen 2700K und 5000K stufenlos von 100 auf 0 Prozent gedimmt werden kann.

Mit dem Deutschen Lichtdesign-Preis möchte die Jury auf die Bedeutung des Lichtdesigns in der Architektur aufmerksam machen. Die ausgezeichneten Projekte werden als herausragende Beispiele im Lichtdesign für gut gestaltetes Licht bezeichnet. In diesem Jahr wurde der renommierte Preis im Trafowerk in Mannheim verliehen.

Nach einer fünfjährigen Planungs- und Bauphase wurde das Montforthaus im Vorarlberger Feldkirch Anfang 2015 eröffnet. Das neue Haus zeichnet sich durch eine plastische Gebäudekontur und eine fließende Formensprache aus, die aus der Feder des Berliner Büros HASCHER JEHLER Architektur stammen. Transparente Fassaden und eine gläserne Kuppel im Foyer stellen in dem organisch geformten Bau einen Dialog zwi-

schen innen und außen her. So dringt das Tageslicht bis in das Herz des Gebäudes – den großen Saal – vor, der wie ein in Holz gehaltenes Musikinstrument inmitten der Foyeranlage steht.

Diesem architektonischen Grundgedanken der Durchlässigkeit folgt auch die Lichtgestaltung, die von dem auf Architektur- und Bühnenbeleuchtung spezialisierten Planungsbüro BELZNER HOLMES / LIGHT DESIGN ENGINEERING (LDE) entworfen und mit Zumtobel technisch realisiert wurde. So sollte das durch die großen Glasflächen einfallende Tageslicht in den Innenbereich weitergeführt werden, damit das Licht eine gleichmäßige Wirkung im gesamten Montforthaus erzeugt. Um den hohen Ansprüchen des multifunktionalen Hauses gerecht zu werden, sollte LDE eine Licht-

lösung entwickeln, die an die unterschiedlichen Nutzungsmöglichkeiten angepasst werden kann. Dabei mussten stark divergierende Raumhöhen von 2,40 bis 10 Metern berücksichtigt werden.

Die Grundidee

Nach einer langen Test- und Sondierungsphase fiel die Wahl auf eine maßgeschneiderte Lichtlösung von Zumtobel. Die durchweg positiven Erfahrungen, die das Team um Prof. Uwe Belzner, Architekt und Lichtplaner von LDE, in der Vergangenheit mit Zumtobel gemacht hatte, und das Wissen um die technologische Expertise des Vorarlberger Lichtlösungsspezialisten waren ausschlaggebend für den Zuschlag. Die Grundidee der Lichtlösung bestand darin, eine flimmerfreie („flickerfree“) Dimmbarkeit der LED-Leuchten bis auf 0 Prozent zu ermöglichen, um TV-Übertragungen aus dem Montforthaus in HD-Qualität zu gewährleisten. Ausgehend von einer von Zumto-

bel entwickelten Technologie, die ein beliebiges Mischverhältnis einer kalt- oder warmweißen Lichtquelle ermöglicht, konzipierte LDE mit Zumtobel eine Sonderlösung. Basis bildete die LED-Downlightserie PANOS infinity, die mit ihren bestehenden Bauvarianten und Komponenten in den verschiedenen Bereichen des Gebäudes eingesetzt werden konnte. Die von Sottsass Associati gestaltete Leuchtenlinie zeichnet sich durch ein anspruchsvolles, durchgängiges Design aus, das Zumtobel mit praktischer Funktionalität vereint. So sorgen die hohe Energieeffizienz und die langen Wartungsintervalle der PANOS mit LED-Technologie für Kostenvorteile und schonen die Umwelt.

Weltneuheit

Die Sonderlösung MFH-PANOS stellt eine Neuheit in der Architekturbeleuchtung dar und ist weltweit einzigartig. Im Vergleich zu bisherigen Standardprodukten bewerkstelligt MFH-PANOS dank einer speziell von Zumtobel entwickelten Technologie erstmalig die letzte Hürde von 10 bis 0 Prozent mit einem sanften Übergang und damit flimmerfrei. Umfangreiche Versuchs-aufnahmen in den Studios des ORF bestätigen die hohe Qualität dieser Neuentwicklung. So wer-



Das Montforthaus am Fuße der Schattenburg schmiegt sich mit seinen organischen, fließenden Formen harmonisch in die Feldkircher Altstadt ein. Foto: Zumtobel

den Bildausfälle bei HDTV-Aufnahmen in gedimmtem Zustand vermieden. Um die Lichtstimmung dem Anlass entsprechend anpassen zu können, ermöglicht MFH-PANOS eine variable Einstellung der Farbtemperatur von warm- bis kaltweiß. Dabei kann das Verhältnis von kalt- und warmweißes Licht je nach Anforderung über getrennte DMX oder DALI Kanäle individuell gesteuert werden. Für eine hohe Energieeffizienz sorgt das optimierte Thermomanagement der MFH-PANOS: Eine spezielle Kühlung gewährleistet maximale Lichtausbeute und senkt damit den Energieverbrauch.

Insgesamt wurden über 2.500

Leuchten von Zumtobel im Montforthaus verbaut, davon rund 750 Sonderleuchten MFH-PANOS in verschiedenen Versionen. Dabei war Zumtobel nicht nur mit der Neuentwicklung der Sonderlösung beauftragt. Auch eine konstante Projektbegleitung und die individuelle Anpassung an den benötigten Umfang kennzeichnen die intensive Zusammenarbeit mit allen Beteiligten. Insgesamt wurden 18 Leuchtentypen von Zumtobel im gesamten Montforthaus eingesetzt, darunter LIGHT FIELDS evolution im Treppenhaus, ONDARIA im Café und CRAFT als Arbeitslicht für die Bühnenbeleuchtung. □

Förderprojekt FLINGO:

Expertenteam verbessert LED-Eigenschaften

Osram Opto Semiconductors koordiniert Projekt mit vier Partnern aus Industrie und Forschung

Angesichts der wachsenden Ansprüche an die elektrische, optische und thermische Funktionalität von LED rückt die Erforschung neuartiger Materialkompetenzen immer stärker in den Fokus. Ziel des Förderprojekts FLINGO ist es daher, neue Materialien – insbesondere Schichten – und Verfahren zu entwickeln, um Eigenschaften wie Effizienz und Langlebigkeit von LED zu verbessern. Dadurch soll die Marktführerschaft bei innovativen LED-Produkten erhalten und weiter ausgebaut werden.

Projektkoordinator Osram Opto Semiconductors arbeitet zu diesem Zweck seit Februar 2017 mit renommierten Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen zusammen. Das BMBF fördert FLINGO (Functional Inorganic Layers for Next Generation Optical Devices) im Rahmen der EU-Initiative M-ERA.NET.

Im Zuge des Projekts FLINGO sollen unterschiedliche Methoden der Filmherstellung wie Atomlagendeposition, Sprühpyrolyse und Sol-Gel-Verfahren für die Produktion qualitativ hochwertiger LED-Leuchtmittel erforscht und kombiniert werden.

Unter der Leitung von Dr. David O'Brien von Osram Opto Semiconductors arbeiten die Projektpartner an der kompletten Bandbreite neuer Bauteileigenschaften – von der verlängerten Lebensdauer über geringere elektrische Schichtwiderstände bis zur verbesserten Lichtauskopplung. Dafür sind neue Materialien und innovative bzw. angepasste Abscheidungsverfahren notwendig. „Die genannten Projektziele sind nur mithilfe eines breit aufgestellten Konsortiums erreichbar, da sie über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg Verbesserungen und Neuentwicklungen und damit spezielles Expertenwissen erfordern“, erläutert O'Brien.

Neben Koordinator Osram Opto Semiconductors sind Uninova von der Neuen Universität Lissabon, das finnische Dünnschicht-Unternehmen Picosun Oy, das Fraunhofer-Institut für Silicatforschung ISC in Würzburg sowie die Universität Vilnius an FLINGO beteiligt. Das Fraunhofer ISC unterstützt mit seinem Know-how in der Entwicklung neuartiger organischer Schichtsysteme, die

als Matrix für sensitive Konvertermaterialien eingesetzt werden sollen. Uninova bringt seine Kenntnisse in der Herstellung von hochtransparenten und gleichzeitig hochleitfähigen Schichten ein, die für den p-Kontakt in den LED benötigt werden. Picosun Oy entwickelt ALD-Prozesse („atomic layer deposition“) und neue Materialien, um auch stark strukturierte Oberflächen konformal beschichten zu können. Fachwissen in der Entwicklung und Charakterisierung zerstörungsfreier Materialeigenschaften bringt das Institute for Applied Research der Universität Vilnius ein und analysiert die in FLINGO entwickelten neuartigen Schichten und Schichtsysteme.

Mehr Wettbewerbsfähigkeit

Als Endnutzer der in FLINGO entwickelten Technologien überführt Osram Opto Semiconductors die neuartigen dünnen Schichten und Schichtsysteme schließlich in seine LED, um sie auf ihre Tauglichkeit für den Massenmarkt zu prüfen. „Die Projektergebnisse sollen zu hocheffizienten und langlebigen Weißlicht-LED mit Einsatzmöglichkeiten beispielsweise in der Allgemeinbeleuchtung führen“, so O'Brien weiter. „Damit wollen wir unsere Wettbewerbsfähigkeit sowie die der einschlägigen europäischen Industrie steigern.“

FLINGO wird bis zum Laufzeitende im Januar 2020 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des EU-Programms M-ERA.NET gefördert. M-ERA.NET ist ein EU-finanziertes Netzwerk, das die Koordination europäischer Forschungsprojekte unterstützen soll. □

LEW

Setzen Sie Akzente.

Licht gibt Sicherheit. Licht schafft Atmosphäre. Unser intelligentes Beleuchtungsmanagement hilft Ihnen, den Energieverbrauch Ihrer Straßenbeleuchtung mit LED spürbar zu reduzieren.

Mehr Informationen finden Sie unter www.lew.de/kommunen

Die LEW-Gruppe – Ihr Partner für intelligente Energie

LEW LEW LEW LEW BEW EWL ÜWK LVN

Leuchwerke Service & Consulting TelNet Netzservice Energie Elektrifizierung Leuchten Überwachungs- & Control

Neue Wege im ÖPNV

Planungsbüros legen Abschlussbericht zu Perspektiven im öffentlichen Nahverkehr vor

Ein Zuwachs von rund 17 Prozent in den nächsten 20 Jahren: Das ist die Prognose für den Bevölkerungsanstieg im Landkreis München. In absoluten Zahlen bedeutet dies: Bis 2035 werden voraussichtlich knapp 400.000 Menschen im Landkreis leben, wohnen und arbeiten. Wie mobil sie dabei sein werden, hängt wesentlich von der Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs ab. Denn der motorisierte Individualverkehr stößt mit den kontinuierlich wachsenden Pendlerströmen und dem allgemein steigenden Bedürfnis nach Mobilität schon heute an seine Grenzen. Um die Bewegungsmöglichkeiten – und damit den Lebensstandard und die Prosperität der Region – langfristig zu sichern, bedarf es passgenauer zukunftsfähiger Mobilitätskonzepte. Und die Zeit drängt.

Um dieser zentralen Herausforderung vor dem Hintergrund des steigenden Siedlungsdrucks Rechnung zu tragen, wurde im Herbst 2015 die Studie „Perspektiven im öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis München“ in Auftrag gegeben. Ziel dieser Untersuchung war es, langfristige Perspektiven und Visionen zur Weiterentwicklung und Ergänzung der bestehenden ÖPNV-Infrastruktur im Landkreis zu erarbeiten. Der Fokus lag dabei insbesondere auf den Schienenverkehrsmitteln sowie den tangentialen Verkehrsbeziehungen, die die im Nahverkehrsplan des Landkreises beschlossene Weiterentwicklung der MVV-Regionalbuslinien ergänzen sollen. Bewusst wurde dabei über die Grenzen der Zuständigkeiten des Landkreises hinausgeblickt.

Visionär, aber machbar

Für die Untersuchung untergliederten die Planer den Landkreis München in insgesamt fünf Teilräume: den Münchner Norden, den Osten, das Hachinger Tal, das Isartal sowie das Würmtal. Bestehende Planungen, wie etwa der Bau einer zweiten S-Bahn-Stammstrecke oder das Projekt „Bahnknoten München“, aber auch die Konzepte des Nahverkehrsplans gaben der Studie einen groben Rahmen. Erklärtes Ziel war es aber, ausgehend von dieser Basis möglichst frei und visionär zu denken und neue Mobilitätskonzepte zu entwickeln.

Der Norden

Für den Münchner Norden, dessen Entwicklung insbesondere durch die Nähe zum Flughafen sowie den weiter anwachsenden Wissenschaftsstandort geprägt ist, stellten die Planer zum einen eine neue Stadtbahn zur Diskussion, die die Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorte Ober- und Unterschleißheim sowie Garching verbinden soll. In einer 2. Ausbaustufe könnte eine Weiterführung bis Ismaning erfolgen.

Darüber hinaus wurde eine Verlängerung der U6 bis nach Neufahrn angedacht, die Garching eine attraktivere öffentliche Flughafenanbindung beschieren würde. Vorbehaltlich einer Freigabe des derzeit für den Güterverkehr genutzten Münchner Nordrings könnte zudem eine S-Bahn-Tangente errichtet werden, die von Dachau über Unterföhring weiter in den östlichen Landkreis München führt.

Der Osten

Auch der Münchner Osten steht unter dem Einfluss des Flughafens. Darüber hinaus spielen die Verbindungen in die Nachbarlandkreise Erding und Ebersberg eine besondere Rolle. Ein überregionaler Anziehungspunkt ist die Messe München, für die eine bessere Flughafenanbindung wichtig wäre. Für den Münchner Osten stellten die Experten zwei neue S-Bahnverbindungen vor: Neben der

auch im Norden angedachten „Nordring“-Tangente von Unterföhring in Richtung Haar käme auch eine zweite Linie, die die Messe über Aschheim mit Pliening im Landkreis Ebersberg verbinden könnte, in Frage. Auch eine Erweiterung in Richtung Markt Schwaben und damit in Kombination mit dem Erdinger Ringschluss weiter zum Flughafen wäre denkbar. In beiden Fällen würden sich die Reisezeiten zwischen der Messe und dem Flughafen verringern und sich auch auf andere Beziehungen zeitlich positiv auswirken. Einen Reisezeitgewinn zwischen zehn und zwanzig Minuten halten die Planer dabei für realistisch. Um kurzfristige Lösungen zu schaffen, könnte die Linienführung auch über einen Busvorläuferbetrieb, z. B. mit Schnellbuslinien, verwirklicht werden.

Hachinger Tal, Isartal und Würmtal

Für den Münchner Süden und Südwesten, in dem die PKW-Motorisierungsrate besonders hoch ist, entwickelten die Planer neben dem wichtigen Bestandsausbau der S3 und S7 vielfältige Ideenskizzen, wie zum Beispiel den Anschluss einer neuen Stadtbahn an das bestehende U-Bahn- oder Trambahnnetz an der Stadtgrenze, die Reisende weiter bis nach Ottobrunn bringen könnte.

Auch für Martinsried erachten die Verkehrsexperten eine Stadtbahn für sinnvoll. Sie könnte über Planegg bis nach Germering führen und als Verlängerung der U6 dienen, die in absehbarer Zeit bis zum Forschungscampus in Martinsried weitergeführt werden wird. In Germering könnte die Stadtbahn dann an die S8 anschließen. Für das Isartal stand bei der Betrachtung der Potenziale neben dem Bestandsausbau der S7 insbesondere die bessere Zuwegung zum S-Bahnhof Pullach – z. B. in Form einer Fahrrad- und Fußgängerbrücke – im Vordergrund, um die trennende Wirkung der Isar abzuschwächen.

Übertrag in die Praxis

Potenziale, Chancen und Möglichkeiten, den öffentlichen Personennahverkehr im und um den Landkreis München auszubauen, gibt es viele, das hat die Studie gezeigt. Jetzt gilt es, die erfolgversprechendsten Verbindungen und Projekte zu identifizieren und einer genaueren Untersuchung zu unterziehen. „Wir haben jetzt die Basis, ein ganzes Portfolio an Möglichkeiten, die in der Verwaltung, den Kommunen und den Fraktionen besprochen werden müssen“, stellte Landrat Christoph Göbel in der Sitzung des Ausschusses für Mobilität und Infrastruktur, in der die Ergebnisse vorgestellt wurden, fest.

„Die Studie hat unzählige Impulse und Anstöße gegeben. Jetzt müssen wir sehen, wie wir diese Versatzstücke, die vielen einzelnen Ideen zusammenbringen. Wir müssen priorisieren, eine Auswahl treffen und dann

mögliche Umsetzungsschritte festlegen“, fasst Göbel das weitere Procedere zusammen. Sicherlich könne nicht alles, was die Studie aufgreift, auch so umgesetzt werden. So manche Idee würde den Kostenrahmen mehr als sprengen. Doch schließlich sei es ja die Aufgabe der Planer gewesen, visionär zu denken und ungenutzte Potenziale ganz unabhängig von Kosten zu eruieren, so Göbel.

Blick über den Tellerrand

Dass die Studie auch über den kreiseigenen Tellerrand hinaus blickt, macht bereits deutlich: Die Fortentwicklung des (öffentlichen) Verkehrs ist kein Projekt, das ausschließlich innerhalb der Landkreisgrenzen angegangen werden kann. Denn Siedlungsdruck und wachsendes Verlangen nach passgenauer Mobilität betrifft das gesamte Münchner Umland. Entsprechend könne man auch nur gemeinsam dieses zukunftsweisende Thema angehen, betont Landrat Christoph Göbel und sagt: „Wir müssen uns gegenüber unseren Nachbarn äußern.“

So werde er sich darum bemühen, die Studie aktiv bei weiteren Mitstreitern in der Metropolregion München vorzustellen.

Fachexpertise und Alltagserfahrung für ein umfassendes Bild

Durchgeführt wurde die Studie von einem interdisziplinären Team unter der Leitung des Planungsbüros Ernst Basler + Partner AG aus Zürich in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Raumentwicklung und dem Fachgebiet für Siedlungsstruktur und Verkehrsplanung der TU München sowie dem Fachbüro Studio | Stadt | Region aus München.

Neben der Beauftragung der Verkehrsexperten war es dem Landkreis wichtig, auch die Perspektive und das Know-how der unmittelbaren ÖPNV-Nutzer, die oft über ein umfangreiches Detailwissen zu Schwachstellen verfügen, mit einzubeziehen.

An der eigens dafür gestalteten mehrwöchigen Online-Umfrage beteiligten sich von Herbst 2015 bis Anfang 2016 zahlreiche Bürgerinnen und Bürger nicht nur aus dem Landkreis München, sondern auch aus der Landeshauptstadt und aus benachbarten Landkreisen. Rund 2.500 unterschiedliche Schwachstellen waren dabei benannt und fast 1.500 Ideen zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs formuliert worden. Als zweiten Schritt zur Beteiligung der Öffentlichkeit fand zudem im Juli 2016 ein Workshop statt, bei dem die Planer erste Ergebnisse vorgestellt und Rückmeldungen aufgegriffen hatten.



erdgas schwaben ist Hauptsponsor des 4 Sterne-Premiumradwegs Donautäler, der durch fünf Landkreise führt und jetzt offiziell eröffnet wurde. Mit dabei waren die Landräte Hubert Hafner, Günzburg, Thomas Reinhardt, Heidenheim, Heiner Scheffold, Alb-Donau-Kreis (von links außen), und Leo Schrell, Dillingen (ganz rechts), außerdem Roland Bürzle, Stellvertreter des Landrats in Neu-Ulm (3.v.r.).

Startschuss für 4 Sterne-Premiumradweg DonauTäler

Offizielle Eröffnung in Langenau - erdgas schwaben als Sponsor

Der offizielle Startschuss für den 4 Sterne-Premiumradweg DonauTäler lockte begeisterte Radfahrer zum Pflerhof in Langenau. 320 Kilometer bestens ausgebauter Radweg durch die fünf Landkreise Heidenheim, Günzburg, Neu-Ulm, Alb-Donau-Kreis und Dillingen sind die erfolgreiche Bilanz der unermüdeten Arbeit des „Donautal-Aktiv e.V.“ Der ADFC hatte den DonauTäler deshalb mit der Höchstzahl von vier Sternen gekrönt.

erdgas schwaben unterstützt den Premiumradweg als Baustein für umwelt- und klimaschonenden Tourismus in der Region. Durch die Zertifizierung wird der Donautäler in jedem Radwanderführer genannt und macht dadurch interessierte Urlauber auf sich aufmerksam.

Eine Herzensangelegenheit

Für Dr. Christian Blümm, Marketing erdgas schwaben, ist das langjährige Engagement für die DonauTäler-Aktivitäten „eine Herzensangelegenheit“. Bei der Eröffnung sagte er: „Wir unterstützen sehr gerne so eine wertvolle Idee, die nicht nur die

Landkreise enger zusammenrücken lässt, sondern auch den Menschen hier ihre Heimat aufs Beste präsentiert.“

Wertvolle Preise

Wer bis zum 7. Mai auf einer offiziellen Route des Radwegs DonauTäler nach Langenau radelte und unterwegs seine Eindrücke mit der Kamera oder dem Smartphone festhielt, konnte beim Fotowettbewerb zur Eröffnung gewinnen. Als Preise winkten wertvolle Rad-ausrüstung – unter anderem hochwertige erdgas schwaben-Bike-Rucksäcke von Deuter und ein Warengutschein für ein Fahrradgeschäft.

Spielfeldbeleuchtung auf höchstem technischen Niveau

Osram beleuchtet Fußballplatz in Hochstadt mit innovativer LED-Flutlichtanlage

Gemeinsam mit dem Fußballverein 1. FC 1911 Hochstadt e. V. hat Osram Lighting Solutions die neue innovative Spielfeldbeleuchtung geplant und umgesetzt. Zwölf innovative Siteco LED-Flutlichtstrahler werfen nun ein besonders effizientes und leistungsstarkes Licht auf den ebenfalls neuen Fifa-zertifizierten Kunstrasen.

Unter Federführung des 1. Vorsitzenden Manfred Maier und Mitwirkung zahlreicher Vereinsmitglieder hatte der hessische Traditionsverein 1. FC Hochstadt e. V. ein Konzept für eine neue Spielfeldbeleuchtung entworfen und die Spezialisten von Osram Lighting Solutions für die weitere Planung einbezogen. Ziel war, dass die Beleuchtung in puncto Lichtqualität und Effizienz auch höherklassigen Ansprüchen genügt und ein modernes Licht auf den Verein und speziell dessen neuen Fifa-2-Sterne-zertifizierten Kunstrasen wirft.

Kompetente Umsetzung

Als Generalunternehmer für dieses Projekt wurde STRABAG Sportstättenbau verpflichtet, für das Lichtdesign und die

Planung setzte man auf die Technik und Expertise von Osram, FSB Beling übernahm die Installation und Einrichtung der Leuchten.

Hohes Beleuchtungsniveau

Die neue leistungsstarke Spielfeldbeleuchtung besteht aus zwölf Siteco Floodlight 20 Maxi LED-Strahlern mit zwei verschiedenen Lichtverteilungen. Sie erreichen nicht nur ein hohes Beleuchtungsniveau von ca. 110 lx und eine hohe Gleichmäßigkeit mit einem Korrelationskoeffizienten von 0,78.

Überzeugende Lösung

Auch in Sachen Energieersparnis und Wirtschaftlichkeit überzeugt die Lösung von Osram. In Absprache mit dem Auftraggeber wurde das Beleuchtungssystem so aufgebaut, dass die Spielhälften jeweils getrennt geschaltet werden können. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, die Anlage komplett bzw. in Teilen auf halber Beleuchtungsstärke zu betreiben, beispielsweise für normales Lauftraining oder Trainingseinheiten mit geringem Lichtbedarf.

Straßenbeleuchtung in München:

Wie das Licht in die Stadt kommt

Licht heißt Sicherheit, Licht schafft Wohlbefinden. Dafür sorgen heute in München rund 120 000 Lampen. Die Geschichte der offiziellen Münchner Straßenbeleuchtung begann am 7. November 1729: In einer Resolution genehmigte der Geheime Rat des Kurfürsten Karl Albrecht eine Laternenprobe in München und betraute den Kammerdiener Hölzl mit dieser Aufgabe. Dieser gründete daraufhin das Illuminationsamt.

Dieses Jubiläum hat das Baureferat der Stadt München nun zum Anlass genommen, die vielen Informationen, Geschichten und vor allem die heutige Technik der Straßenbeleuchtung in einer Broschüre zusammenzustellen.

Das Licht geht an

1729 brannten die ersten Straßenleuchten noch auf Basis von Pech und Talg. Die erste offizielle Gasbeleuchtung ging 1850 mit 1.148 Laternen in Betrieb. Seit 1966 gibt es in München nur noch eine elektrische Straßenbeleuchtung. Heute werden 110.000 Leuchten elektronisch gesteuert, um München nachts erleuchten zu lassen. Die Abteilung Straßenbeleuchtung und Verkehrsleittechnik ist Vorreiter in moderner angewandter Technik, die Geld spart und die Umwelt entlastet. 50 Prozent weniger Energiekosten, neue stabförmige, kompakte Leuchtstofflampen, eine ständige Prozess- und Kostenoptimierung – dafür setzen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stets ein.

Sicher durch den Tunnel

400 Tunnel und Unterführungen in München stellen höchste Anforderungen an die Licht- und Sicherheitstechnik. Die Tunnelbeleuchtung muss das Adaptionsvermögen des Auges unterstützen und den abrupten Übergang von Hell nach Dunkel erleichtern. Dies geschieht mit einem sehr hohen Beleuchtungsniveau durch Gegenstrahlern bei der Tunneleinfahrt. Geplant und betrieben wird

nicht nur die Tunnelbeleuchtung, sondern auch die ganze Betriebstechnik für die Tunnelanlagen, wie Leit-, Video-, Verkehrstechnik, Brandmelde-, Beschallungs-, Niederspannungs-, Mittelspannungs- und Lüftungsanlagen. Aufgabe ist es, Störungen schnellstmöglich zu erkennen, Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer zu informieren und Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Rot-Gelb-Grün

Licht leitet den Verkehr, erhält und fördert die Mobilität. Das Signal kam 1927 mit der ersten elektrischen Ampel an der Nordseite des Bahnhofplatzes. Heute werden rund 1.100 Lichtsignalanlagenplanen gebaut und betrieben. Pulsierender Straßenverkehr, Kinder auf dem Weg zur Schule, der Fahrradverkehr unterwegs zur Arbeit – ohne Ampelanlagen heute nicht mehr vorstellbar.

Glanzlichter

Bavaria, Sendlinger Tor, Justizpalast... um nur einige zu nennen – Glanzlichter für Münchnerinnen und Münchner, Freunde und Gäste der Stadt, ein urbanes Erlebnis.

Die moderne Lampen- und Scheinwerfertechnik ermöglicht Anstrahlungen bei verhältnismäßig geringem Energieeinsatz. Mit dem Projekt „München im Licht“ trägt seit 1998 eine Reihe engagierter Münchner Unternehmen durch Sponsoring dazu bei, München bei Nacht zu einem unvergesslichen Erlebnis zu machen.

Bahnlinien und Bahnhöfe:

Rückgrat des Nahverkehrs

Oberbürgermeister-Konferenz in Nürnberg

Bei der vierten Oberbürgermeister-Konferenz des Bayerischen Städtetags im Nürnberger Rathaus diskutierten die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte und der Großen Kreisstädte Bayerns mit Vertretern der Bahn über aktuelle Themen der Deutschen Bahn. Bei der Veranstaltung sprachen der Konzernbevollmächtigte der Deutschen Bahn AG für den Freistaat Bayern, Klaus-Dieter Josel, der Sprecher der Geschäftsführung der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG), Dr. Johann Niggel und der Leiter der Verkehrsabteilung in der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, Ministerialdirigent Hans-Peter Böhner.

Wie der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly betonte, „bilden Bahnlinien und Bahnhöfe das Rückgrat des öffentlichen Nahverkehrs in Ballungsräumen und ländlichen Räumen. Für Kommunalpolitiker stehen Probleme mit der Bahn oft auf der Tagesordnung.“ Dies betrifft auf regionaler Ebene Fragen zum Schienennetz, zur Bedienung einzelner Bahnhöfe und Linien, zur Taktung von Zügen, zur Ausschreibung von Linien und Bestellung von Bahnverkehren unterschiedlicher Anbieter.

Den Kommunalpolitikern geht es um die Erstellung von Nahverkehrskonzepten und die Verknüpfung des Schienennahverkehrs mit S-Bahnlinien und mit dem Schienenfernverkehr. Maly: „Mit der Einführung des Stundentakts auf manchen Linien und mit der Verknüpfung von Anbietern auf der Schiene konnten Verbesserungen für Pendler erzielt werden. Allerdings sehen die Städte vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, des wirtschaftlichen Wachstums und der wachsenden Pendlerströme die Notwendigkeit zum Ausbau des Angebots auf der Schiene. Fahrgäste und Pendler legen Wert auf Pünktlichkeit, Schnelligkeit und Qualität – zu einem möglichst niedrigen Preis. Die Kommunen setzen darauf, dass der Freistaat mit den Regionalisierungsmitteln des Bundes den Ausbau des Schienennahverkehrs dauerhaft vorantreibt.“

Die Wiederbelebung von stillgelegten Bahnlinien beschäftigt Kommunalpolitiker an vielen Orten. Wenn alte Bahnlinien wieder in Betrieb genommen werden, kann damit der Individualverkehr reduziert werden. Hier steckt enormes Potential, um volle Straßen zu entlasten. Dennoch wurden in der Vergangenheit Bahnlinien eingestellt oder Haltestellen geschlossen. Maly: „Die Bahn hat eine wichtige Rolle bei der Bewältigung des hohen Pendleraufkommens in die Städte und aus den Städten. Bahnlinien ver-

binden die Städte untereinander, sie verbinden die Städte mit dem Umland – dies gilt in den Metropolregionen München und Nürnberg ebenso wie in allen Regionen Bayerns. In der Vergangenheit wurden viele Schienenstrecken stillgelegt und Haltestellen nicht mehr bedient. Über die Reaktivierung stillgelegter Schienennetze wird verstärkt nachgedacht – beispielsweise auf der Bahnlinie von Volkach nach Würzburg.“

Abbau von Barrieren

Die bayerischen Städte und Gemeinden unterstützen das Ziel des Ministerpräsidenten, Bayern solle bis 2023 im gesamten öffentlichen Raum barrierefrei werden. Maly: „Viele Städte und Gemeinden sind bereits aktiv geworden, um Barrierefreiheit zu schaffen. Sie haben die Notwendigkeit zum Abbau von Barrieren längst erkannt. Sie haben bereits viele Projekte zur Barrierefreiheit in Bussen, an Bushaltestellen und Trambahnen auf den Weg gebracht. Allerdings baut der enge zeitliche Horizont, den die Staatsregierung setzt, hohen Erwartungsdruck auf. Wer ein ehrgeiziges Ziel setzt, muss auch die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen. Beim Abbau von Barrieren müssen Prioritäten gesetzt werden: Vor allem sollten Bahnhöfe von Barrieren befreit werden. Denn hier sind täglich tausende Pendler unterwegs. Bahnhöfe sind das Mobilitätszentrum, an dem öffentlicher Nahverkehr auf Schiene und Straße sowie der Individualverkehr mit Auto, Fahrrad und Fußgängern zusammenlaufen.“

Ein Ärgernis für viele Fahrgäste, die ihren Unmut bei den Rathäusern abladen: An vielen Bahnhöfen werden Toilettenanlagen nicht mehr von der Bahn betrieben. Viele Anlagen werden geschlossen. Städte und Gemeinden haben keine rechtliche Handhabe gegenüber der Bahn zur Aufrechterhaltung von Bahnhofstoiletten. Diese Praxis bereitet den Kommunen Schwierig-



Streetlight 10 Midi Leuchten mit einer speziellen Optik sorgen für eine optimale Ausleuchtung der Fußgängerüberwege.

Delbrück stellt auf innovative LED-Straßenbeleuchtung um

Bei der Modernisierung der Straßenbeleuchtung der Stadt Delbrück kommen hocheffiziente Siteco Streetlight 10 LED-Leuchten zum Einsatz. Bis 2018 sollen insgesamt 351 Langfeldleuchten mit T8-Leuchtstoffröhren, überwiegend Peitschenmastleuchten aus den 70er-Jahren, auf LED-Beleuchtung umgerüstet werden. Im Jahr 2016 wurden im ersten Schritt bereits 119 Lichtköpfe durch Streetlight 10 LED-Leuchten ersetzt und damit einfach und kostensparend auf den neuesten Stand der LED-Technik gebracht.

Allein damit wird so künftig pro Jahr eine Energieeinsparung von 25.000 Kilowattstunden erreicht. Das bedeutet über die gesamte Lebensdauer eine CO₂-Einsparung von rund 295 Tonnen.

Kostensparende Modernisierung

Da die Streetlight 10 LED-Leuchten von Osram Lighting Solutions das Anforderungskriterium von mindestens 70 Prozent Energieeinsparung gegenüber dem Altbestand erfüllen, wird die Beleuchtungssanierung in Delbrück vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMU) gefördert. Die innovative LED-Leuchten-Familie zeichnet sich aber nicht nur durch hocheffiziente Technik und langlebigen wirtschaftlichen Betrieb aus. Sie gestattet auch eine besonders einfache und kostensparende Moder-

nisierung: Bei der Umrüstung bleiben die Masten erhalten, es werden lediglich die Lichtköpfe ausgetauscht. Auch hinsichtlich ihrer Lichtqualität, Leistung und Steuerungsmöglichkeiten erfüllen die Streetlight 10 LED-Leuchten alle Wünsche der mit der Lichtplanung und Projektleitung beauftragten Westfalen Weser Netz GmbH. Sie sorgen für eine lichtstarke normgerechte Beleuchtung, geringe Blendung, gute Farbwiedergabe, geringe Anschlussleistung und bieten die Möglichkeit der Nacht-/Leistungs-Absenkung. Wichtig war den Entscheidern zudem der optische Aspekt der neuen Lichtlösung. Die LED-Leuchten mussten nicht nur je nach Mastdimension und Standort spezifische Lichtaufgaben erfüllen können, sondern sollten darüber hinaus zu einer Leuchtenfamilie gehören und gleiche attraktive Designmerkmale aufweisen. Mit ihren diversen Varianten hinsichtlich Baugröße, Lichtleistung und Optiken erfüllt die Streetlight 10 LED-Leuchten-Familie auch diese Anforderungen. In Delbrück kommen Streetlight 10 Mini und Midi jeweils mit Straßenoptik ST1.2 sowie Streetlight 10 Midi mit asymmetrisch rechts strahlender Optik für Fußgängerüberwege zum Einsatz.

Langmatz auf der Anga Com 2017 in Köln

Vom 30. Mai bis 1. Juni 2017 findet auf dem Kölner Messegelände die ANGA COM - Fachmesse und Kongress für Breitband, Kabel & Satellit statt. Auch die Firma Langmatz wird auf diesem Branchentreff in Halle 7, Stand C61 wieder ihr Produktportfolio aus dem Bereich Glasfasernetze präsentieren und für Fachgespräche zur Verfügung stehen.

Rund 450 Aussteller aus über 30 Ländern präsentieren auf der Anga Com Messe Köln auf rund 22.000 m² Ausstellungsfläche ihre Produkte und Dienstleistungen wie Breitbandkabel, Satellitenempfang, Glasfasernetze, IP-Übertragung einschließlich IPTV, Conditional Access-Systeme, Server- und Routertechnologie, Consumer Electronics, Content, Software und IT.

Als Systemlieferant mit langjähriger Erfahrung und zahl reichen Patenten setzt Langmatz laufend neue Standards. Im Bereich Telekommunikation stellt das Unternehmen unter

anderem folgende neue Produkte vor: Patch-, Spleiß-, WDM und Kabelübergabebaugruppen im HVT-Gestell, Glasfasernetzverteiler, Unterflurverteiler mit Entwärmungstechnik, Kabelschächte aus Kunststoff mit schwenkbarer Muffen-Halterung, Hauseinführungen und Glasfaserabschlusspunkte.

Gerne stellt Langmatz seine umfangreiche Produktpalette vor und gibt weitere Informationen. **Online Anmeldung bis 29. Mai 2017 unter www.angacom.de/voucher** Gutscheinnummer 65460; Gutschein-Code E-UWVASWGL

1,15 Milliarden Euro für Bayerns Bahninfrastruktur

Finale für mehrere Aus- und Neubauprojekte
260 Kilometer Gleis und 255 Weichen werden erneuert

Auch 2017 baut die Bahn wieder für ihre Kunden: Rund 740 Millionen Euro werden in das vorhandene Schienennetz im Freistaat für eine höhere Verlässlichkeit und Qualität ganz im Sinne des Unternehmensprogramms „Zukunft Bahn“ investiert. Einschließlich der Neu- und Ausbauprojekte sowie der Bahnhöfe fließen rund 1,15 Milliarden Euro in das Schienennetz zwischen Aschaffenburg und Freilassing.

So werden sich 2017 neun große Projekte im Bau und in Planung befinden, beziehungsweise in Betrieb gehen. Darunter die zweite S-Bahn Stammstrecke München und die neue Flughafenanbindung. Im Juni wird der neue Bahntunnel im Spessart befahrbar sein und die Kapazität auf der Strecke Nürnberg-Frankfurt verbessern. Im Dezember folgt die Eröffnung der Hochgeschwindigkeitsstrecke durch den Thüringer Wald, mit deren Hilfe die Fahrzeit von München nach Berlin auf vier Stunden verkürzt werden kann.

Mehr Zuverlässigkeit im Bahnverkehr

„Mit der Erneuerung der Schieneninfrastruktur liegen wir voll im Plan. Und das bedeutet mehr Zuverlässigkeit im Bahnverkehr. Den Nutzen haben die Bahnreisenden, denn sie kommen pünktlicher und teilweise auch schneller ans Ziel“, so Klaus-Dieter Josel, DB Konzernbevollmächtigter für den Freistaat.

In Spitzenzeiten finden bundesweit bis zu 850 Baustellen am Tag statt. Konkrete Maßnahmen im laufenden Jahr sind beispiels-

weise umfangreiche Gleiserneuerungen zwischen Nürnberg – Nürnberg/Fischbach, der Neubau von Brücken zwischen Augsburg und Nürnberg, neue Oberleitungen zwischen Rosenheim und Salzburg sowie moderne Stellwerke zwischen Würzburg und Nürnberg. Die Bahn wird die Reisenden auf diesen Strecken frühzeitig über Baustellenfahrpläne, Ersatzverkehre und Umleitungen informieren.

Insgesamt stehen im Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit dem Bund zwischen 2015 bis 2019 etwa 3,5 Milliarden Euro allein für die bestehende Schieneninfrastruktur in Bayern zur Verfügung. In diesem Zeitraum plant die Bahn nicht nur die Erneuerung von 234 Brücken und rund 1.400 Kilometer Gleisen. Auch werden insgesamt über 1.500 Weichen auf Vordermann gebracht.

Im vergangenen Jahr konnte DB Netz im bayerischen Schienennetz Maßnahmen für knapp 670 Millionen Euro realisieren, darunter die Erneuerung von 60 Bahnübergängen, knapp 310 Kilometer Gleisen sowie über 370 Weichen.

Langmatz

Wollen Sie das Abschalten Ihrer LED Straßenbeleuchtung den Naturgewalten überlassen?

Sichern - Steuern - Beleuchten mit Langmatz

www.langmatz.de

Positionspapier der Verbundlandkreise im MVV:

Zukunftsperspektiven der S-Bahn München

Die S-Bahn München ist das Rückgrat der Verkehrsbedien­ung im öffentlichen Verkehr in Stadt und Umland. Das System stößt jedoch seit längerem an seine Leistungsgrenzen. Um auch künftig einen attraktiven Nahverkehr in der Metropolregion München zu gewährleisten und die verkehrs- und umweltpolitischen Ziele zu erreichen, muss das System aus Sicht der MVV-Verbundlandkreise in vielen Bereichen dringend ertüchtigt werden.

Als deren Sprecher stellte der Ebersberger Landrat Robert Niedergesäß gemeinsam mit seinem Dachauer Kollegen Stefan Löwl im Rahmen einer Pressekonferenz in München ein Positionspapier zur Zukunft der S-Bahn München vor. An der Erarbeitung des Papiers waren ferner die Landräte Josef Niedermaier (Bad Tölz-Wolfratshausen), Martin Bayerstorfer (Erding), Josef Hauer (Freising), Thomas Karmasin (Fürstenfeldbruck), Christoph Göbel (München) und Karl Roth (Starnberg) beteiligt.

Wesentliche Maßnahmen zur

Ertüchtigung der S-Bahninfrastruktur im MVV-Raum hat der Freistaat Bayern bereits in den Infrastrukturplanungen zum Bahnknoten München (2. Stammstrecke und netzergänzende Maßnahmen) sowie im sogenannten 13-Punkte-Sofortprogramm formuliert. Die Verbundlandkreise greifen eine Vielzahl dieser Maßnahmen in ihrem Positionspapier nochmals auf, um deren Dringlichkeit zu verdeutlichen.

Die Umsetzung dieser vom Freistaat Bayern bereits beschlossenen und – so die Hoffnung der MVV-Verbundlandkreise – „auch

zeitnah finanzierbaren Projekte“ sei gewissermaßen die Absprungbasis für weitergehende, unter Umständen auch visionäre Ansätze, um das S-Bahnnetz München und den öffentlichen Verkehr im MVV-Raum und darüber hinaus für die Anforderungen künftiger Generationen „fit zu machen“.

Für Gesamtkonzept

Die S-Bahn München muss aus Sicht der Landräte langfristig auf einem eigenen (kein Mischbetrieb), zweigleisigen S-Bahnnetz auf allen S-Bahn-Außenstellen betrieben werden. Hierzu sei ein Gesamtkonzept durch den Freistaat Bayern zu entwickeln. Mit eigenen, durchgängig zweigleisigen Strecken für alle S-Bahn-Außenäste würde die Störungsanfälligkeit des S-Bahnbetriebs drastisch reduziert und gleichzeitig die zur Verfügung stehende Kapazität als Grundlage der Angebotsplanung deutlich gesteigert. Mithin würde die künftige Taktung des S-Bahnangebotes nicht mehr ausschließlich von den Vorgaben der Infrastruktur, sondern vielmehr von den Erfordernissen von Nutzung und Auslastung abhängen.

Angebote optimieren

Zudem wird darauf hingewiesen, dass die Verkehrsströme sich schon seit längerer Zeit deutlich über den MVV-Raum hinaus entwickelt hätten und weit in die Europäische Metropolregion München reichten. Dementsprechend müsse auch das S-Bahn-System zukünftig verstärkt über den MVV-Raum hinaus entwickelt werden. Dazu seien die bereits existierenden ersten Überlegungen der Bedienung mit einem System von Express-S-Bahnen in die Metropolregion weiter auszubauen.

Relevante Express-S-Bahn-Destinationen wären u. a. Lands­hut, Landsberg am Lech bzw. Buchloe, Pfaffenhofen a. d. Ilm,

Rosenheim, Wasserburg oder das Oberland (Lenggries, Tegernsee, Bayrischzell). Denkbar wären auch eine Verlängerung nach Kochel sowie eine Elektrifizierung der Strecke nach Wasserburg, so dass auch diese von Express-S-Bahnen bedient werden kann. Da sich die Zugangebote „S-Bahn“, „Express-S-Bahn“, „Regionalbahn“ und „Regionalexpress“ zunehmend überschneiden und ergänzen, seien die Vernetzung wie auch die wechselseitige Ergänzung aller Angebote im SPNV zu optimieren.

Derzeit noch nicht vorhandene Strecken und/oder Streckenverknüpfungen müssten hinsichtlich ihrer langfristigen Erfordernisse geprüft, bewertet und die Finanzierbarkeit gesichert werden.

Des Weiteren fordern die Landkreise, unverzüglich und abgestimmt das Betriebskonzept der S-Bahn nach Fertigstellung der 2. Stammstrecke zu konkretisieren. Sowohl für die Transparenz des S-Bahn-Angebotes als auch für die Angebotsplanung sei es beim MVV-Regionalbusverkehr in den Landkreisen wichtig, dass bereits mit Fertigstellung der 2. Stammstrecke ein einheitlicher Grundtakt gefahren wird. Darüber hinaus dürfe es mit der Fertigstellung der Stammstrecke nicht zu Verschlechterungen oder „Unwuchten“ beim S-Bahnangebot kommen. Die Landkreise stünden hierzu für Abstimmungsgespräche bereit und forderten diese ein.

Taktlücken schließen

Um das S-Bahnangebot umgehend zu verbessern, verlangen die Landkreise zudem die Schließung bestehender „Taktlücken“. Diese Forderung sei Anfang vergangenen Jahres gegenüber BEG und S-Bahn München thematisiert worden. Seither zeichne sich ein Dialog zwischen BEG, S-Bahn, Verbundgesellschaft und Landkreisen ab, „der bereits leichte Verbesserungen zeitigt und noch deutlich zu intensivieren ist“. Neben der Schließung von Taktlücken tagsüber ist nach Auffassung der Verbundlandkreise auch ein 24-Stunden-Betrieb zunächst mindestens an den Wochenenden erforderlich. **DK**



Der Sprecher der MVV-Verbundlandkreise, Landrat Robert Niedergesäß (Landkreis Ebersberg), Staatsminister Joachim Herrmann, Klaus-Dieter Josel (Konzernbevollmächtigter der Deutschen Bahn AG für den Freistaat Bayern) und der stellvertretende Sprecher der MVV-Verbundlandkreise, Landrat Stefan Löwl (Landkreis Dachau) bei der Übergabe des Positionspapiers der Landkreise im Amtszimmer des Ministers (von links). **□**

Kostenfreies BayernWLAN im ÖPNV Amberg-Sulzbach

Amberg-Sulzbach wird Pilotlandkreis für ein hochinnovatives Digitalisierungsprojekt. „Ab sofort kann in vielen Teilen der Amberger Innenstadt und in 20 Regionalbussen im ÖPNV Amberg-Sulzbach mit BayernWLAN kostenlos, rund um die Uhr, ohne Begrenzung, sicher und mit Jugendschutzfilter im Internet gesurft werden“, kündigte Finanz- und Heimatstaatssekretär Albert Füracker bei der Freischaltung des neuen Netzes in Amberg gemeinsam mit dem Landrat des Landkreises Amberg-Sulzbach, Richard Reisinger, und dem Oberbürgermeister der Stadt Amberg, Michael Cerny, an.

„Freies WLAN in Bussen ist ein herausragendes Pilotprojekt. Die permanente Netzabdeckung in den Buslinien stellt eine echte Herausforderung dar“, so Füracker. In der Amberger Innenstadt wird zudem auf dem bereits bestehenden WLAN-Netz, das bisher von einem anderen Provider betrieben wurde, das BayernWLAN ausgeleuchtet. Vom Marktplatz bis zum Bahnhof, auf der Freifläche am Amberger Congress Centrum (ACC) und im ACC, in der Stadtbibliothek und im Stadtmuseum sorgen insgesamt rund 25 Hotspots für das freie WLAN-Angebot. „Dass die Stadt Amberg nun von ihrem bisherigen Provider zum BayernWLAN gewechselt hat, bestätigt die Attraktivität unseres Angebots“, hob Füracker hervor.

Gewinn für Nutzer

Einige Busse der Linien 1 bis 10 und 54 bis 59, 61 sowie alle Busse der Linie 60 Amberg - Kastl - Neumarkt verfügen nun über BayernWLAN. „Ein echter Gewinn für die Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs. Das bringt Vorteile für Bürger, Touristen und Kommunen“, fasste Füracker das Projekt zusammen.

Mit BayernWLAN ausgestattete Busse können die Fahrgäste bereits beim Einsteigen an einem Aufkleber an der Tür erkennen. Der Freistaat Bayern fördert das Pilotprojekt mit rund 55.000 Euro. Die Ergebnisse der Pilotphase werden allen Gemeinden und Landkreisen in Bayern zur Verfügung gestellt. Dies soll die Kommunen bayernweit animieren, eigene WLAN-Hotspots im öffentlichen Personennahverkehr anzubieten.

Ein erstes Pilotprojekt läuft bereits im Landkreis Traunstein. Nach ersten Erfahrungen nutzen dort in zehn Bussen knapp 10.000 Nutzer monatlich das kostenfreie BayernWLAN mit einem Datenvolumen von 216 GB.

Der Freistaat investiert rund zehn Millionen Euro, um allen Bürgern ein offenes und kostenfreies WLAN-Angebot zu ermöglichen. „Mit dem BayernWLAN erhält jede Stadt und jede Gemeinde die Möglichkeit, Bürgern und Touristen an attraktiven Plätzen die digitale Welt zu erschließen. Digitalisierung ist kein Privileg der Großstädte. Mit unserer Initiative für freies WLAN wollen wir insbesondere den ländlichen Raum stärken und so für digitale Chancengleichheit und gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern sorgen“, betonte Füracker. Der Einstieg in das freie BayernWLAN ist leicht und praktisch: Jeder Hotspot heißt „@BayernWLAN“. Es sind keine Passwörter und keine Anmeldedaten erforderlich, eine Registrierung ist nicht nötig, der Jugendschutz ist durch Filter garantiert.

Vorreiter Bayern

„Bayern wird das erste Bundesland mit einem eigenen WLAN-Netz“, hob Füracker hervor. „Bis 2020 wollen wir das kostenfreie BayernWLAN mit 20.000 Hotspots aufrüsten. Ausgestattet werden insbesondere Kommunen, Hochschulen, Behörden und Tourismusziele. Im öffentlichen Nahverkehr sollen Pilotprojekte zum BayernWLAN starten.“

Kostenlose Hotspots

Seit dem Start der Initiative Anfang 2015 wurden bereits mehr als 4.300 Zugangspunkte in das BayernWLAN realisiert. An über 1.000 kommunalen Standorten befindet sich das BayernWLAN bereits in der Umsetzung. „Mit einem dichten Netz von kostenlosen Hotspots über ganz Bayern schaffen wir die digitale Chancengleichheit auch für den ländlichen Raum“, so Füracker. Das BayernWLAN Zentrum Straubing unterstützt die Kommunen und koordiniert den Ausbau des BayernWLAN. **□**

Behördliche Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge:

Ministerrat beschließt bayernweiten Ausbau

Der Ministerrat hat den Ausbau von Ladesäulen für Elektroautos an Behörden auf den Weg gebracht. Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann: „Ich bin überzeugt davon, dass wir die Infrastruktur für Elektroautos weiter ausbauen müssen. Das Netz muss flächendeckend und ohne weiße Flecken auf der Landkarte sein. Je besser die Versorgung mit Schnellladesäulen ist, desto mehr Menschen steigen auch auf ein Elektroauto um.“

Der Verkehrsminister plant daher als Ergänzung zu öffentlich geförderten und privat finanzierten Ladesäulen ein Netz aus knapp 190 Ladesäulen an unterschiedlichen Behördenstandorten. Künftig sollen in allen 71 Landkreisen und 25 kreisfreien Städten Bayerns Autofahrer bei Behördenbesuchen ihr Elektrofahrzeug beispielsweise bei ausgewählten Polizeipräsidien, staatlichen Bauämtern oder Amtsgerichten kostenfrei laden können.

Insgesamt investiert der Freistaat 3,8 Millionen Euro in den Ausbau der Ladeinfrastruktur an Behördenstandorten. Herrmann verbindet damit eine klare Signalwirkung für die gesamte Verkehrspolitik: „Je mehr Elektrofahrzeuge unterwegs sind, desto größer ist unser Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität und Lärminderung. Deshalb investieren wir als Freistaat in die Ladeinfrastruktur an Behördenstandorten. Auch der Bund und die Europäische Union sowie private Unternehmen können noch mehr zum Ausbau des Ladesäulennetzes beitragen, damit möglichst viele Autofahrer auf moderne E-Fahrzeuge setzen.“

Rund 1,3 Milliarden Euro für Bahnhöfe in Bayern

Von 2017 bis 2021 wird DB Station&Service, der Bahnhofsbereich der Deutschen Bahn (DB), für Bahnhöfe in ganz Bayern die Rekordsumme von rund 1,3 Milliarden Euro aufwenden.

Kontinuierlich fließt das Geld in die „Visitenkarte der Städte und der DB“. Schwerpunkte sind mehr Komfort und Barrierefreiheit. 190 Millionen Euro wendet die DB in diesem Jahr für Modernisierungsmaßnahmen und Ausbauten an den 1014 Stationen im Freistaat auf.

„Mit dieser Rekordinvestition kommen im Jahr 2021 mehr als 86 Prozent aller Reisenden bequemer zum Zug“, sagt Herbert Kölbl, Vertriebsleiter DB Station&Service.

Bis 2021 werden 92 Bahnhöfe modernisiert. 23 Haltepunkte werden neu gebaut. Dies geschieht mit maßgeblicher finanzieller Hil-

fe des Freistaats. Herausragende Baumaßnahmen betreffen die Hauptbahnhöfe Augsburg und Würzburg, mit der Barrierefreiheit für täglich 80.000 Fahrgäste.

In Augsburg wird ein bundesweites Pilotprojekt gestartet: Drei digitale Vitri­nen durchlaufen dort einen Praxistest. Die teilweise interaktiven Vitri­nen sollen Reisenden schnell und einfach Orientierung bei vielen Fragen rund um den Bahnhof und das Zugfahren geben.

In München wird das Empfangsgebäude des Hauptbahnhofs, der Starnberger Flügelbahnhof und der Vorplatz vollkommen neu gestaltet. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Sanierung von Bahnhöfen im Münchner Verkehrs- und Tarifverbund. Unter anderem werden acht Tunnelstationen von Grund auf saniert. **□**

Aktionstag 200 Jahre Erfindung des Fahrrads

Der Bayerische Gemeindetag ruft seine Mitglieder, die kreisangehörigen Städte, Märkte und Gemeinden in Bayern, auf, anlässlich des 200jährigen Jubiläums der Erfindung des Fahrrads einen Aktionstag zur Förderung des Radverkehrs in den Städten und Gemeinden durchzuführen. Er folgt damit seinem Bundesverband, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB), der zu einem bundesweiten Aktionstag aufgerufen hat.

Radfahren ist bekanntlich gesund, erhöht die Lebensqualität und kann eine wichtige Lösung für Verkehrs-, Umwelt- und Lärmprobleme in der heutigen Zeit sein. Es geht folglich darum, die Bürger mehr als bisher für die Nutzung des Fahrrads zu gewinnen.

Jede Kommune kann den Radverkehr fördern. Im Rahmen des Fahrradaktionstages können Kommunen durch Veranstaltungen, Feste – auch zusammen mit Partnern – aktiv werden. Zum Beispiel durch

- Straßen ohne Autos: Straßen könnten stundenweise oder den ganzen Tag für den Autoverkehr gesperrt werden – Radfahren pur!
- einen Fahrradkilometer-Wettbewerb, bei dem in einer Gruppe gefahrene Kilometer gezählt und belohnt werden
- einen Aufruf an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, an einem Tag oder öfters mit dem Fahrrad zur Arbeit zu kommen
- Beteiligung an bestehenden Aktionen wie „Stadtradeln“, „Mit dem Rad zur Arbeit“
- ein Straßenfest, vielleicht mit kleiner Fahrradmesse und Kinderspielen für die Kleinsten
- den Beschluss der Gemeinde, Diensträder für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur privaten Nutzung einzuführen
- Aktionen zusammen mit Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten, um Gefahren im Straßenverkehr zu erläutern
- eine Codierungsaktion: Fahrraddieben keine Chance geben!
- das Angebot eines Fahrradsicherheitstrainings oder Erste-Hilfe-Kurses
- ein spielerisches Verkehrssicherheitsquiz, Vorträge zu Gefahren von Alkohol und Drogen oder zum Fahren ohne Helm. **□**

Bayerische Flughäfen auf Rekordkurs

Als leistungsstarke Flughäfen präsentieren sich aktuell der Albrecht Dürer Airport in Nürnberg, der Flughafen Memmingen und allen voran der Flughafen München II. Sie alle zeigen sich zufrieden mit dem vergangenen Geschäftsjahr und rechnen in 2017 mit einer weiterhin positiven Entwicklung, wie auf den entsprechenden Jahrespressekonferenzen verlautete.

Sowohl bei den Passagierzahlen, als auch beim Konzernergebnis konnte der Albrecht Dürer Airport zulegen. Gestärkt durch das gute Ergebnis aus dem Jahr 2016 ist der Airport mit viel Rückenwind ins neue Geschäftsjahr gestartet und rechnet mit einer weiterhin positiven Entwicklung.

Trendwende ist geschafft

Rund 3,5 Millionen Passagiere wurden im vergangenen Jahr gezählt. Damit stieg die Passagierzahl um 3,0 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der neu gewählte Aufsichtsratsvorsitzende, Staatsminister Dr. Markus Söder, ist mit der Entwicklung hochzufrieden: „Die Trendwende ist geschafft. Von einem leistungsstarken Flughafen profitiert ganz Nordbayern. Als bedeutender Standortfaktor sichert er Arbeitsplätze und Mobilität.“

Eine immer wichtigere Rolle nimmt der Low-Cost Verkehr ein. Insgesamt 489.000 Passagiere haben im vergangenen Jahr Low-Cost Verbindungen, etwa mit Ryanair oder Wizz Air, gewählt; dies entspricht einem Anteil von etwa 14% an der Gesamtzahl der Passagiere. Auch die Umsteigeverbindungen über die großen europäischen Drehkreuzflughäfen waren ein Ga-

rant für ein erfolgreiches Jahr 2016. Insgesamt flogen rund 640.000 Passagiere zu interkontinentalen Zielen, die man mit einmal Umsteigen von Nürnberg aus erreichen kann. Die Zahl der Flugbewegungen ging um 0,9 Prozent auf rund 59.600 Starts und Landungen zurück. Grund dafür war der Einsatz von größeren Flugzeugen und bessere Auslastungen, wodurch mehr Passagiere mit weniger Flugbewegungen an ihr Ziel gebracht werden konnten.

13 neue Verbindungen

Optimistisch ist der Blick auf das Geschäftsjahr 2017: So konnten für den Sommerflugplan insgesamt 13 neue Verbindungen angekündigt werden, auch für den kommenden Winterflugplan stehen schon neue Strecken fest. Über das Gesamtjahr werden über 60 Direktziele von Nürnberg aus angefliegen – die Marke von 4 Millionen Passagieren ist angepeilt. Das Jahresergebnis 2017 wird sich mindestens auf dem in 2016 erreichten Niveau befinden.

Auf Rekordkurs befindet sich der Flughafen Memmingen. In den ersten vier Monaten dieses Jahres verzeichnete er mit über 319.000 Passagieren ein Allzeithoch. Die Jahresprognose 2017 bleibt bei 1.1 Millionen Passa-

gieren. Im laufenden Geschäftsjahr rechnen die Verantwortlichen mit einem ausgeglichenen Betriebsergebnis und der „Schwarzen Null“.

Strecken sehr gut ausgelastet

Alle Strecken erfreuen sich gegenwärtig einer sehr guten Auslastung. Insbesondere der Mix aus Verbindungen in ganz Europa, Asien und Afrika erweist sich als sehr attraktiv. Aktuell bietet der Memminger Flughafen 31 Ziele zwischen Moskau und Teneriffa. Im Herbst kommen durch die Stationierung einer Ryanair Maschine in Memmingen weitere sieben Destinationen hinzu. Ende Juni feiert der Airport Geburtstag, denn 2007 begann der regelmäßige Linien- und Passagierflugbetrieb auf dem Gelände, das bereits seit 1937 als Flughafen dient.

25 Jahre Flughafen München

Auf sein bereits 25-jähriges Bestehen am neuen Standort kann der Münchner Airport nunmehr zurückblicken. Und nach wie vor präsentiert er sich in hervorragender Verfassung: So nutzten im Jahr 2016 insgesamt 42,3 Millionen Fluggäste den Münchner Flughafen als Ausgangspunkt, Zwischenstopp oder Ziel einer Flugreise. Dies waren 1,3 Millionen Reisende bzw. drei Prozent mehr als im Vorjahr und bedeutet bereits den siebten Passagierrekord in Fol-

ge. Um rund vier Prozent stieg die Anzahl der Starts und Landungen auf über 394.000. Prozentual am stärksten legte erneut die Luftfracht zu: Das Aufkommen an Waren und Gütern erhöhte sich um über fünf Prozent auf 334.000 Tonnen.

Zuwachs an Reisenden

Die steigende Passagiernachfrage ist auch auf das abermals erweiterte Streckennetz zurückzuführen, das 2016 im Mittel- und Langstreckenbereich um zehn weitere Destinationen angewachsen ist. Insgesamt konnten Reisende weltweit nunmehr 257 Ziele in 73 Ländern direkt ab München erreichen. Mit rund 6,8 Millionen Fluggästen – einem Plus von fünf Prozent – verbuchte der Fernreiseverkehr prozentual den größten Zuwachs. Größtes Verkehrssegment bleibt der Kontinentalverkehr mit insgesamt 25,8 Millionen Reisenden – vier Prozent mehr als 2015. Die Anzahl der in München regelmäßig verkehrenden Airlines stieg 2016 um drei weitere Fluggesellschaften auf nunmehr insgesamt 100.

Ausgezeichnete Perspektiven

Als wichtiges Signal für den Standort bezeichnete der Vorsitzende der FMG-Geschäftsführung, Dr. Michael Kerkloh, die Entscheidung der Lufthansa, die ersten 15 ihrer 25 bestellten Großraumflugzeuge vom Typ Airbus A350 in München zu stationieren. Diese hochmodernen, äußerst wirtschaftlichen und überdies besonders leisen Flugzeuge eröffneten dem Münchner Flughafen ausgezeichnete Perspektiven für den Langstreckenverkehr. DK

vbw Kongress „Mobilität der Zukunft“:

Chancen neuer Techniken nutzen

„Ein modernes Verkehrssystem ist eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg und hohe Lebensqualität“, erklärte Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., beim Auftakt der vbw Veranstaltungsreihe „Mobilität der Zukunft“ in Nürnberg. Experten aus Wirtschaft und Politik diskutierten dabei über die neuen Herausforderungen für unser Mobilitätssystem.

Angesichts neuer Nutzungskonzepte wie Carsharing, gesteigener Umweltauflagen und digitaler Vernetzung sieht Brossardt alle Marktteilnehmer vor großen Aufgaben. „In einer solchen Phase ‚automobiler Disruption‘ ist eine Verbotspolitik oder eine ideologisch motivierte ‚Verkehrswende‘ nicht zielführend. Stattdessen müssen wir die Chancen nutzen und die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit neue Techniken bei uns bis zur Marktreife entwickelt und in Wertschöpfung umgesetzt werden können“, so Brossardt.

Mit Blick auf die Infrastruktur betonte Brossardt: „Bestehende Verkehrswege müssen instandgehalten und sinnvoll ausgebaut werden. Das gilt für die Straße genauso wie für die Schiene, den Luftverkehr und Wasserwege. Gleichzeitig müssen wir stärker auf digitale Leit- und Informationssysteme setzen sowie die Infrastruktur grenzüberschreitend auf autonomes Fahren ausrichten. Dazu gehört ein flächendeckendes 5G-Mobilfunknetz. Die Elektromobilität inklusive der entsprechenden Ladeinfrastruktur muss ausgebaut werden.“ Der vbw zufolge müssen bis 2030 insgesamt rund 300 Milliarden Euro in die

Bundesverkehrsinfrastruktur investiert werden. „In Mittelfranken sind speziell der Ausbau der A3 zwischen Würzburg und Kreuz Fürth/Erlangen, der Ausbau der A6 sowie die rasche Realisierung der ICE-Hochgeschwindigkeitsverbindung Nürnberg-Berlin dringend notwendig“, so Brossardt.

Verkehrsbeschränkungen sieht die vbw generell als den falschen Weg. „Ein Diesel-Einfahrverbot in Städte würde der Wirtschaft und privaten Dieselfahrern massiv schaden. Es gibt zahlreiche bessere und schneller wirkende Maßnahmen wie eine ‚Grüne Welle‘, mehr E-Mobilität, intelligente Verkehrssteuerung oder City-Logistik-Konzepte zur Effizienzverbesserung des Lieferverkehrs“, stellte Brossardt klar.

Bayerns Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann ergänzte: „Um den Transport so umweltschonend und kosteneffizient wie möglich abzuwickeln, sehe ich die Zukunft vor allem im Mobilitätsmix. Deshalb müssen wir die Verkehrsangebote besser miteinander vernetzen und auslasten. Dafür müssen wir jetzt die richtigen Weichen stellen, damit die Menschen auch in Zukunft mobil bleiben können.“ □

Verkehrsminister Herrmann auf der transport logistic 2017 in München:

Schieneverkehr weiter forcieren

Beherrschendes Thema der transport logistic 2017 auf dem Münchner Messegelände war die digitale Revolution. Präsentiert wurden Zukunftstechnologien zu automatisiertem Fahren, Telematik, Smart Data oder Lösungen aus der Cloud. Die Bedeutung der Branche ordnete Alexander Dobrindt, Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, zur Eröffnung ein: „Die Logistik ist und bleibt ein Schlüsselfaktor moderner Volkswirtschaften.“

Die Zukunft des Güterverkehrs sieht Verkehrsminister Joachim Herrmann klar auf der Schiene, wie er auf einer Vortragsveranstaltung im Rahmen der transport logistic betonte.

Ein Blick in die aktuelle Verkehrsprognose zeige, dass mit einem weiteren Anstieg des Güterverkehrsaufkommens zu rechnen ist. Deutschlandweit soll der Güterverkehr laut der Prognose des Bundesverkehrsministeriums bis 2030 um durchschnittlich 38 % ansteigen. Die Bahn soll mit etwa 43 % die

größten Zuwächse haben, gefolgt vom Lkw-Verkehr mit einem Plus von 39 % und der Binnenschifffahrt mit einer Steigerung von 23 %. Die Verkehrsprognose für Bayern geht von einer Zunahme des Güterverkehrs von 41,3 % aus.

Transportwege verkürzen

Besonderes Potenzial hat nach Herrmanns Auffassung die globale Transportkette zwischen den italienischen Adriaflüssen und Bayern. „Nur wenn wir die

Bahnverbindungen hier ausbauen, können wir die Transportwege deutlich verkürzen. Das spart deutlich Ressourcen und schont die Umwelt“, erklärte der Minister. Ein wichtiger Ansatz sei der verstärkte Ausbau der Schieneinfrastruktur mit Oberleitungen.

„Mehr elektrifizierte Strecken schaffen mehr Möglichkeiten für den Schienengüterverkehr. Das Bahnnetz weist gerade in Süddeutschland einen hohen Investitionsstau im Vergleich zu unseren Nachbarn in der Schweiz und Österreich auf, die beide bei der Verlagerung des Warenverkehrs auf die Schiene unbestritten erfolgreicher sind“, erläuterte Herrmann. Der Bund müsse endlich einen 10-Jahresplan zur Elektrifizierung von Bahnstrecken entwickeln, der auch Strecken außerhalb des Bundesverkehrswegeplans vorsieht.

Bedarfsgerecht ausbauen

Generell setzt Bayern im Güterverkehr Herrmann zufolge auf einen bedarfsgerechten Ausbau des Netzes von Umschlaganlagen des kombinierten Verkehrs. Der Freistaat stelle hier aktuell jährlich zwei Millionen Euro für Planungen, Gutachten und ergänzende Investitionsmaßnahmen zum Bundesprogramm zur Verfügung.

Mit 20 Standorten stehe der Freistaat hier weit besser da als die meisten anderen Länder. Neben den großen Standorten in München und Nürnberg hätten sich bezogen auf die Umschlagmenge vor allem Hof und Regensburg etabliert. Maßnahmen zur Angebotsverbesserung habe der Freistaat zuletzt in München-Riem, Regensburg, Augsburg und Hof unterstützt. DK



Staatsminister Joachim Herrmann stattete bei seinem Messegang auch dem Projekt „Future Trailer“ einen Besuch ab. Unser Bild zeigt von links: Stefan Rummel – Messe München GmbH; Alexander Ochs – Bayernhafen GmbH & Co. KG; Patrick Zilles – TX Logistik AG; Roland Klement – Schmitz Cargobull AG; Mirko Pahl – TX Logistik AG; Karl Fischer – LKZ Prien GmbH; Joachim Herrmann – Bayerischer Staatsminister des Innern für Bau und Verkehr; Renato Mazzoncini – Ferrovie dello Stato Italiane; Thomas Eberl – Eberl Internationale Spedition GmbH & Co. KG; Roland Hartwig – Schwarzmüller Group; Gero Schulze Isfort – Fahrzeugwerke Bernard KRONE GmbH & Co. KG). □

Jetzt kostenlos informieren: 0800 0 372 372

Gemeinsam stark. Kommunale Partnerschaften.

Als kommunal geprägtes Unternehmen unterstützen wir seit mehr als 50 Jahren zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Südbayern. Mehr über unsere zukunftsweisenden Energielösungen erfahren Sie online oder unter 089 68003-0.

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN

www.esb.de/kommunen

Wenn's brennt oder das Herz streikt

Europäischer Notruftag: Integrierte Leitstelle Würzburg macht auf die „112“ aufmerksam

In allen EU-Ländern gilt seit Ende 2008 die „112“. Auf diese lebenswichtige Notrufnummer wird jedes Jahr am 11. Februar aufmerksam gemacht. Menschen aus der Region Würzburg erreichen aus Fest- und Mobilfunknetzen unter der 112 die Integrierte Leitstelle (ILS) in Würzburg. Inzwischen ist die Nummer weithin bekannt, sagt ILS-Dienststellenleiter Harald Rehmann: „Wobei auch immer mal wieder noch der Polizeinotruf gewählt wird.“

Das ist in aller Regel nicht weiter tragisch, besteht doch ein heißer Draht zwischen der „112“ der Leitstelle und der „110“ der Polizei. Nur in extrem lebensbedrohlichen Situationen, wenn jede Sekunde zählt, kann der Umweg über den Polizeinotruf einen gefährlichen Zeitverlust bedeuten. Wichtiger noch, als die Unterscheidung zwischen der „112“ und der „110“ zu kennen, wäre es auf jeden Fall, würden die Menschen wissen, wie sie einen Notruf richtig absetzen. Hier passieren immer wieder Fehler, sagt Petra Rüb aus Karlstadt, eine von 30 Disponenten der Integrierten Leitstelle Würzburg.

Sechs Rettungswachen

So kommt es immer wieder vor, dass Menschen zufällig an einen Ort geraten, wo etwas passiert ist. Vielleicht liegt jemand hilflos am Boden. Einer der Umstehenden ruft dem Passanten zu: „Holen Sie doch bitte den Rettungswagen!“ Der zückt das Handy und tippt, während er weitergeht, die Notrufnummer ein. Vielleicht kann er, vom Disponenten gefragt, noch angeben, wo sich der Notfall genau ereignet hat. Rüb: „Doch weil er weitergeht, weiß er nicht, was passiert ist.“ Dabei gehört das zu den wichtigsten Angaben.

Geschieht ein Unglück in Main-Spessart, hat Petra Rüb über die Leitstelle unterschiedliche Möglichkeiten, Hilfe zu holen. So steht an jeder der sechs Rettungswachen in Lohr, Markt-Heidenfeld, Karlstadt, Gemünden,

Landrat Franz Meyer:

Landkreis Passau investiert - Freistaat Bayern hilft

Atemschutzübungsstrecke in Vilshofen wird erneuert

Die Atemschutz-Übungsstrecke im Feuerwehrzentrum Vilshofen ist in die Jahre gekommen. Vor 33 Jahren hat sie Martin Berthold ins Leben gerufen. Seitdem sind rund 50.000 Atemschutzträger durch die Anlage gegangen. In einigen Tagen soll mit der Erneuerung der Anlage im Keller des Gebäudes begonnen werden. 111.000 Euro wird das kosten. Der Landkreis erhält dafür einen Zuschuss in Höhe von 39.000 Euro vom Freistaat.

153 Feuerwehren gibt es im Landkreis, 14 in der Stadt Passau. Sie und auch zwei österreichische Wehren schicken ihre gut 1.800 Atemschutzgeräteträger einmal im Jahr zur Übung nach Vilshofen. Montags und Donnerstags und gelegentlich auch Samstags üben die Männer und Frauen, sich in einem völlig verrauchten Raum beziehungsweise Haus zurecht zu finden. „Die Röhre ist wirklich schlimm“, erinnert sich Landrat Franz Meyer. Bis Anfang der 1990er Jahre hat er die Übungsstrecke absolviert.

Arge Zustände

Kreisbrandmeister Sebastian Mayer, seit 2013 für die Ausbildung der Atemschutzgeräteträger verantwortlich, bestätigt: „Es ist verraucht, es ist heiß und eng, du hast schwere Ausrüstung am Rücken und keine Orientierung.“ Wenn ein Feuerwehrmann im Einsatz nach einer Person in einem Raum sucht, muss ihm die Situation

Burgsinn und Arnstein ein rund um die Uhr besetzter Rettungswagen. Verschiedene Notärzte tun im Landkreis Dienst. Daneben gibt es ehrenamtliche „Helfer vor Ort“. Bei Brandeinsätzen werden die örtlichen Feuerwehren alarmiert.

In der Leitstelle entscheidet ein Computer, welche Hilfsmittel gerufen werden. Dieses Vorgehen löst mancherorts Skepsis aus. „Die Alarmierungsvorschläge des Leitstellenrechners sind für uns nur sehr schwer nachzuvollziehen und oftmals überzogen“, meint Clemens Kracht, Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Lohr. ILS-Leiter Harald Rehmann kennt die Vorbehalte. „Doch wir alarmieren lieber zu viel als zu wenig“, erläutert er.

Computergestützte Alarmierung

Die Daten, mit denen der Computer gefüttert ist, wurden in einer Expertenrunde erhoben. Die computergestützte Alarmierung selbst erfolgt über Schlagwörter. Der Computer reagiert also zum Beispiel auf das Schlagwort „Dachstuhlbrand“. Gibt Petra Rüb dieses Schlagwort ein, fragt der Computer sie noch, ob von diesem Brand Menschen betroffen sind. Das weiß sie natürlich nur, wenn der Anrufer ihr dies mitgeteilt hat. Jemand, der aus der Ferne sah, dass Flammen aus dem Dach lodern, kann dazu keine Aussage treffen.

„Dann muss ich entscheiden“, sagt Rüb. Da sie seit 1998 im Rettungsdienst tätig ist und über viel

vertraut sein. „Das dient ihm zum Eigenschutz“, sagt Kreisbrandmeister Josef Ascher.

Verbrauchte Anlage

Der Landrat ist dieser Tage mit den Feuerwehrführungskräften nach Vilshofen gekommen, um die anstehende Sanierung der Anlage zu erläutern. Eine Art Spatenstich. „Die Anlage ist verbraucht“, stellt er fest. Für die Geräte, die die Fitness der Männer und Frauen testen, gibt es keine Ersatzteile mehr. Neue Geräte erkennen die Daten einer übenden Person. „Die Endlosleiter weiß dann, wie alt jemand ist und stellt automatisch ein, dass ein 40-Jähriger 20 Meter zu absolvieren hat“, erklärt Sebastian Mayer. Auf dem Laufband müssen drei Minuten schnell gegangen werden - mit der schweren Ausrüstung auf dem Rücken und der Maske im Gesicht.

Bis Anfang September sollen die Sanierungsarbeiten abgeschlossen sein, so Meyer. □

Erfahrung verfügt, kann sie Schadensereignisse gut abschätzen. Tagsüber zum Beispiel ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass Menschen verschont bleiben, weil die Kinder in der Schule und ihre Eltern auf Arbeit sind. Nachts hingegen steigt die Gefahr, dass Menschen Opfer eines Brands werden.

Je nachdem, was der Disponent eingibt, weiß der Computer, in welchem Umfang er Rettungsmittel zu alarmieren hat, erläutert Harald Rehmann. „Sind zum Beispiel 2.000 Liter Wasser und eine Drehleiter nötig, um einen größeren Brand in Steinfeld zu löschen, sucht er so lange, bis er die nächsten Feuerwehren mit der ent-

Regelwerk - Vorhaben:

Zeitlich veränderliche Randbedingungen der Bestimmungsgroßen des Hochwasserrisikos können von großer Bedeutung für die langfristig orientierte Beurteilung der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit des Hochwasserrisikomanagements sein. Diese zeitliche Variabilität betrifft flussgebietsweit die Gefährdungsgröße Abfluss (z.B. infolge von Änderungen der Häufigkeit von Hochwasser durch den Klimawandel oder durch Veränderungen im Einzugsgebiet).

Hierzu fördert z.B. die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) seit Kurzem eine Forschergruppe, die sich mit der Entstehung, den räumlichen und zeitlichen Verteilungen und der Verbesserung der Prognose von Extremhochwasser beschäftigt. Lokal ergeben sich daraus Veränderungen der Gefährdungsgröße Wasserstand (morphologische Veränderungen im Gewässerbett).

In Folge der wirtschaftlichen Entwicklung und des Siedlungsdrucks auf überflutungsgefährdete Gebiete ändert sich aber auch und hier besonders maßgeblich das Schadenspotenzial. Dabei spielt die Flächennutzung und die Akkumulation von Werten in potenziell überflutungsgefährdeten Bereichen (bis zum Extremhochwasser) eine bislang eher unterschätzte Rolle auf die resultierende Schadenserwartung. Damit wäre das Konzept der Schadenserwartungswerte, die auf Stationaritätsannahmen zu den Schadenswahrscheinlichkeiten und den Schadenshöhen beruhen, zu überprüfen.

Dies gilt insbesondere, da jetzt zeitgleich die zweite Umsetzungsphase der EU-Hochwasserrisikomanagementrichtlinie läuft und Planung und Bau vieler technischer Hochwasserschutzmaßnahmen (Deichrückverlegung, Polderplanungen) im Zuge des Nationalen Hochwasserschutzprogramms auf den Weg gebracht wurden. Es stellt sich somit die Frage, welchen Einfluss die zeitliche Variabilität der o. g. Hochwasserrisikofaktoren auf die langfristige Wirksamkeit dieser Maßnahmen haben wird.

Der Fachausschuss HW-4 „Hochwasserrisikomanagement“ im Hauptausschuss „Hydrologie und Wasserwirtschaft“ in der DWA möchte sich der Frage nach den relevanten Auswirkungen zeitvarianter Hochwasserrisikofaktoren auf die praktischen Entscheidungen zu Maßnahmen des Hochwasserrisikomanagements widmen und die aktuellen Forschungen in den Kontext der Umsetzung der Hochwasserrisikomanagementrichtlinie stellen. Dazu wird sich die Arbeitsgruppe intensiv mit der zeitlichen Entwick-

sprechenden Ausstattung gefunden hat.“ Neben der örtlichen Feuerwehr wird in diesen Fall mindestens auch die Wehr in Lohr alarmiert.

Ab April 2018 soll die Leitstelle so ausgerüstet sein, dass sie auch eCalls empfangen kann. Dabei handelt es sich um ein elektronisches Sicherheitssystem in neuen Fahrzeugen. Bei einem Unfall wird die Rettungsleitstelle automatisch unter der 112 informiert. Dies soll auch dann funktionieren, wenn der Fahrer bewusstlos ist und also selbst keinen Notruf absetzen kann.

Das System informiert den Disponenten über den Standort des Unfallfahrzeugs, den genauen Unfallzeitpunkt und die Zahl der Insassen. Das kann hilfreich sein, meint Rehmann. Wobei er gleichzeitig auch die Gefahr sieht, dass vermehrt Fehlalarme ausgelöst werden. Denn der eCall wird durch den Airbag aktiviert. Der kann auch mal aufgehen, ohne dass etwas Schlimmes passiert ist. **Pat Christ**

Zeitvariante Hochwasserrisikofaktoren

Aufruf zur Mitarbeit

Bronstert, Müller, Jüpner) gefunden. Herr Dr. Piroth würde die Sprecherschaft übernehmen. Ein Pilotgebiet zur Untersuchung der Schadenspotenzialentwicklung (historisch und prognostiziert) wird noch gesucht. Als Bearbeitungszeitraum ist der 1. Juni 2017 bis 31. Dezember 2018 geplant. Die Veröffentlichung richtet sich an alle an der Umsetzung der Hochwasserrisikomanagementrichtlinie beteiligten Institutionen (Bund, Land, Verbände, Kommunen) und Ingenieurbüros und Versicherungen. Interessenten melden sich bitte mit einer themenbezogenen Beschreibung ihres beruflichen Werdeganges in der DWA-Bundesgeschäftsstelle bei Dipl. Geogr. Dirk Barion, barion@dwa.de □

Zuhause, ein Ort der Sicherheit?

Dank innovativer Systeme bleibt das Eigenheim geschützt

Langenenn. Mit steigenden Temperaturen kommt auch die Freude zurück, sich außerhalb der eigenen vier Wände mit Freunden im Freien zu treffen, übers Wochenende an den See zu fahren oder sich im langeschnten Jahresurlaub zu erholen. „Um das Zuhause auch in Abwesenheit gut geschützt zu wissen, gibt es heutzutage intelligente, einfach zu installierende Sicherheitssysteme“, weiß Mike Tänzler von der Schwaiger GmbH. „Unerwünschte Gäste lassen sich so abschrecken und Schäden wie durch einen Brand oder Wasserrohrbruch vorbeugen.“

Unabhängig von Jahres- und Tageszeit bietet sich Einbrechern vor allem in Abwesenheit der Bewohner eine gute Chance, um in fremde Häuser einzusteigen. „Smart-Home-Systeme liefern hier die optimale Lösung. Innen- sowie Außenbereich des Eigenheims umfangreich abzuschirmen“, erklärt Mike Tänzler, Geschäftsführer der Schwaiger GmbH. „So erleichtert etwa ein sogenanntes Funk-Alarm-System dank verschiedener Sensoren, einzelne Abschnitte des Gebäudes, wie Eingangs- oder Terrassenbereich, im Blick zu behalten.“

Über die Zentraleinheit erfolgt die Steuerung des gesamten Systems, die einen Alarm auslöst und den Besitzer informiert, sobald die einzelnen Sensoren einen Verstoß, wie das unerlaubte Öffnen einer Tür, wahrnehmen.

Rundum-Schutz auf Knopfdruck

Doch nicht nur die Absicherung von Eingangstüren und Fen-

Gebäude-Schutz vor Naturgefahren ist existenziell

Versicherungskammer Bayern setzt Vereinbarung mit Bayerischer Staatsregierung um

Vor dem Hintergrund immer häufigerer, schwerer Unwetter wirbt die Versicherungskammer Bayern für mehr Versicherungsschutz der Immobilien gegen Naturgefahren. Erst Anfang Mai hatten heftige Stürme und Starkregen vor allem in Unterfranken rund um Aschaffenburg zahlreiche Schäden an Gebäuden hinterlassen, während die schweren Verwüstungen durch die Orkantiefs „Elvira“ und „Friederike“ vor Jahresfrist - etwa in Simbach am Inn - vielen Menschen in Bayern noch in ungueter Erinnerung sind.

„Derartige Unwetter zeigen, dass die Absicherung der eigenen Immobilie gegen Elementarschäden existenziell wichtig ist“, macht Barbara Schick, Vorstand der Versicherungskammer Bayern, deutlich.

Das eigene Haus ist für viele Menschen ein wichtiger Teil ihrer Altersvorsorge bzw. für Selbstständige oft Grundlage der wirtschaftlichen Existenz. Nach wie vor aber unterschätzen die mei-

sten Hausbesitzer die Gefahr, Opfer von Starkregen oder Hochwasser zu werden. Einer repräsentativen Studie des Marktforschungsunternehmens GfK von 2016 zufolge halten Eigentümer vor allem Feuer, Leitungswasserschäden, Sturm und Hagel für gefährlich. Nur zwölf Prozent sehen Überschwemmungen als Risiko. Dabei können Sturzfluten überall vorkommen. Immer wieder sind Orte von Unwettern betroffen, die nicht in sogenannten gefährdeten Überschwemmungsgebieten liegen.

Der Schutz gegen Elementarschäden sollte neben der Wohngebäudeversicherung auch in der Hausratversicherung eingeschlossen sein.

Angesichts der zunehmenden Unwetterschäden hat die Bayerische Staatsregierung ihre Maßnahmen angepasst und Ende März 2017 entschieden, ab dem 1. Juli 2019 Unwetter-Opfern keine staatlichen Soforthilfen mehr zu gewähren, sofern das Gebäude versicherbar gewesen wäre. Zugleich haben das Bayerische Wirtschaftsministerium, die kommunalen Spitzenverbände, die Kammern der gewerblichen Wirtschaft, die Verbände der privaten Wohnungseigentümer sowie der Kredit- und Versicherungswirtschaft eine Vereinbarung ausgearbeitet, um die Versicherungsdichte in Bayern signifikant zu erhöhen.

Die Versicherungskammer Bayern erfüllt die Vereinbarung mit der Bayerischen Staatsregierung mit Leben, um Gebäudebesitzer in Bayern gegen mögliche Schäden zu versichern.

„Als führender Gebäudeversicherer in Bayern haben wir gegenüber unseren Kunden die Verantwortung, einen umfassenden und bedarfsgerechten Schutz anzubieten. Dieser Verantwortung haben wir uns immer gestellt und werden unvermindert alles unternehmen, um die Existenzen von Privatpersonen, Gewerbetreibenden und Landwirten ebenso abzusichern wie die Liegenschaften von öffentlich-rechtlichen Einrichtungen“, erklärt Schick.

Die Versicherungskammer Bayern hat ihr Instrumentarium zur Risikobewertung, wie beispielsweise ihr Zonierungssystem GIS, immer weiter verfeinert und kann daher in Bayern 99,8 Prozent der Gebäude problemlos versichern. So ist es möglich, transparente und faire Versicherungstarife anzubieten, welche die meisten privaten Hausbesitzer lediglich rund 100 Euro im Jahr (für ein durchschnittliches Einfamilienhaus) kosten. Für die verbleibenden 0,2 Prozent sind meist individuelle Lösungen nach einer Risikobesichtigung vor Ort möglich. □

nannter Überflutungsalarm der frühzeitigen Erkennung von Wasserschäden: Bei Kontakt des Sensors mit Feuchtigkeit löst dieser direkt Alarm aus. „Ähnlich funktioniert das Prinzip eines Rauchmelders, der in der Regel über eine akustische und optische Signalfunktion verfügt“, erläutert Mike Tänzler. Besonders gute Modelle sind übrigens miteinander verbunden, sodass das Gerät im Schlafzimmer ebenfalls Alarm schlägt, wenn der Melder im Kinderzimmer aufgrund von Rauch reagiert. □

Neues Verpackungsgesetz:

Beifall und Ablehnung

Vor wenigen Tagen hat das Verpackungsgesetz im Bundesrat die letzte parlamentarische Hürde genommen. Die Reaktionen darauf sind höchst unterschiedlich. Während der Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung (bvse) von einer „wichtigen Weichenstellung für mehr Recycling, weniger Verbrennung und für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft“ spricht, sparen Umweltverbände und VKU nicht mit deutlicher Kritik. Das Verpackungsgesetz wird am 1. Januar 2019 in Kraft treten.

Die von Industrie und Handel finanzierten dualen Systeme müssen zukünftig deutlich höhere Recycling-Quoten für die bei ihnen lizenzierten und von ihnen erfassten Verpackungen erreichen. So steigt zum Beispiel die Recycling-Quote für Kunststoffverpackungen von bisher 36 Prozent bis zum Jahr 2022 auf 63 Prozent.

Höhere Recycling-Quoten

Auch bei anderen Verpackungsmaterialien werden die Recycling-Quoten deutlich erhöht, bei Metallen, Glas und Papier auf 90 Prozent. Außerdem sind bei den Lizenzentgelten der dualen Systeme ökologische Aspekte stärker zu berücksichtigen. Hersteller sollen somit Anreize erhalten, bei der Gestaltung von Verpackungen das Recycling zu berücksichtigen. Von den hohen Anforderungen

werden auch spürbare Impulse zur Abfallvermeidung ausgehen.

Zudem werden Mehrwegverpackungen besonders gefördert. Bei Getränkeverpackungen wird ein Mehrweganteil von 70 Prozent angestrebt. Dazu sollen eine Hinweispflicht an den Getränkegebern sowie die Ausweitung der Pfandpflicht für Einweggetränkeverpackungen, zum Beispiel auf Fruchtschorlen, beitragen. Die Entsorgung im Wettbewerb wird auch zukünftig für Effizienz und – im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher – für niedrige Kosten sorgen.

Einrichtung einer Zentralen Stelle

Um einen fairen Wettbewerb und einen konsequenten Vollzug zu gewährleisten, wird eine Zentrale Stelle eingerichtet, die von den Produktverantwortlichen, das

heißt von Handel und Industrie, finanziert wird. Die Zentrale Stelle dient als Registrierungs- und Standardisierungsstelle.

Kommunen als Entscheider

Wie die Sammlung vor Ort durchgeführt wird, bestimmen die Kommunen. Sie entscheiden zum Beispiel darüber, ob in Tonnen gesammelt wird oder in Säcken. Sie entscheiden auch, wann und wie oft abgeholt wird. Damit können Restmüll- und Wertstoffsammlung optimal aufeinander abgestimmt werden. Die Kommunen können auch entscheiden, ob sie weitere Abfälle aus Kunststoff und Metall gemeinsam mit den dualen Systemen in einer Wertstofftonne sammeln wollen. Eine Verständigung auf ein Wertstoffgesetz, das bundesweit die verpflichtende Einführung von Wertstofftonnen vorsah, war zwar nicht möglich. Wenn die Kommunen das wollen, können die Bürgerinnen und Bürger nun jedoch auf der Grundlage des Verpackungsgesetzes flächendeckend Wertstofftonnen bekommen.

Nach den Worten von bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Reh-

bock ist insbesondere die Erhöhung der Recyclingquoten für Kunststoffverpackungen ein zukunftsweisender Schritt. „Das ist technisch machbar und sowohl aus ökonomischer wie auch aus ökologischer Sicht sinnvoll“, urteilt Rehbock.

Aus Sicht des Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) bleibt das Gesetz dagegen „mit unverbindlichen Quoten und geringen Anreizen für ein ökologisches Design von Verpackungen“ weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Nur ein wirkliches Wertstoffgesetz könne das erfüllen. Dies müsse ein Schwerpunktthema für die nächste Legislaturperiode sein, heißt es.

Fortführung des komplizierten Trennsystems

Das Verpackungsgesetz sei zu lasch, um beim Ressourcenschutz einen echten Schritt voranzukommen. Nach wie vor fehlen laut NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller eine verbindliche Mehrwegquote, ein strenges ökologisches Bonus-Malus-System für Verpackungshersteller sowie Mindestmengen und dynamische Recyclingquoten.

Wieder sei eine Bundesregierung an der Einführung einer bundeseinheitlichen Wertstofftonne gescheitert. Für die Bürger bedeute das die Fortsetzung eines komplizierten Trennsystems, in dem eine Verpackung aus Kunststoff im Gelben Sack und die Küchenschüssel aus dem gleichen Material im Restmüll landen soll und dann verbrannt wird. „So werden auch in Zukunft jährlich rund 450.000 Tonnen Wertstoffe aus sogenannten stoffgleichen Nichtverpackungen für ein umweltfreundliches Recycling verloren gehen.“

Abhilfe könnten nur die Kommunen schaffen, indem sie die Wertstofftonne freiwillig einführen. Der NABU appelliert an die Städte und Gemeinden, auf lokaler Ebene voranzugehen und sich für die verbraucherfreundliche gemeinsame Sammlung aller wertstoffhaltigen Abfälle in einer Tonne zu entscheiden. Denn nur im Ausbau des Wertstofftonnen-systems liege die Zukunft.

Mangelnde ökologische Effektivität

Rundweg abgelehnt wird das Verpackungsgesetz vom VKU: „Die geplanten Änderungen würden ein System verfestigen, das keine nachhaltigen ökologischen Fortschritte gebracht hat – aber hohe Kosten und einen immensen bürokratischen Aufwand verursacht“, meint VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp.

Seit Jahren kritisiert der VKU die mangelnde ökologische Effektivität der Verpackungsentsorgung. Kein Land in Europa produziert pro Kopf mehr Verpackungsabfälle, die Mehrwegquote ist eingebrochen und die tatsächliche Wiedereinsatzquote von aufbereiteten Kunststoffabfällen liegt nur bei etwa 20 Prozent. „Neuregelungen sind im Sinne des Umweltschutzes dringend notwendig. Doch das Verpackungsgesetz ist ein zahloser Tiger. Substantielle ökologische Verbesserungen sind nicht zu erwarten“, stellt Hasenkamp fest.

Fehlende Anreize

Auch lasse das Verpackungsgesetz die Kommunen bei der Übergabe im Stich, die stoffspezifischen Trennvorgaben des Abfallrechts zu erfüllen. Weder erhielten Kommunen die Befugnis, ei-

ne einheitliche Wertstoffsammlung einzuführen, noch würden dafür Anreize geschaffen. „Für die Bürger bleibt die Trennung aufgrund des Produktbezugs – getrennt wird nach Verpackung und Nicht-Verpackung – weiter unlogisch, eine sinkende Bereitschaft zur Abfalltrennung ist zu erwarten.“ Hinzu komme, dass eine finanzielle Beteiligung der dualen Systeme an den Kosten der Abfallberatung vor Ort nicht rechtssicher festgelegt wird.

Der VKU bemängelt weiter, dass den Systemen ein Herausbeanspruch auf „ihren“ Anteil des von der Kommune gesammelten Altpapiers eingeräumt wird. Dies widerspreche einem Urteil des Bundesgerichtshofs, der festgestellt hatte, dass den dualen Systemen die Papierverpackungsabfälle nicht gehören.

Positiver Effekt

Nach Einschätzung des bvse zeigt sich schon jetzt, dass allein die Aussicht auf ein Verpackungsgesetz mit höheren Recyclingquoten Zukunftsinvestitionen in der Branche ausgelöst habe. So seien neue Sortieranlagen in Betrieb genommen worden, bestehende Anlagen würden aufgerüstet und weitere Anlagen seien in Planung.

Um eine umfassende Rohstoffwende durch mehr Ressourcenschonung, Recycling und eine effiziente Sekundärrohstoffwirtschaft erfolgreich umzusetzen, müsse jedoch der Einsatz von Sekundärrohstoffen in der gewerblichen und industriellen Produktion und die breite Verwendung von Recyclingprodukten forciert werden. Daher sei in allen relevanten Bereichen zu prüfen, ob Sekundärrohstoffe eingesetzt werden können. **DK**

25 Jahre Augsburger bifa Umweltinstitut:

Impulsgeber für Fortschritt und Innovation

Seit einem Vierteljahrhundert bietet das Augsburger bifa Umweltinstitut als anwendungsorientierte Forschungs-, Entwicklungs- und Beratungseinrichtung ein breit gefächertes Leistungsspektrum rund um den „Technischen Umweltschutz“. Im Rahmen eines Festakts verwies Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer auf die weit über Bayern hinaus erfolgreiche Arbeit von bifa. Zuvor jedoch diskutierten etwa 200 Gäste im Technikum des bifa Umweltinstituts, ob Deutschland in der Abfallwirtschaft noch eine Spitzenposition einnimmt.

In Vorträgen und einer lebhaften Podiumsdiskussion trafen sieben deutsche und internationale Experten aufeinander. Laut Dr. Karine Siegwart, Vizedirektorin des Schweizer Bundesamtes für Umwelt, würde der größte Teil der Umweltbelastungen von Produkten verursacht und nicht von deren Verpackung. Auch könne die Abfallwirtschaft das Problem der Umweltbelastung nicht alleine lösen. Wichtig seien auch Ökodesign, Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit von Produkten sowie nachhaltige Gewinnung von Rohstoffen.

Recycling ist kein Selbstzweck

Helmut Schmidt, zweiter Werkleiter des Abfallwirtschaftsbetriebs München, sähe die Verantwortung für die Siedlungsabfallentsorgung gerne wieder vollständig bei den Kommunen. Seiner Ansicht nach bedarf es keiner Dualen Systeme. Der Bürger wünsche einen Ansprechpartner für sämtliche Abfälle und transparente Entsorgungswege. Heute gehe es auch darum, dass Recycling kein Selbstzweck sein dürfe. Die Qualität der Verwertung sei wichtiger als Mengenziele.

Aus Sicht von Otto Heinz, Präsident des Verbands der Bayerischen Entsorgungsunternehmen, könnten aus deutschen Haushalten jährlich zusätzlich 4,8 Millionen Tonnen Bioabfälle getrennt gesammelt werden, aber immer noch nicht alle Landkreise die Biotonne anbieten. Im Restmüll fänden sich jährlich pro Kopf ein bis zwei Kilogramm Elektrokleingeräte und mit einer trockenen Wertstofftonne könnten pro Kopf jährlich bis zu fünf Kilogramm Wertstoffe zusätzlich gesammelt werden.

Beim anschließenden Festakt wies bifa-Geschäftsführer Prof.

Wolfgang Rommel auf die mehr als 1.000 Projekte hin, die bifa in dieser Zeit mit 40 Mitarbeitern bearbeitet habe. bifa sei kein typisches Forschungsinstitut: „Wir wollen nicht nur Fachartikel publizieren. Wir wollen, dass unsere Ideen umgesetzt werden.“

Neben Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl und Dr. Andreas Kopton, Präsident der IHK Augsburg, hob auch Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer in seiner Festrede die Bedeutung des Instituts für die schwäbische Umweltkompetenz hervor. Die Gründung des Instituts sei ein klares Signal gewesen, frühzeitig die Weichen für mehr Umweltschutz zu stellen. Von Anfang an sei es darum gegangen, den vermeintlichen Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie aufzulösen.

Der Königsweg

„Mit dem bifa wollte der Freistaat einerseits den Umweltschutz vorantreiben und andererseits das Know-how der heimischen Wirtschaft in diesem Bereich verbessern. Wir wollen Anreize für die Unternehmen setzen, neue Umwelttechnologien zu entwickeln, Effizienzpotentiale zu heben und Wettbewerbsvorsprünge zu realisieren“, erklärte der Staatssekretär. So könnten einerseits die Unternehmen gestärkt und andererseits Ressourcen geschont werden. Pschierer zufolge „liegt der Königsweg für uns nicht in einem Verzichtumweltschutz, wie er mancherorts noch allzu gerne propagiert wird, sondern liegt klar darin, intelligente technische Lösungen zu entwickeln, um Ressourcen effizient einzusetzen und Umwelt zu schonen.“

Heute steht das bifa laut Pschierer als „weithin sichtbarer Leuchtturm im Bereich der Umweltdienstleistungen“ für neutrale und

wissenschaftlich fundierte Sachkompetenz. Dies mache das Institut zu einem gefragten Partner gerade auch für den Mittelstand.

Unbestrittene Stärke des bifa sei dabei die hohe Praxis- und Anwendungsnähe. „Das Institut fördert neue Technologien und ist ein wichtiger Impulsgeber für Fortschritt und Innovation im Bereich des technischen Umweltschutzes“, betonte der Staatssekretär.

Mittler zwischen Forschung und Praxis

Als verlässlicher Mittler zwischen Forschung und Praxis lebe das bifa den Technologietransfer in seiner täglichen Arbeit vor. Darüber hinaus helfe es bayerischen Unternehmen darin, Forschungsmittel aus Berlin und Brüssel einzuwerben und damit nach Bayern zu holen – „wie das zum Beispiel im EU-Forschungsrahmenprogramm ‚Horizon 2020‘ sehr erfolgreich gelungen ist“.

Die Arbeit des bifa stelle sich umso wertvoller dar, „wenn man sich vor Augen führt, welche Stellung die Umweltwirtschaft für Bayern hat“, fuhr Pschierer fort. „Wenn wir von der bayerischen Umweltwirtschaft sprechen, sprechen wir von über 100.000 Beschäftigten, die einen stattlichen Umsatz von 22 Milliarden Euro im Jahr erwirtschaften. Die Branche ist dabei breit aufgestellt und stark mittelständisch geprägt. Etwa 94 Prozent aller Unternehmen der Umweltwirtschaft haben weniger als 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Bayern stellt damit sowohl beim Umsatz als auch bei der Beschäftigung die größten Anteile an der Umweltwirtschaft in Deutschland.“

Als besonders erfreulich wertete Pschierer die Tatsache, dass weiß-blaue Umwelttechnik weltweit auf reges Interesse stößt und zu den großen Exportslagern Bayerns zählt. Die Systemlösungen der bayerischen Umweltwirtschaft seien weltweit heißbegehrt. Sie leisteten einen beeindruckenden Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung ebenso wie zu Umwelt- und Klimaschutz – „und das national wie international“, so der Staatssekretär. **DK**

Bringt Ordnung ins bayerische Baurecht.



Simon/Busse
Bayerische Bauordnung
124. Auflage, 2017.
Rund 8860 Seiten. In 2 Ordnern.
€ 129,- für das Grundwerk bei Bezug von 3 fortlaufenden Ergänzungslieferungen (danach jederzeit kündbar)
ISBN 978-3-406-44019-9
Preis ohne Ergänzungslieferungen € 240,-
ISBN 978-3-406-50080-0
Neu im April 2017

Mehr Informationen:
www.beck-shop.de/cnb



Der Großkommentar

beantwortet nahezu alle Fragen zum bayerischen Baurecht. Kernstück ist die Kommentierung der BayBO mit Übersichten und graphischen Darstellungen. Alle sonstigen wichtigen Vorschriften sind ebenfalls abgedruckt: deren Durchführungsbestimmungen und Vollzugsvorschriften sowie die Bestimmungen zu wichtigen Themenbereichen wie Bauprodukte, Brandschutz und Technische Baubestimmungen. Im Bauplanungsrecht sind außer dem BauGB die Bestimmungen zu Energieeinsparung und Wärmeschutz, Immissionschutzrecht, Abfallbeseitigung enthalten.

Aktuell mit Stand März 2017

Neu enthalten im Band I mit Stand März 2017 ist die Überarbeitung des Art. 38. Leitungsanlagen Installationsschächte und -kanäle und des Art. 77. Bauüberwachung der Bayerischen Bauordnung. Der Band II (Anhang) wurde komplett durchgesehen und auf den neuesten Stand gebracht.



Kasseler Abfall- und Bioenergieforum:

Entwicklungen in der Kreislaufwirtschaft

Über 60 Referentinnen und Referenten aus Politik, Wissenschaft und Praxis dokumentierten beim diesjährigen Kasseler Abfall- und Bioenergieforum den aktuellen Stand und die Perspektiven der künftigen Abfall- und Energiewirtschaft in Deutschland. Zentrales Thema der Veranstaltung war die Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft im Spannungsfeld steigender rechtlicher Anforderungen und Preise.

Das vom Witzhausen-Institut veranstaltete Forum, heuer erstmals mit begleitender Kongressmesse Bio- und Sekundärrohstoffverwertung, steht unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und gehört zu den wichtigsten nationalen wissenschaftlichen Veranstaltungen zum Thema Kreislaufwirtschaft und Abfall. Es richtet sich an ein Fachpublikum aus den Bereichen Industrie, öffentliche Verwaltung sowie aus dem wissenschaftlichen Bereich.

Aktuelle Entwicklungen in der Kreislaufwirtschaft standen am ersten Tag im Mittelpunkt. Die Referenten beleuchten Chancen und Perspektiven für die kommunale und private Abfall- und Ressourcenwirtschaft. Stichworte waren zum Beispiel Abfallvermeidung oder Zero Waste, das Konzept einer abfallfreien Wirtschaft.

Ein umfassendes Themenspektrum wartete am zweiten Forumstag auf das Fachpublikum. In Statements und Diskussionen ging es um Fremdstoffentfrachtung, neue rechtliche Regelungen, biologisch abbaubare Werkstoffe, Elektro- und Elektronik-Schrott, Verpackungsgesetz, Müllverbrennung, Holzenergie und Märkte. Die Novelle der Klärschlamm-

verordnung und das Ziel der Phosphatrückgewinnung wurden ebenso erörtert wie der Einsatz von Komposten und Gärresten vor dem Hintergrund des neuen Düngerechts. Zudem wurde aufgezeigt, welche Konsequenzen die Novelle der TA Luft für den Betrieb von biologischen Abfallbehandlungsanlagen hat. Tag 3 befasste sich schließlich mit der Stoffstromlenkung durch Gebührensysteme sowie mineralischen Abfällen und Deponien.

EEG 2017

Seine Einschätzung zum EEG 2017 in der abfallwirtschaftlichen Praxis gab Thomas Raussen vom Witzhausen-Institut. Seiner Ansicht nach tritt für Bioabfallvergärungsanlagen, unter monetären Gesichtspunkten gesehen, mit dem EEG 2017 keine wesentliche Verschlechterung auf. Als nachteilig sei jedoch zu betrachten, dass für die Teilnahme am Ausschreibungsverfahren eine sehr hohe finanzielle Vorleistung notwendig ist.

Je nach Anlagenkonzeption und -größe seien zu diesem Zeitpunkt für Vor-, Entwurfs- und Genehmigungsplanung sowie für die Genehmigungserteilung inklusive aller notwendiger Gutachten und Konzepte bereits Kosten in Höhe von mehreren

hunderttausend Euro angefallen.

Da jedoch erst nach der Teilnahme am Ausschreibungsverfahren feststeht, ob die geplante Anlage wirklich einen Zuschlag erhält und falls ja, zu welchem Wert, sei eine seriöse Wirtschaftlichkeitskalkulation erst nach Zuschlagserteilung möglich. Dies beruhe, insbesondere bei kommunalen Marktteilnehmern, die ihre Anlagenplanungen auch immer wieder vor politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit darlegen und rechtfertigen müssen, einen hohen Unsicherheitsfaktor. Raussen zufolge ist davon auszugehen, dass in diesem Bereich zukünftig vermehrt Kooperationen, beispielsweise mit Energieversorgungsunternehmen, angestrebt werden, um eine höhere Absicherung zu erreichen.

Markt für Altholz

Mit Prognosen zum „Markt für Altholz in Deutschland bis 2030“ wartete Dirk Briese, trend:research, Bremen, auf. Seinen Ausführungen zufolge stellt sich der Altholzmarkt insgesamt als ein „sehr schwer einschätzbarer Markt“ dar und ist momentan von einer großen Unsicherheit geprägt, die in erster Linie auf die Veränderungen bei der Einspeisungsvergütung durch das EEG zurückzuführen sei. „Die Preisschwankungen waren in den vergangenen beiden Jahren deutlich stärker als in den vorherigen Jahren. Dieser Trend wird aufgrund der unklaren zukünftigen Rahmenbedingungen weiterhin bestehen bleiben. Es ist zu erwarten, dass ein Teil der Verbrennungskapazitäten (insbesondere Anlagen mit geringer Energieeffizienz) vom Markt verschwinden“, prognostizierte Briese.

Der Großteil der Anlagen werde aber weiter betrieben, da die Entsorgung des Altholzes weiterhin erforderlich ist und auch die alternativen Verwertungswege kaum freie Kapazitäten aufweisen. Mittel- bis langfristig werde sich das Altholz andere Entsorgungswege suchen (Einsatz in EBS-Kraftwerken, Mitverbrennung), aber auch bei diesen Wegen seien die Kapazitäten begrenzt, so Briese. Der Einsatz von Altholz sei für diese Anlagen nur bei hohen Preisen attraktiv, da sich nur dann die Substitution anderer Brennstoffe lohnte.

Sensorgestützte Technologien zur Fremdstoffentfrachtung von Biogut und Komposten stellte um die Entsorgung von Asbestemal („Eternit-Platten“), asbesthaltige Rohre, Bodenbeläge, Dichtungen und dergleichen bis hin zu asbesthaltigem Fensterkitt. □

in Bezug auf Wirtschaftlichkeit, Einhaltung gesetzlicher Vorschriften und Umweltschutz bringen. Die sensorgestützten Sortiersysteme dienen der Rückgewinnung sauberer Materialfraktionen und gewinnen wesentlich höhere Erträge und Mehrwert aus dem Ausgangsmaterial als herkömmliche Trennmethoden wie Schwimm-Sink-Scheidung oder manueller Sortierung. TOMRA Sorting bietet ein umfassendes Portfolio an Sensoren an, die im Rahmen der unterschiedlichsten Sortieraufgaben die automatische Sortierung ermöglichen.

Wie Székely betonte, reduziert eine vorzeitige Fremdstoffentfrachtung Probleme wie beispielsweise Verstopfung, Verschleiß oder Materialverlust bei weiteren aeroben oder anaeroben Behandlungsprozessen. Anders als bei der manuellen Sortierung bedeute diese Vorgehensweise (optische Sortierung) höhere Effizienz, minimalen Materialverlust und niedrigere Betriebskosten.

Sehr kontrovers diskutiert wird von vielen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern (öRE) und Anlagenbetreibern die Verwendung von Biogutsammelbeuteln aus biologisch abbaubaren Werkstoffen (BAW-Beutel) in Privathaushalten. Nach den Worten von Thomas Turk, IGLux Witzhausen, ist die Zulassung bzw. das Verbot der BAW-Beutel bei den öRE, die eine Bioguterfassung mittels Holsystem betreiben, bundesweit uneinheitlich. Neben expliziter Empfehlung bzw. Ablehnung der Beutel gehen einige öRE nicht näher auf eine Verwendung ein. Vor dem Hintergrund der zunehmenden energetischen Nutzung von Bioabfall (Biogut) in Deutschland durch Vergärung gewinnt die Effizienz der Biogutsammlung aber immer mehr an Bedeutung. Gerade im Hinblick auf deren hohen Gasertrag seien viele öRE an einer hohen Erfassung der Nahrungs- und Küchenabfälle interessiert.

Um die Erfassungsleistung haushaltstämmiger Bioabfälle (Nahrungs- und Küchenabfälle) zu steigern, würden daher vielerorts bereits kompostierbare Bioabfallsammelbeutel eingesetzt und von den Bürgerinnen und Bürgern als komfortables und hygienisch unbedenkliches Erfassungssystem wahrgenommen. Von vielen Anlagenbetreibern würden das Handling der BAW-Beutel in der hochtechnischen Vergärungsanlage (Vorsortierung im Pfropfenstrom, geschlossene Beutel im Batchverfahren ohne Aufbereitung u. a.) und der Abbau im anaeroben Bereich problematisch gesehen, so dass der Einsatz von BAW-Beuteln teilweise aktiv und satzungsmäßig unterbunden werde.

In einem Praxisversuch wurde laut Turk daher das Abbauverhalten von BAW-Beuteln in der gesamten Prozesskette von vier verschiedenen Biogutvergärungsanlagen in Deutschland untersucht. Hierbei handelt es sich um je

Veranstaltungshinweis:

GAB-Altlastensymposium am 5. und 6. Juli 2017 in Nürnberg

Die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH veranstaltet ihr diesjähriges Altlastensymposium am 5. und 6. Juli 2017 in Nürnberg. An zwei Tagen werden aktuelle Entwicklungen zu rechtlichen Grundlagen der Altlastenbearbeitung präsentiert, innovative Sanierungsverfahren erläutert und der Umgang mit PFC-Belastungen diskutiert. Ein weiterer Themenschwerpunkt ist die Altlastensanierung in der Praxis.

Am ersten Veranstaltungstag erhalten die Tagungsteilnehmer außerdem umfangreiche Informationen über Altlasten und Flächenrecycling in der Stadt Nürnberg und zur Sanierung des PFC-Schadens am Flughafen Nürnberg.

Das Altlastensymposium 2017 führt als Plattform für den interdisziplinären Informations- und Erfahrungsaustausch Entscheidungsträger und Fachleute aus der wirtschaftlichen, kommunalen und regionalen Praxis, Sanierungspflichtige sowie Akteure aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung zusammen.

Tagungsprogramm und Anmeldeformular können auf den Internetseiten der GAB unter www.altlasten-bayern.de abgerufen werden. Wie in den Vorjahren wird Unternehmen und Behörden die Gelegenheit geboten, sich mit einem Ausstellungsstand am Symposium zu beteiligen.

Für weitere Infos steht die GAB unter Tel.: 089/4477850 oder E-Mail: gab@altlasten-bayern.de zur Verfügung. □

zwei diskontinuierliche Batchverfahren sowie um zwei Pfropfenstromverfahren. Bei jeder Anlage wurden die anlagenspezifische Aufbereitung sowie die spezifische Aerobisierung/Intensivrotte und Nachrotte berücksichtigt. Am

Ende der Nachrotte und der anschließenden Behandlungsdauer konnte bei keiner der Anlagen mehr BAW-Material in den Stichproben nachgewiesen werden, so dass das Material vollständig abgebaut war. **DK**

VBS-Regionsversammlungen 2017

Der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) hielt seine traditionellen Regionsversammlungen ab. Präsident Otto Heinz konnte hierzu insgesamt 130 teilnehmende Mitglieder begrüßen.

Die Versammlungen befassten sich in diesem Jahr unter anderem mit folgenden Themen: Aktuelles aus dem Systemgeschäft, Verpackungsgesetz, neue Gewerbeabfallverordnung, neue Entsorgungsfachbetriebsverordnung sowie die Sektoruntersuchung des Bundeskartellamts im Bereich Haushaltsabfälle.

Zu letzterem Punkt bezieht VBS-Präsident Otto Heinz klar Stellung: „Bei ca. 45 % aller Haushalte in Deutschland gibt es überhaupt keinen Wettbewerb! Dies liegt einzig und allein an der Tatsache, dass diese Leistungen von Kommunalbetrieben ohne vorherige öffentliche Ausschreibung erbracht werden.“ So zeigen u. a. der regelmäßig veröffentlichte Vergleich der Abfall- und Abwassergebühren durch den Bund der Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen im Batchverfahren ohne Aufbereitung u. a.) und der Abbau im anaeroben Bereich problematisch gesehen, so dass der Einsatz von BAW-Beuteln teilweise aktiv und satzungsmäßig unterbunden werde.

deutig, dass die Vergabe von Entsorgungsdienstleistungen im Wettbewerb das wirksamste Instrument gegen Gebührenerhöhungen ist. Daher spricht sich der VBS dafür aus, dass das Bundeskartellamt alle Müllgebühren prüfen sollte, d. h. auch dort, wo kommunale Eigenbetriebe tätig sind.

Die Verabschiedung des neuen Verpackungsgesetzes durch den Bundestag sieht der VBS insgesamt positiv. Das neue Verpackungsgesetz stellt einen ausgewogenen Kompromiss dar. Mit den anspruchsvollen höheren Recyclingquoten setzt das Gesetz insbesondere wichtige neue Impulse für das Kunststoffrecycling. Dessen Bedeutung unterstreicht Heinz: „Die Aufbereitung und Verwertung von Kunststoffabfällen in Deutschland leistet einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Ressourceneffizienz und zum Erreichen der Klimaschutzziele.“ □

Latente Gefahren durch Asbest

Entsorgung durch Fachbetrieb Kutter

Nach wie vor ist Asbest der Auslöser dramatischer Lungenkrankheiten sowie weiterer schwerer Krankheitsbilder. Der Verlauf ist umso tragischer, da die mittlere Latenzzeit bei rund 17 Jahren liegt.

Obwohl die Gefahren von Asbest schon längst bekannt sind (und seit 1993 in Deutschland verboten), wird in vielen Ländern der Welt Asbest nach wie vor eingesetzt und kommt so durch den weltweiten Handel im Umlauf. Es gibt keine Garantie dafür, dass der „Billig-Toaster“ aus China mit einer zwar kleinen, aber möglicherweise asbesthaltigen thermischen Isolierschicht nicht auch in deutschen Haushalten verwendet wird.

Sorgloser Umgang mit der Gefahr

Auch wird auf vielen Baustellen viel zu sorglos mit den Gefahren von Asbest umgegangen. Jahrzehnte wurde asbesthaltige Spachtelmasse und Bodenbeläge

verbaut. Gerade Privatpersonen, die sich an eine Altbauanierung wagen, begehen sich in ungeahnte Gefahren.

Für Abhilfe kann die Firma August Kutter, zugelassener Fachbetrieb zur Entsorgung von Asbest und spezialisiert auf die Zerlegung von Nachtspeicherheizgeräten, sorgen. In ihrem Abfallbehandlungszentrum werden diese asbesthaltigen Elektrogeräte unter Berücksichtigung möglicher Gesundheitsgefahren fachgerecht zerlegt und schließlich umweltgerecht entsorgt. Mehrere ausgebildete Fachkräfte kümmern sich um die Entsorgung von Asbestemal („Eternit-Platten“), asbesthaltige Rohre, Bodenbeläge, Dichtungen und dergleichen bis hin zu asbesthaltigem Fensterkitt. □



WIR RECYCELN ROHSTOFFE FÜR GENERATIONEN

Die August Kutter GmbH & Co. KG ist ein in Süddeutschland tätiges Recyclingunternehmen spezialisiert auf den Handel und die Aufbereitung von Stahlschrott und NE-Metall.

Wir sind zugelassener Fachbetrieb für die

Demontage und Entsorgung von Nachtspeicherheizgeräten

sowie Fachbetrieb zur Schadstoffsanierung bei Dacheindeckungen, Fassadenverkleidungen, Rohre für Brauch- und Abwasser, Balkonbrüstungen, Lüftungskanäle, Heizkörperverkleidungen, Brandschutzklappen, -türen, -beschichtungen. Wir arbeiten nach den technischen Regeln für Gefahrstoffe TRGS 519 und TRGS 521 und gewährleisten damit die höchsten Sicherheitsstandards.

DStGB-Dokumentation:

Bundeswehr und Kommunen

Beispielhafte Kooperation in der Garnisonsstadt Regen

Für Städte und Gemeinden ist die Bundeswehr ein Garant für die Sicherheit der Gesellschaft. Dabei geht es nicht nur um eine mögliche Abwehr von äußeren Gefahren – die Bundeswehr leistet vor allem auch viel für die Gesellschaft, wenn es um Naturkatastrophen und humanitäre Nothilfe geht. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund möchte die Verbindung zwischen Kommunen und Bundeswehr stärken. Zu diesem Zweck hat der Verband gemeinsam mit dem Bundesministerium der Verteidigung eine Dokumentation mit guten Beispielen der Kooperation von Kommunen und Bundeswehr erstellt.

Wie Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in einem Vorwort betont, „hat die Bundeswehr die Kommunen bei Katastropheneinsätzen oder auch bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen vorbildlich unterstützt“. Die Bundeswehr sei für die Kommunen aber nicht nur eine „Helfende Hand“, wenn es um Amtshilfe geht. Sie sei auch zuverlässiger Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor.

Geben und Nehmen

In vielen Kommunen – so etwa in der niederbayerischen Kreis- und Garnisonsstadt Regen – hat sich daraus ein Geben und Nehmen entwickelt. Laut Regens Erster Bürgermeisterin Ilse Oswald ist seit dem feierlichen Einzug der Soldaten in die neu errichtete Kaserne im November 1960 eine enge Partnerschaft zwischen Öffentlichkeit und Bundeswehr entstanden. Diese trat auch beson-

ders in schweren Zeiten hervor, als zum Beispiel die Zukunft des Standortes Regen durch die Strukturformen der Bundeswehr ernsthaft bedroht war. „Groß war das Interesse der Bevölkerung am Entscheidungsprozess und besonders groß die Freude, dass uns die Kaserne erhalten bleibt“, so Oswald.

Dunkle Stunde in Afghanistan

Anteilnahme und Hilfsbereitschaft wurde den Soldaten auch in ihrer dunkelsten Stunde zuteil: Am 18. Februar 2011 fielen drei Soldaten des Panzergrenadierbataillon 112. Bataillons in Afghanistan; sechs Soldaten wurden zum Teil schwer verwundet. Die äußerst beeindruckende Solidarität zeigte sich Oswald zufolge nicht nur in der großen Anteilnahme an der öffentlichen Trauerfeier, sondern besonders auch bei der Hilfs- und Spendenbereitschaft. Diese bildete die Grundlage für die Gründung des Förder-

vereins „18. Februar“ sowie für die Errichtung eines Ehrenmals für die im Dienst und in Einsätzen verstorbenen Soldaten des Panzergrenadierbataillons 112. Die Spendengelder, die zur Errichtung dieses in der Bundeswehr einzigartigen Ehrenmals führten, stammten fast gänzlich aus der Region Regen.

Schneekatastrophe 2006

Aber auch im zivilen Katastrophenfall stehen Soldatinnen und Soldaten sowie die zivilen Hilfskräfte Seite an Seite. Von der Schneekatastrophe 2006 war insbesondere die Region des Bayerischen Waldes schwer betroffen und wochenlang standen Soldaten auf den Hausdächern der Bürgerinnen und Bürger und bewahrten diese mit ihrer tatkräftigen Unterstützung vor dem Schlimmsten. Zugleich waren es regionale, freiwillige Kräfte der Feuerwehren, die die Dächer und Schleppdächer der Kaserne von ihrer tonnen-schweren Last befreiten.

„Nicht nur in schwierigen Zeiten ist den Soldaten des Standortes die Unterstützung der Bevölkerung gewiss. Besonders wichtig ist dem Landkreis Regen die Integration der Soldaten und ihrer Familien in das öffentliche Leben und das Vereinsleben hier vor Ort. Aber auch die Initiative zur

Wiedereingliederung in das zivile Berufsleben wird nachhaltig verfolgt. Ausscheidende Soldaten des Standortes sind gern gesehene und willkommene, zukünftige Arbeitnehmer der Region. Dies ist eine Tatsache, von der beide Seiten nachhaltig profitieren“, betont die Bürgermeisterin.

Zu diesem Zweck finden regelmäßig die „Tage der Wirtschaft“ und Jobbörsen statt. Während letztere konkrete Möglichkeiten zur Beschäftigung im Anschluss an die Dienstzeit der Soldaten bei Unternehmen der Region bieten, stellen die „Tage der Wirtschaft“ für Unternehmensvertreter regionaler Unternehmen die Möglichkeit dar, die Bundeswehr kennen zu lernen und mehr über die Arbeit, das Qualifikationsniveau und die Eingliederungsmöglichkeiten von Soldaten in das zivile Berufsleben zu erfahren.

Brücke 112

Ein weiterer wichtiger Pfeiler, um wortwörtlich die Brücke zwischen der zivilen Bevölkerung und der Bundeswehr am Standort Regen zu schlagen, ist der Verein „Brücke 112 – Freundeskreis der Panzergrenadiere Regen“. Dieser Verein ist eine gemeinnützige Interessensgemeinschaft für Freunde, Förderer und Interessierte des Panzergrenadierbataillon 112. Bereits am 27. Mai 2011 gegründet, hat er mittlerweile zahlreiche Mitglieder und wohlwärtige Förderer, die auf unterschiedliche Weise die Verbindung zwischen der lokalen zivilen Bevölkerung und der Bundeswehr am Standort Regen pflegen und so auf einem hohen Niveau halten.

Wichtiger Baustein

Laut Landsberg ist die Einbindung der Soldatinnen und Soldaten sowie der Zivilbediensteten der Bundeswehr in die kommunale Bürgergesellschaft „kein Zustand, sondern ein Prozess, der immer wieder neu belebt und gestärkt werden muss“. Viele Kommunen engagierten sich schon heute, den vor Ort stationierten Bundeswehrangehörigen Zugehörigkeit und vor allem auch Anteilnahme zu vermitteln – etwa durch die Verankerung der „Gelben Schleife“ im Ortsbild, durch gemeinsame Veranstaltungen, aber auch durch die Begleitung von Soldatinnen und Soldaten sowie ihrer Angehörigen vor, nach und während der Einsätze im Ausland.

Die enge Kooperation zwischen Bundeswehr und Kommunen stellt letztlich einen „wichtigen Baustein für das gegenseitige Verständnis, Motivation für bürgerschaftliches Engagement und letztlich auch für eine stabile Verankerung der Streitkräfte in unserer Gesellschaft“ dar. **DK**



Florian Neumann (unten links), Leiter des Regionalbüros Nord der Transferagentur Bayern und Roths Landrat Herbert Eckstein (unten Mitte) unterzeichneten die gemeinsame Zielvereinbarung in den Räumen der Staatlichen Realschule Hilpoltstein im Beisein von Dr. Christa Ständecker (unten rechts), Geschäftsführerin der Metropolregion Nürnberg, Michael Buchholz, im Landratsamt Roth für die Bildungsregion zuständig, Bildungskordinatorin Sonja Möller und Schulleiter Kurt Wink (oben von links). □

Bildungsregion Landkreis Roth nachhaltig weiterentwickeln

Landrat Eckstein vereinbart Kooperation mit der Transferagentur Bayern

Nicht nur auf dem Papier steht die Bildungsgerechtigkeit als Handlungsmaxime im Landkreis Roth ganz oben. Im Landratsamt kümmert sich die Kreisentwicklung mit der Initiative Bildungsregion um die weitere Verbesserung des Lernens vor Ort. Und dabei holt sich die Kommune Expertise der Transferagentur Bayern ein, deren Regionalbüro Nord in der Geschäftsstelle der Metropolregion Nürnberg angesiedelt ist. Landrat Herbert Eckstein und Florian Neumann von der Transferagentur haben jetzt eine Zielvereinbarung unterzeichnet.

An vielen Stellen erleichtert der Landkreis Roth den Bürgerinnen und Bürgern schon den Zugang zu individuell passenden Bildungsangeboten. Doch die Kommune will die Situation weiter verbessern. „Kein Talent darf verloren gehen“, erinnert Landrat Herbert Eckstein an das Motto der Initiative zur Bildungsregion in Bayern, die vor drei Jahren gemeinsam mit der Stadt Schwabach begonnen worden war. „Wir können es uns nicht erlauben, dass einzelne herausfallen – weder menschlich noch wirtschaftlich“, betont Eckstein.

Angebote optimal koordinieren

Um die Ziele nicht aus den Augen zu verlieren, stellt das Landratsamt die Errungenschaften der Initiative nun auf Dauer: Kommunikation über aktuelle Bildungsfragen soll auf allen Ebenen regelmäßig stattfinden. Um die Zusammenarbeit aller Akteure kümmern sich Michael Buchholz für die Bildungsregion Roth und Sonja Möller im Bereich Neuzugewanderte. „Kommunale Bildungslandschaften leben von Kommunikation und gemeinsamer Interaktion aller beteiligten Bildungsakteure vor Ort“, sagt

Buchholz. Die optimale Koordination der Angebote vor Ort ist damit stetes Ziel, das zum Beispiel mit Hilfe eines Bildungsportals erreicht werden soll: Demnächst wird das Onlineportal dem Kreisausschuss Jugend und Familie vorgestellt. Ende des Jahres soll es online gehen.

„Gemeinden und Kommunen werden im Bildungsbereich zusammenarbeiten, um die Standortattraktivität unserer Region zu erhöhen“, sagt Dr. Christa Ständecker, Geschäftsführerin der Metropolregion Nürnberg. Die Transferagentur Bayern wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung eingerichtet, um Kommunen beim Aufbau eines kommunalen Bildungsmanagements zu unterstützen. „Der Landkreis Roth steigt hier schon auf fortgeschrittener Stufe ein“, ergänzt Dr. Ständecker.

Mit Hilfe der Agentur soll weiter an den Werkzeugen der Bildungssteuerung gefeilt werden: „Ein Bildungsmonitoring könnte Zahlen in Zukunft nicht nur erheben und veröffentlichen, sondern auch nutzen, um gemeinsam mit den Akteuren vor Ort Verbesserungschancen für die Zukunft auszuloten“, schlug Florian Neumann, Projektleiter des Nürnberger Büros der Transferagentur, vor. □

50 Jahre

Stadterhebung Königsbrunn

Festakt mit Kommunalminister Joachim Herrmann

Mit zahlreicher Prominenz hat die schwäbische Stadt Königsbrunn im Rahmen eines Festakts ihren 50. Geburtstag gefeiert. Am 28. April 1967 wurde dem damaligen Bürgermeister Fritz Wohlfahrt von Bruno Merk, seinerzeit bayerischer Innenminister, die Urkunde zur Stadterhebung überreicht. Damit wurde Königsbrunn eine besondere Bedeutung im Großraum Augsburg zuteil. Heute zählt die Stadt knapp 29.000 Einwohner.

Lange Zeit war Königsbrunn weit über die Grenzen von Bayern hinaus als längstes Straßendorf Bayerns bekannt. Mittlerweile hat die Stadt genügend andere Vorzüge – angefangen von kulturellen Einrichtungen über vielfältigste Freizeitmöglichkeiten in einem der zahlreichen Vereine bis hin zu entspannenden Wanderungen entlang des Lechs oder durch die Königsbrunner Heide.

Klares Konzept

Während Königsbrunn amtierender Bürgermeister Franz Feigl seine Stadt als „interessant, attraktiv und pubertär hin und her gerissen“ bezeichnete, verwies Augsburgs Altlandrat Karl Voegelé vor allem auf den Visionär Fritz Wohlfahrt, der in seiner Amtszeit von 1948 bis 1984 Königsbrunn zu einem Schwergewicht im Landkreis geformt habe. Ein klares Konzept, verbunden mit einer langfristigen Strategie, habe große Anerkennung bei seinen langjährigen Weggefährten gefunden. Königsbrunn sei Wohlfahrts Bestimmung und die Stadterhebung seine Sternstunde gewesen, erinnerte sich Voegelé.

Unverwechselbare Identität

„Königsbrunn hat im Laufe seiner Geschichte eine eigene und unverwechselbare Identität entwickelt. Zu ihrer vitalen und lebendigen örtlichen Gemeinschaft kann man die Stadt nur beglückwünschen“, hob Kommunalminister Joachim Herrmann in seiner Festrede hervor. Zur positiven Entwicklung der Stadt hätten auch das aktive Vereinsleben und das starke ehrenamtliche Engagement ihrer

Bürger, etwa in der Freiwilligen Feuerwehr Königsbrunn, beigetragen.

Herrmann wies auch darauf hin, dass die Kriminalitätsbelastung im Landkreis Augsburg sogar noch geringer ausfalle als im bayernweit ohnehin niedrigen Durchschnitt. „Das Risiko, in der Stadt Königsbrunn beispielsweise Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden, ist viel geringer als in Bundesländern wie etwa Nordrhein-Westfalen. Auch das macht Königsbrunn so lebenswert.“ Die Stadt Königsbrunn profitiere zudem in vielen Bereichen von einer Förderung durch den Freistaat Bayern.

Mehr an Sicherheit

Am Standort Königsbrunn bilde der Freistaat nicht nur Nachwuchs für die Bayerische Polizei aus, sondern halte auch Einsatzeinheiten bereit – für Herrmann ein Mehr an Sicherheit für die Region. Der Minister: „Wie ich gehört habe, wollen die Königsbrunner die V. Abteilung der Bayerischen Bereitschaftspolizei nicht mehr missen.“ Für die Bereitschaftspolizei soll in Königsbrunn nach Herrmanns Worten sogar noch ein zusätzliches Ausbildungsseminar eingerichtet werden. Im Rahmen der anstehenden Generalsanierung sei vorweg die Errichtung eines neuen Unterkunftsgebäudes geplant.

Darüber hinaus sei auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei in Königsbrunn in jüngster Zeit ein hochmodernes neues Dienstgebäude der Autorisierten Stelle Bayern errichtet worden. Dabei handle es sich um eine Außenstelle des Bayerischen Landeskrimi-

nalamts, die bayernweit für den Betrieb und das Management des Digitalfunks zuständig sei. Herrmann: „Ab Ende dieses Jahres werden knapp 100 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz von München hierher nach Königsbrunn verlegen. Das ist eine wichtige Stärkung der Region.“

Königsbrunn sei aber auch in vielen anderen Bereichen eine Förderung durch den Freistaat zugutegekommen. So habe etwa mit der Sanierung der Staatstraße 2380 von Königsbrunn bis Mering letztes Jahr ein wichtiges, rund 1,8 Millionen Euro teures Projekt in der Region umgesetzt werden können. Auch im Öffentlichen Personennahverkehr geht es Herrmann zufolge weiter vorwärts. Beabsichtigt sei, die in Haunstetten West endende Straßenbahnlinie 3 zu verlängern. Auf einer 4,6 km langen Neubaustrecke mit sechs Zwischenhalten solle es direkt ins Königsbrunner Zentrum gehen.

Förderung des Ehrenamts

Auch die Förderung gerade des sicherheitsrelevanten Ehrenamts ist dem Innenminister ein Anliegen. Die Unterstützung von Gemeinden und Landkreisen beim Erwerb von Feuerwehrfahrzeugen und bei der Errichtung von Feuerwehrgerätehäusern stelle hierbei ein ebenso wichtiges wie bewährtes Instrument dar. Zudem seien Königsbrunn die Programme der Städtebauförderung zu Gute gekommen. Aktuell begleite die Städtebauförderung etwa den Umbau der Stadtmitte.

Im Bereich des Experimentellen Wohnungsbaus sei in Königsbrunn im Rahmen des Modellvorhabens „Innerstädtische Wohnquartiere“ eine Anlage mit 57 Wohnungen entstanden. Der Freistaat habe diese mit mehr als vier Millionen Euro gefördert. **DK**



TAGEN MIT AUSBLICK

TAGEN MITTEN IN BAYERN – ZU ATTRAKTIVEN PREISEN.

Das AGB Tagungszentrum in Beilngries überzeugt durch seine zentrale Lage im Herzen Bayerns, im traumhaft schönen Altmühltal. Optimale Veranstaltungsräume, gut ausgestattete Einzel- und Doppelzimmer sowie eine abwechslungsreiche Gastronomie schaffen ein Umfeld, das Arbeit und Erholung bestmöglich vereint. Hier treffen inspirierende Freiräume auf die ideale Infrastruktur – zum Tagen, Genießen, Erleben und Entspannen.

Kontaktieren Sie uns für Informationen und fordern Sie unser kostenloses Infomaterial an: T. 08461.650-0 info@abg-tagungszentrum.de

www.abg-tagungszentrum.de

Tagungszentrum

Landkreis Rottal-Inn stellt erste Integrationslotsin in Bayern

Landrat Michael Fahmüller sieht starken Bedarf an Ansprechpartnern

Die umfassende Teilhabe von zugewanderten Menschen am gesellschaftlichen Leben ist von großer Bedeutung. Um den Prozess der Integration und Teilhabe sowohl von Neuzugewanderten als auch von bereits länger hier lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu unterstützen, fördert das Bayerische Sozial- und Integrationsministerium das Modellprojekt eines hauptamtlichen Integrationslotsen.

Landrat Michael Fahmüller sah darin eine Möglichkeit, den starken Bedarf an einem Ansprechpartner in diesem Bereich zu decken. Daher hat der Landkreis Rottal-Inn nach Bekanntmachung sofort reagiert und ein Förderkonzept eingereicht. Mit Erfolg: Seit 1. Mai 2017 hat der Landkreis nun eine Integrationslotsin – Kathrin Sträubig ist somit die erste hauptamtliche Integrationslotsin Bayerns. Dabei kann Sträubig auf einen großen Erfahrungsschatz im Umgang mit Geflüchteten zurück greifen, hat sie doch bereits seit 2015 die Position als Heimleiterin für zwei Flüchtlingsunterkünfte inne gehabt.

Erforderliche Kenntnisse

„Natürlich gibt es ein großes Potenzial an freiwilligem Engagement. Einzelpersonen sind hochmotiviert, Geflüchtete zu unterstützen. Die Begleitung der zugewanderten Menschen erfordert aber teilweise hohe Kenntnisse über Migrations- und Teilhabeprozesse, über die Vermittlung interkultureller Kompetenz sowie die Fähigkeit, Wege der Informationsbeschaffung aufzuzeigen“, so Kathrin Sträubig zur Notwendigkeit dieser Position.

Hauptaufgaben

Auf kommunaler Ebene gab es bisher keine Strukturen zur Integration, die Stelle als hauptamtliche Integrationslotsin soll diese Lücke nun schließen. Die Hauptaufgaben liegen im Aufbau kommunaler Strukturen, Analysieren bestehender Netzwerke regionaler Akteure und Beratung von Organisationen des bürgerschaftlichen Engagements. Dabei geht es nicht darum, Anträge auszufüllen, sondern vielmehr übernimmt Sträubig die Koordinierung der ehrenamtlichen Tätigkeiten wie beispielsweise mögliche Angebote zur Fortbildung ehrenamtlicher

Helfer, Planung eines „Runden Tisches“ zum Aufbau eines Netzwerkes oder Information über notwendige Anlaufstellen und Ansprechpartner.

Die Integrationslotsin fungiert als Anlaufstelle für regionale Akteure im Integrationsbereich wie



Michael Fahmüller gemeinsam mit Kathrin Sträubig.

Helferkreise, Kommunen, Vereine, Kindergärten und Schulen. Ziel ist es, die Migration und Teilhabe zu erleichtern, Ehrenamtliche zu stärken und Kommunen zu unterstützen.

Transparenz und Akzeptanz

Landrat Michael Fahmüller steht voll und ganz hinter der Position der Integrationslotsin: „Neben den bestehenden Einrichtungen in den Kommunen, den Wohlfahrtsverbänden, den Kirchen, Selbstorganisationen und sonstiger sozialer Institutionen kann Integrationsarbeit heute nicht mehr ohne Ehrenamtlichkeit auskommen. Die Position der Integrationslotsin schafft mehr Transparenz und Akzeptanz für die ehrenamtliche Integrationsarbeit und stillt den Bedarf nach einem Ansprechpartner für die Ehrenamtlichen.“

Stefan Röble ist neuer Vorsitzender des Kuratoriums der Hochschule Augsburg

Stefan Röble, Landrat des Landkreises Donau-Ries, ist Vorsitzender des Kuratoriums der Hochschule Augsburg. Auf der Sitzung Ende April wurde er einstimmig gewählt. Sein Stellvertreter ist Prof. Dr.-Ing. Manfred Hirt, ehemaliger Vorstandssprecher der Augsburger Renk AG und Vorstandsmitglied des Clusters Mechatronik und Automation.

In den kommenden drei Jahren

stehen Röble und Hirt dem 35-köpfigen Kuratorium der Hochschule Augsburg vor und beraten die Hochschule in ihrer strategischen Ausrichtung.

Das Kuratorium der Hochschule Augsburg wurde erstmals 2015 bestellt: Es setzt sich zusammen aus 35 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit besten Verbindungen und Netzwerken weit über Region und Landesgrenzen hinaus.



Landrat Christoph Göbel (r.) und Zweiter Bürgermeister Andreas Janson standen den Besuchern Rede und Antwort.

„Feel Home“-Unterkunft in Feldkirchen eröffnet

Schon Mitte bis Ende Mai werden die ersten Asylbewerber in die neue „Feel Home“-Unterkunft in Feldkirchen einziehen. Insgesamt bieten die Häuser Platz für bis zu 64 Bewohner. Bei der Eröffnung am Dienstag kamen rund 200 Landkreisbürger, darunter viele Nachbarn, um einen ersten Blick in die neuen Holzhäuser zu werfen.

„Diese Unterkunft ermöglicht es insbesondere Personen mit guter Bleibeperspektive, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden“, so Landrat Christoph Göbel in seinem Grußwort. Die Häuser seien noch zu Zeiten geplant worden, in welchen den Landkreis teilweise bis zu 140 Schutzsuchende pro Woche erreichten. „Derzeit haben wir zwar keinen hohen Zugang an Asylbewerber mehr, aber wir müssen auf den Familiennachzug vorbereitet sein“, so Göbel.

Feldkirchens Zweiter Bürgermeister Andreas Janson wünschte den „neuen und alten Nachbarn ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis“. „Wir haben uns im Gemeinderat viele Gedanken gemacht und viele Grundstücke angeschaut“, berichtete Janson. „Umso mehr freute er sich nun über die Eröffnung der Unterkunft in der Emeranstraße: „Feldkirchen kommt damit seiner so-

zialen und humanitären Verpflichtung nach.“

Bei der Unterkunft handelt es sich um zwei zweigeschossige Doppelhäuser sowie einem eingeschossigen Einzelhaus der Firma Feel Home auf einem gemeindeeigenen Grundstück. In den Objekten können insgesamt 64 Bewohner untergebracht werden. Zudem sind Räumlichkeiten für die Security und Sozialbetreuung eingeplant.

In jeder Wohneinheit stehen für jede Person ein Bett, ein abschließbarer Schrank und eine Sitzgelegenheit am Tisch zur Verfügung. Zur gemeinsamen Nutzung stehen zwei Bäder, eine Küche und eine Waschmaschine zur Verfügung.

Im Erdgeschoss des an der Hauptstraße gelegenen Hauses befindet sich ein Raum für Sozialbetreuung und Security, ein Schulungsraum ist ebenfalls vorgesehen.

Willkommenskultur, Bildung und Kunst

Regionalmanagement bei Zukunftsthemen der Heimatentwicklung im Landkreis Donau-Ries aktiv

Viel Geld fließt über den Fördertopf Regionalmanagement in den Landkreis Donau-Ries. Dadurch können viele Projekte umgesetzt werden. Nach fast sieben Jahren Arbeit legte Regionalmanager Klemens Heiningler eine erfolgreiche Bilanz vor. Besonders bei den Themen Willkommenskultur, Bildung und Kunst wurde viel bewegt, berichtete er jüngst dem Lenkungsgremium.

Landrat Stefan Röble begrüßte die Mitglieder des Lenkungsgremiums des Regionalmanagements im Landkreis Donau-Ries, einem Kreis aus Vertretern der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Er dankte für die gute Zusammenarbeit und die Förderung durch das Heimatministerium. „Ein Regionalmanagement ermöglicht uns, Zukunftsthemen in der Region aufzugreifen“, so Röble.

Dr. Hellmut Fröhlich, Leiter des Referats 58 - Regionalmanagement im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, lobte die Arbeit des Regionalmanagements und die Zusammensetzung im Lenkungsgremium: „Von der Politik und Verwaltung über die Agentur für Arbeit und die Energiebeauftragte bis hin zu benachbarten Regionalmanagements - hier sitzen alle wichtigen Akteure der Region am Tisch und arbeiten Hand in Hand.“

Dr. Florian Freund, Ansprechpartner für die Regionalmanagements bei der Regierung von Schwaben, bescheinigte dem Regionalmanagement im Landkreis eine sehr gute Arbeit. „Durch die Einrichtung des landesplanerischen Instruments ‘Regionalmanagement’ im Landkreis Donau-Ries können die Herausforderungen im ländlichen Raum optimal bewältigt werden“, so Freund.

Nach sechs Jahren und acht Monaten Arbeit stellte Regionalmanager Klemens Heiningler den Mitgliedern des Lenkungsgremiums seine Bilanz vor. Als Heimatmanager beschäftigt er sich vor allem mit den Zukunftsthemen Wettbewerbsfähigkeit, Bildung und Kunst. So stand im Sommer 2016 vor allem der Kunstpfad DONAURIES im Mittelpunkt. An 21 Orten im Landkreis stellten 22 Künstler aus der Region aus. Über 7.500 Besucher kamen zu diesem einmaligen Kunstprojekt des Landkreises.

Außerdem war der Regionalmanager im Bereich Willkommenskultur sehr aktiv und stellte ein Willkommenspaket mit Broschüren und Gutscheinen zusammen. Viele Kommunen und Unternehmen im Landkreis verteilen diese inzwischen an Neubürger und neue Mitarbeiter.

Auch die vom Regionalmanagement realisierten Jobbörsen brachten positive Ergebnisse. So konnten direkt durch die Börsen 73 ehemalige Mitarbeiter von Kathrein einen neuen Job in der Region finden. Im Bildungsbereich soll neben dem erfolgreichen Projekt Sprachlotse auch das Bildungsmanagement optimiert werden, also bessere Strukturen für die Bildungsarbeit geschaffen werden.

20. Bad Kissingener Gesundheitstage:

Gesund älter werden

Im April feierten die „Bad Kissingener Gesundheitstage“ ihr 20-jähriges Bestehen. Im Rahmen der Jubiläumsveranstaltung informierten Experten über neueste Entwicklungen in verschiedenen Gesundheitsbereichen. Neben unterschiedlichen Gesundheits- und Präventionsthemen stand das Thema „Gesund älter werden“ im Vordergrund.

Dabei standen Behandlungsmöglichkeiten von Osteoporose, integrative Maßnahmen zur Schmerzlinderung an Rücken und Gelenken, aber auch Parkinson, Schlaganfall sowie Demenz ebenso im Fokus wie Erscheinungsformen der Krankheitsbilder und ihr Verlauf.

Auch 2017 wurde die Wandelhalle wieder zum Anziehungspunkt für alle, die sich für Dienstleistungen im Gesundheitswesen, Gesundheits- und Wellnessprodukte, gesunde Ernährung und Fitness interessieren. Im Foyer informierten die Aussteller aus dem Bereich „Ganzheitliche Methoden“ über alternative Ansätze und Therapien.

Unterstützt und finanziell gefördert wurden die Gesundheitstage Bad Kissingen auch heuer wieder von der Regierung von Unterfranken. Wie Regierungspräsident Dr. Paul Beinhof bei der Eröffnung hervorhob, „müssen wir vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung auch in der medizinischen Versorgung neue Wege gehen“. Als Ergänzung zur patientenzentrierten unmittelbaren Betreuung bietet die Telemedizin dabei neue Möglichkeiten der Behandlung und Vernetzung. Sie ermöglichte, medizinisches Spezialwissen flächendeckend verfügbar zu machen, wovon insbesondere die Patienten im ländlichen Raum profitierten.

Das Zentrum für Telemedizin (ZTM) in Bad Kissingen sei „ein höchst wichtiges, zukunftsweisendes Projekt im sich wandelnden Gesundheitswesen“, stellte Beinhof fest. Zuletzt habe das ZTM im Februar mit dem Start von „MONA“, der Mobilien Netzwerkmedizinischen Assistenz“, bei der Patienten in den Landkreisen Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld von einer medizinischen Fachkraft per E-Mobil mit telemedizinischer Ausstattung betreut werden, Schlagzeilen gemacht.

Wie Unterfrankens Regierungspräsident betonte, werde die positive Entwicklung der Region von Seiten der Staatsregierung in vielfältiger Weise unterstützt und gefördert. So hätten sich in dem vom Staatsministerium für Gesundheit und Pflege angestoßenen Projekt „Gesundheitsregion plus“ die Bäderlande Donau-Ries, Unterfranken und Rhön-Grabfeld gemeinsam als eine der ersten Regionen in Bayern erfolgreich beworben. Mit dem 2015 ausgereichten Förderbescheid soll eine verstärkte Vernetzung der Präventions- und Versorgungsangebote sowie verbesserte Kommunikation und Kooperation der Akteure des Gesundheitswesens eine weitgehende Optimierung der Gesundheitsversorgung im nördlichen Unterfranken unterstützt werden.

Ferner werden im Zuge des 2015 vom Bayerischen Ministerium beschlossenen Konzepts zur Behördenverlagerung Teile des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit in Bad Kissingen angesiedelt: das Institut für gesunde Lebensmittel sowie das Institut für Kurortmedizin.

Als bedeutendster Badeort im Bäderland Bayerische Rhön bietet Bad Kissingen Beinhof zufolge nicht nur von seiner Lage her ideale Standortvoraussetzungen für das Institut für Kurortmedizin. Vielmehr werden auch die räumliche Nähe zur Universität Würzburg und die Kontakte zu deren medizinischer Fakultät genutzt. So steht die gemeinsame Ausschreibung einer W2-Professur für Kurmedizin der Universität und der Leitung des Instituts für Kurortmedizin des LGL in

Personalunion unmittelbar bevor.

„Für die bestmögliche medizinische Versorgung der Bevölkerung ist es unser aller Bestreben, die bestehenden Aktivitäten in der Region nachhaltig zu vernetzen, auszubauen und zu unterstützen“, so Beinhof. Ziele, die sich auch der Förderverein Gesundheitszentrum Bad Kissingen seit nunmehr 20 Jahren auf seine Fahnen schreibe.

Der Verein leiste somit seit vielen Jahren einen aktiven Beitrag zur Gesundheitsvorsorge in Stadt und Landkreis Bad Kissingen und habe sich seit seiner Gründung an zahlreichen Projekten mit gesundheitsbezogenen Themen beteiligt – „sei es durch die Organisation des reichhaltigen Kursprogramms für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises und von Aus-, Fort- und Weiterbildungsangeboten für Berufsbildungsmaßnahmen in Gesundheitsberufen, sei es in Forschung, Entwicklung und Innovation auf dem Gesundheitssektor oder als Träger der Bad Kissingener Gesundheitstage“. Der Förderverein Gesundheitszentrum Bad Kissingen mache damit nachhaltig und mit Erfolg Gesundheit zum Thema, unterstrich Beinhof abschließend.

DK

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
 Fachblatt der KPV in Bayern
 Herausgeber:
 Landrat Stefan Röble
 Redaktion:
 Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
 Doris Kirchner, Cheshin vom Dienst
 Jakob Döring
 Telefon 08171 / 9307-11
 Ständige Mitarbeiter:
 Lutz Roßmann (Landtag)
 Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
 Jörg Kunstmann (KPV)
 Peter Müller
 Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
 Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
 Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
 Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
 Anzeigen- und Vertrieb:
 Constanze von Hassel (verantwortlich)
 Telefon 08171 / 9307-13
 Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 51 vom 01.01.2017
 Anzeigenschlusstermine:
 siehe Erscheinungsbild und Themenplan
 Veranstaltungen:
 Theresa von Hassel (verantwortlich)
 Telefon 08171 / 9307-10
 Erscheinungsweise:
 22 Ausgaben jährlich
 (mit zwei Doppelausgaben)
 Jahresbezugspreis Inland:
 € 76,10 zzgl. MWSt.
 Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
 (Abrechnung über eine Adresse)
 € 38,25 zzgl. MWSt.
 Sammelabo ab 10 Zeitungen:
 (Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.
 Kündigung:
 zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
 Verlags- und Geschäftsleitung:
 Anne-Marie von Hassel
 Constanze von Hassel
 Theresa von Hassel
 Anschrift und Sitz des Verlags
 und aller verantwortlichen Personen:
 Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
 Postanschrift:
 Postfach 825, 82533 Geretsried
 Paketanschrift:
 Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
 Telefon 08171 / 9307-11
 Telefax 08171 / 9307-22
 eMail: info@gemeindezeitung.de
 Internet: www.gemeindezeitung.de
 Inhaber- und
 Beteiligungsverhältnisse:
 100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
 Anne-Marie von Hassel
 Constanze von Hassel
 Theresa von Hassel
 Druck und Auslieferung:
 DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
 Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
 Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Trauer um 1. Bürgermeister Fritz Wörl

Tiefe Bestürzung in der Gemeinde Leidersbach: Bürgermeister Fritz Wörl ist im Alter von 59 Jahren verstorben. Er engagierte sich schon frühzeitig leidenschaftlich in der Dorfgemeinschaft Volkersbrunn, wurde Ortschaftspräsident, Gemeinderat und schließlich 2. Bürgermeister der Gemeinde Leidersbach. In dieser Funktion übernahm er bereits große Verantwortung bei der Vertretung des 1. Bürgermeisters.

2014 wurde Fritz Wörl zum 1. Bürgermeister gewählt. In dieser Zeit forcierte er maßgeblich den Hochwasserschutz, die Verbesserung der Infrastruktur und den Schulerhalt. Darüber hinaus förderte er die energetische Weiterentwicklung der Gemeinde sowie den Tourismus. Besonders am Herzen lag ihm die Stärkung des Gemeinschaftsgefühls innerhalb der Vereine, der Dorfgemeinschaften und seiner Bürgerinnen und Bürger. Das geliebte Amt als 1. Bürgermeister führte er bis zuletzt mit großem Engagement und Herzblut aus.

Landkreistag Regensburg:

Zweite Sitzung des Jugendkreistages

Vor kurzem hat zum zweiten Mal der Jugendkreistag des Landkreises Regensburg getagt. Das Gremium soll Jugendlichen die Gelegenheit geben, ihre Ideen, Ansichten und Wünsche zu verschiedenen Themenbereichen in demokratisch legitimierte Gremien zur Sprache zu bringen. Aktuell setzt sich der Jugendkreistag aus 36 „ordentlichen“ Mitgliedern zusammen. 23 Schulen haben Vertreter entsandt. Zusätzlich ist der Kreisjugendring mit zwei Mandaten vertreten. Den Vorsitz führt Landrätin Tanja Schweiger.

„Ich freue mich sehr, Euch zum zweiten Mal im Landratsamt begrüßen zu dürfen. Als Vertreter des Jugendkreistages seid ihr das Sprachrohr der rund 33.000 Kinder und Jugendlichen im Landkreis. Wir nehmen Eure Anliegen ernst und bemühen uns sie - soweit es uns als Landkreisverwaltung möglich ist - umzusetzen“, so die Landrätin bei der Begrüßung. Neben den Mitgliedern des Jugendkreistages durfte sie als „Gäste“ Vertreter des „großen“ Kreistages, die Kreisrätin Petra Lutz und die Kreisräte Harald Stadler, Richard Wild, Matthias Ipfelkofer und Johann Jeserer sowie einige interessierte Bürger und eine Reihe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes begrüßen.

Der erste Punkt auf der Tagesordnung war die Berichterstattung über den Sachstand der in der konstituierenden Sitzung eingereichten Anträge. Die Jugendlichen hatten vergangenes Jahr 19 Anliegen vorbereitet, etwa zur Schülerbeförderung oder zur Ausstattung der Schulen mit Wasserspendern oder freiem WLAN. Weitere Themen waren Aufklärungskampagnen über Drogen oder die Kooperation von Schulen mit Sportvereinen. Alle Antragsinhalte wurden von der Landkreisverwaltung überprüft und - soweit möglich - umgesetzt.

So haben etwa zehn Schulen, für die der Landkreis selbst Sachaufwandsträger ist, inzwischen Wasserspender. Was den damaligen Beschluss des Jugendkreistages zur Umgestaltung des Pausenhofes der Realschule Regenstein betrifft, so wurde dieser mit einem Betrag in Höhe von 26.000 Euro in die aktuelle Haushaltsplanung aufgenommen. Die Umsetzung wird noch 2017 erfolgen.

Bei Themen ohne konkreten Umsetzungsauftrag hat die Landkreisverwaltung die Jugendkreisräte ausführlich beraten und ihnen ihre Unterstützung zugesagt. Anliegen, bei denen der Landkreis nicht selbst tätig werden konnte, wie etwa der Antrag auf Parkbeleuchtung in der Stadt Regensburg oder der Antrag auf Errichtung einer Tempo-30-Zone in Moosham, wurden an die zuständigen Ansprechpartner weitergeleitet. Die im vergangenen Jahr vom Jugendkreistag beschlossene Resolution an den Petitionsausschuss des Bayerischen Landtags bezüglich Schülerbeförderungskosten wurde nun von der Antragstellerin präsentiert.

Lebenswirklichkeit von Schülern

Nach einer kurzen Ausführung der Landrätin über den erst kürzlich beschlossenen Haushalt in Höhe von über 200 Millionen Euro und die laufenden Projekte des Landkreises stand die Abarbeitung der aktuellen Anträge des Jugendkreistages auf der Tagesordnung.

Wie schon in der konstituierenden Sitzung hatten die Jugendlichen Themen vorgebracht, die den Schulalltag unmittelbar betreffen; so etwa der erneute Antrag auf Ausstattung des Beruflichen Schulzentrums Regensburger Land mit freiem WLAN, den Wunsch nach Ausbau der Busverbindungen im nördlichen beziehungsweise im südöstlichen

Landkreis oder die Bitte um finanzielle Unterstützung im Rahmen einer Schulhausgestaltung.

Ausstattung des Beruflichen Schulzentrums mit freiem WLAN

Bereits in der Sitzung am 8.7.2016 fasste der Jugendkreistag einstimmig den Beschluss, dass der Antrag auf Installation von freiem WLAN am Beruflichen Schulzentrum Regensburger Land beziehungsweise an den Schulen, für die der Landkreis Regensburg Sachaufwandsträger ist, durch die Landkreisverwaltung geprüft und gegebenenfalls umgesetzt werden soll. Die Landkreisverwaltung und die Mitglieder des Jugendkreistages konnten sich nunmehr darauf einigen, dass freies WLAN für die Nutzung privater mobiler Geräte zu Unterrichtszwecken am Beruflichen Schulzentrum Regensburger Land und auch generell nicht erforderlich ist. Stattdessen werden die Landkreisschulen für die Nutzung von lokalem WLAN mit Tablets ein pädagogisches Konzept entwickeln.

Das Staatliche Berufliche Schulzentrum Regensburger Land werde in diesem Jahr mit weiteren Tablets vom Landkreis ausgestattet, so die Aussagen der Landkreis-Schulverwaltung. Ein Arbeitskreis - bestehend aus Schulleitern, EDV-Stelle und Schulverwaltung des Landkreises Regensburg sowie System- und EDV-Fachbetreuern der Schulen - hatte das Thema bereits vor der Sitzung intensiv diskutiert. Das Ergebnis: in den Unterrichtsräumen des Schulgebäudes sei ein lokales WLAN - das bei Bedarf in Verbindung mit der Verwendung von schuleigenen Geräten Tablets genutzt werden kann - ausreichend.

Antrag zur Flurgestaltung der Max-Ulrich-von-Drechsel Realschule

Jugendkreisräte der Max-Ulrich-von-Drechsel Realschule Regenstein haben die Landkreisverwaltung im Rahmen der Gestaltung ihres Schulhauses um finanzielle Unterstützung gebeten. Diese hat dem Jugendkreistag am Freitag mitgeteilt, dass man den Anregungen der Schülerinnen und Schüler zur Umgestaltung des Flures aufgeschlossen gegenüber stehe. Im Rahmen der geplanten Schulsanierung werde man die Vorschläge der Schüler an das Architekturbüro weiterleiten, um diese soweit wie möglich, in das Sanierungskonzept mit aufzunehmen. Im Jahr 2018 soll die Dreifachsporthalle der Realschule saniert werden und im Anschluss, voraussichtlich ab 2019, das Schulgebäude. In diesem Rahmen werden im Schulgebäude unter anderem die Decken, die Beleuchtung, die Böden etc. ausgetauscht. Die Planungen für die Generalsanierung des Schulgebäudes beginnen in den nächsten Wochen.

Jugendkreisräte des Gymnasiums Neutraubling wünschen sich vor allem am Wochenende eine bessere Busverbindung vom südlichen und östlichen Landkreis (Mintraching, Schönbach, Brennbach und Altentham) in Richtung Regensburg. Das Thema „Busverbindungen“ wurde von der Landkreisver-

waltung an die Gesellschaft zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Regensburg mbH (GFN) beziehungsweise dem Regensburger Verkehrsverbund (RVV) übergeben. Josef Weigl, Geschäftsführer RVV und GFN, teilte dem Jugendkreistag am Freitag mit, dass mit Ausnahme von Schönbach (Linie 33) das ÖPNV-Angebot für die angeführten Orte in der Vergangenheit bereits nachhaltig verbessert werden konnte. Das Angebot im südlichen Landkreis entspreche den Kriterien des Regionalen Nahverkehrsplans und gehe teilweise über eine Grundversorgung hinaus. Kritisiert würden immer wieder zu Recht die Schwächen im Abendverkehr und am Wochenende. Hier bestehe laut Weigl noch Handlungsbedarf. Maßnahmen sollen zeitnah im Rahmen der zur Verfügung stehenden Finanzmittel umgesetzt werden. Die grundlegende Überarbeitung und bedarfsgerechte Ausweitung des Busangebots auf der Linie 33 „Schönbach - Pfatter - Regensburg“ sei eine bisher noch nicht umgesetzte Maßnahme des Regionalen Nahverkehrsplans.

Bessere ÖPNV-Anbindung von Schulstandorten

Auch der Antrag von Jugendkreisräten des Regental-Gymnasiums Nittenau hinsichtlich einer besseren ÖPNV-Anbindung von Schulstandorten wurde von GFN und RVV intensiv überprüft und beantwortet. Die ÖPNV-Anbindung der Stadt Nittenau aus dem Bereich der Gemeinden Wenzenbach und Bernhardswald sei derzeit ausschließlich auf den Bedarf des Schülerverkehrs für das Gymnasium Nittenau hin ausgerichtet. Obwohl von der Anzahl der Schüler her die Beförderung auch mit zwei Bussen erfolgen könnte, seien zur Reduzierung der Fahrzeiten und der Stehplatzbelegung morgens und mittags jeweils drei Busse im Einsatz. Ein über die Schülerbeförderung hinausgehendes ÖPNV-Angebot bestehe wegen der zu erwartenden nur sehr geringen Nachfrage nicht.

Generell gelte, dass die GFN in den letzten Jahren wesentliche Angebotsverbesserungen vor allem im Schüler- und Berufsverkehr realisieren konnte. So wurden Taktverkehre verdichtet, Wochenendverkehre und Schnellbusse neu eingerichtet, Gewerbegebiete angebunden und das Angebot für Schüler bedarfsgerechter gestaltet und ausgeweitet.

Aus den bereits umgesetzten Optimierungsmaßnahmen im Regional- und Schienenverkehr sowie aus den tariflichen Vergünstigungen im RVV übernehme der Landkreis aus Mitteln des Kreishaushalts bereits ein Defizit von rund 4,3 Mio. Euro jährlich. Der vorhandene Standard solle jedoch gehalten und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Finanzmittel weiter verbessert werden. Ziel sei es, mit dem ÖPNV möglichst umfassende Mobilitätsbedürfnisse zu sichern. Vorrangige Grundlage für die Weiterentwicklung des ÖPNV sei aber die Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit der Leistungen, so Josef Weigl.

Landkreisverwaltung, GFN und Jugendkreistag einigten sich darauf, dass bei der Planung des Regionalbusverkehrs - innerhalb des Landkreises und über dessen Grenzen hinaus - soweit möglich die Belange junger Menschen hinsichtlich ihrer Mobilität besonders berücksichtigt werden. □

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen haben es die Bur-schen von den Umfrageinstituten ja ganz schlaue gemacht. Die Ergebnisse waren so unterschiedlich, dass mindestens eines gar nicht daneben liegen konnte.“ Mein Chef, der Bürgermeister, machte sich Gedanken zur Zuverlässigkeit von Vorwahlumfragen und Ergebnisprognosen. Denn schließlich wird bald der Bundestag gewählt und ein Jahr darauf der Bayerische Landtag. Bis zur Kommunalwahl ist zwar noch etwas hin, aber trotzdem kann man sich ja schon mal Gedanken machen, ob man wirklich für den Blick in die Glaskugel der Demoskopien Geld einplanen soll.

Man ist hin und her gerissen zwischen einer gesunden Skepsis gegenüber Umfragen allgemein und der zwanghaften Neugier, früher mehr als andere über den Wahlausgang wissen zu wol-

Demoskopie auf dem Prüfstand

len. Lange Jahre galt es ja als ausgemacht, dass die empirische Sozialforschung in der Lage ist, den Menschen so genau ins Hirn zu schauen, dass der eigentliche Wahlakt mehr oder weniger nur mehr die formale Bestätigung der Umfrageergebnisse darstellt.

Dieser fromme Wunderglaube hat seit gut einem Jahr einen empfindlichen Knacks bekommen. Wie war das noch? Die Briten sind zwar exzentrisch, aber nicht so dumm, sich durch den Brexit ihr eigenes wirtschaftliches Grab zu schaufeln? Die Prognosen lagen falsch. Amerika wird die unsympathische, aber erfahrene Hillary Clinton zur Präsidentin wählen und nicht einen erratischen Showmaster auf Egotrip? Ein Satz mit x. Und im Saarland gibt es Dank Schulz-Effekt ein Kopf-an-Kopf-Rennen der großen Parteien? Ergebnis bekannt.

Besser waren die Demoskopien, als sie in Frankreich den Sieg des juvenilen Monsieur Macron gegen Tante Marine voraussagten; und beim Ergebnis in Schleswig-Holstein. Aber da war der Schulz-Zug längst auf Gleis 9 ¼ abgestellt und die Republik hatte ungläubig gelernt, dass frühere Nichtwähler scharenweise zur CDU wechseln, statt wie es im politologischen Lehr-

buch steht, gefälligst die aktuelle Protestpartei zu pimpen.

Jetzt in NRW konnte man frei wählen zwischen Umfragen, die die SPD und solchen, die die CDU vorne sahen. Aufrechte Liberale konnten sich an einer zweistelligen Prognose für die F.D.P. erfreuen, nicht so große Fans von quietschbunten Plakaten lasen die Umfragen, die blau-gelb-magenta eher einstellig sahen. Aber die Möglichkeit, die klassische bürgerliche Koalition der Bonner Republik neu aufzulegen, sah wohl kein Institut am Wahlhorizont.

Aber es ist schon auch verteuftelt schwer, sich angesichts einer immer volatileren Wählerlandschaft ein zuverlässiges Bild von der Stimmung im Lande zu machen. Da steigt ein alter, in Jahrzehnten politischer Tätigkeit ergrauter sozialdemokratischer Fahrensman über Nacht zum frischen Gesicht der deutschen Politik auf, nur um ein paar Wochen später wie ein verschrumpelter Ballon, aus dem die Luft fast vollständig entwichen ist, in der demoskopischen Ecke zu landen. Statt dessen denkt der Wähler „keine Experimente“ und entdeckt seine Liebe zum Stabilitätsanker im Kanzleramt wieder. Der zuletzt immer größer werdende Kreis der Nichtwähler löst sich auch auf und es finden wieder mehr Leute spannend oder wichtig, in der politischen Arena auch durch Wahlen mitzumischen. Sicherlich auch nicht zu unterschätzen: Die Protestparteien von links und rechts ködern mit im Kern den gleichen Parolen die Unzufriedenen und Beladenen im Lande, so dass man es fast schon mit einem Münzwurf entscheiden kann, ob man lieber die Dame mit Dutt oder die mit frecher Kurzhaarfrisur wählt.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist noch total unentschlossen, ob er noch einmal so großes Vertrauen in die Demoskopien setzen soll, wie er es schon einmal hatte. Aber klar, die Welt ändert sich in rasender Geschwindigkeit, da muss man auch als Sozialwissenschaftler erst mal hinterher kommen. Verlassen kann man sich eigentlich nur auf die Erkenntnis Winston Churchills: „Ein Experte ist ein Mann, der hinterher genau sagen kann, warum seine Prognose nicht gestimmt hat.“

the
Sabrina

KPV im Kreisverband Günzburg:

Aktuelle Themen und Neuwahlen

Warum müssen als Asylbewerber anerkannte Flüchtlinge leer stehende und Kosten verursachende Unterkünfte verlassen und den von Haus aus angespannten Wohnungsmarkt belasten? Mit diesem Thema und der Neuwahl des Kreisvorstandes beschäftigten sich u.a. die überwiegend mit CSU-Partei ausgestattet kommunalpolitiker im Landkreis Günzburg bei ihrem jüngsten Treffen. Die Mandatsträger auf Gemeinde-, Kreis- und Bezirksebene sind in der kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) zusammengefasst und werden weiter von Bürgermeister und Kreisrat Matthias Kiermasz (Kammeltal) geführt. Stellvertreter bleiben Sandra Dietrich-Kast (Rettenbach) und Stefan Baisch (Günzburg).

Bezirksrätin und stellvertretende CSU-Kreisvorsitzende Stefanie Denzler leitete die Wahl. Zunächst ging sie in einem Kurzreferat aber auf die Alleinstellungsmerkmale der dritten kommunalen Ebene „Bezirk“ in Bayern mit dem Schwerpunkt „Soziales“ ein.

Hoch angesehene Kliniken

96 Prozent des Haushalts sind dadurch ausgefüllt. Insbesondere der Landkreis Günzburg ist davon stark geprägt. Von 3.500 Mitarbeitern sind alleine hier 2.300 beschäftigt. Gerade die Kliniken in der Großen Kreisstadt sind dazu führend in Deutschland in der Psychiatrie, Neurologie, Schlaganfallforschung und Schmerzambulanz. Weit über 100 Millionen Euro fließen und flossen in jüngerer Zeit in bauliche Maßnahmen und modernste Geräten.

Kreisvorsitzender Matthias Kiermasz berichtete von seinem Engagement auf Bezirks- und Landesebene. Als Finanzexperte

Zwischenzeitlich leer stehende und längerfristig angemietete Unterkünfte dürften nicht von als Asylbewerber anerkannten Flüchtlingen belegt werden, da es bei der Verrechnung von „Ein-künften“ keine Haushaltsstelle gibt. Das hatte nur Kopfschütteln zur Folge - schließlich könne die Kompetenzstreiterei zwischen Land und Bund keine Lösung sein.

Matthias Kiermasz wird das Thema nochmals auf höherer Ebene einbringen, weiß er doch Landrat Hubert Hafner als Sprecher der schwäbischen Landräte an seiner Seite. **haj**



V. l.: Die wiedergewählte Vorstandschaft der KPV Günzburg mit dem Vorsitzenden Matthias Kiermasz, Sandra Dietrich-Kast, Bezirksrätin Stefanie Denzler und Stefan Baisch. Bild: haj

Im Einsatz für einen gesellschaftlichen Wandel:

Das Bergwaldprojekt e.V.

Von Lena Gärtner, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Bergwaldprojekt e.V.

Wir sehen uns mit schwer wiegenden sozialen und ökologischen Krisen konfrontiert. Vier der neun planetaren Grenzen, die wir zur Vermeidung katastrophaler Umweltveränderungen einhalten müssen, sind unter dem Einfluss des Menschen bereits überschritten. Zwei dieser bereits überschrittenen Grenzen, Klimawandel und Artensterben, sind von entscheidender Bedeutung, werden sie deutlich überschritten, könnte dies das Erdsystem in einen neuen Zustand versetzen.

Der Klimaschutzplan 2050 und die nationale Biodiversitätsstrategie haben für Deutschland Ziele gesetzt, um den fortschreitenden Verlusten unserer natürlichen Lebensgrundlagen entgegenzuwirken. Doch Worte allein genügen nicht, wir müssen individuell, institutionell und als Gesell-

schaft aktiv werden, um die gesellschaftliche Transformation voranzubringen.

Engagement für eine nachhaltige Welt

Die Einsatzwochen des Bergwaldprojekts motivieren beispiel-

haft zu einem solchen aktiven Handeln und zur Übernahme von Verantwortung. Ziel des Bergwaldprojekt e.V. ist seit nunmehr 25 Jahren der Schutz, der Erhalt und die Pflege des Waldes, insbesondere des Bergwaldes und der Kulturlandschaften sowie die Förderung des Verständnisses für die Zusammenhänge in der Natur, die Belange des Waldes und die Abhängigkeit des Menschen von diesen Lebensgrundlagen. Zu diesem Zweck arbeitet der Verein mit Freiwilligen in Wäldern, Mooren und Freilandbiotopen an verschiedenen Orten in ganz Deutschland – 2017 mit elf Einsatzorten in Bayern.

Einsatzziele

Ziel der Arbeitseinsätze ist es, die vielfältigen Funktionen der Ökosysteme zu erhalten, den Teilnehmern die Bedeutung und die Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen bewusst zu machen und einer breiten Öffentlichkeit freudvolle Anstöße für einen naturverträglichen Umgang mit den natürlichen Ressourcen zu geben.

In den Einsatzwochen werden, z. B. in Balderschwang, Steige gebaut und Pflanzungen durchgeführt, etwa in Bad Tölz, Schutzwälder saniert und, z. B. im bayerischen Teil des Biosphärenreservats Rhön, Landschaften gepflegt. Seit vielen Jahren engagiert sich das Bergwaldprojekt zudem für die Wiedervernässung von degradierten Mooren, 2017 etwa auch im Nationalpark Bayerischer Wald. Die gemeinnützigen Arbeiten finden ausschließlich in öffentlichen Wald- und Natur-

schutzgebieten in Zusammenarbeit mit den örtlichen Forst- und Naturschutzverantwortlichen statt und werden von Förstern des Bergwaldprojekts fachkundig angeleitet.

Das Bergwaldprojekt bringt mit seinen Einsatzwochen allein in Deutschland jedes Jahr über 2.000 Menschen in die Natur. Projekte werden als Einsatzwochen für Erwachsene, Familienwochen, integrative Wochen mit Menschen mit Behinderung und mit geflüchteten Menschen, Unternehmenseinsätze (Corporate-Volunteer-Tage) und Waldschulwochen mit Bildungseinrichtungen angeboten.

Für ökologische Waldnutzung

Das Bergwaldprojekt will mit seiner konkreten Arbeit einen aktiven Beitrag leisten, um langfristig und dauerhaft die Biodiversität der heimischen Waldgesellschaften zu erhalten und eine sozialverträgliche und ökologische Waldnutzung zu etablieren. Der Verein möchte Anstöße für einen gesellschaftlichen Wandel hin zu einer klima- und naturverträglichen zukunftsfähigen Lebensweise der Menschen geben und den ökologischen Krisen Aktivität, Mut und kooperatives Handeln entgegensetzen. Auf dem Weg hin zu einer gerechteren, freundlicheren nachhaltigen Welt auch für zukünftige Generationen ist jeder Einzelne gefragt, mit anzupacken und dafür einzutreten.

Kommunale Waldbesitzer im Alpenraum gesucht

Erst wenn mehr Menschen verstehen und aktiv daran mitwirken, selbst ein Teil der Veränderung zu sein, die wir uns für unseren Planeten und für alle seine Bewohnerinnen und Bewohner wünschen, werden wir diesen auch für zukünftige

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegen eine Beilage des ABG Tagungszentrums Beilngries sowie die Einladung der Bayerischen Gemeindezeitung zum 10. Bayerischen EnergieForum bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Bayerische Wahlergebnisse

Bei der Landratswahl in Pfaffenhofen a.d. Ilm ist Amtsinhaber Martin Wolf (CSU) wiedergewählt worden. Obwohl ungewiss ist, ob der 61-Jährige nach einem schweren Motorradunfall die Wahl annehmen kann – Wolf leidet unter Amnesie –, haben ihn 74,6 % der Bürger erneut in seinem Amt bestätigt. Der Mitbewerber von den Grünen, Norbert Ettenhuber, erreichte 12,78 % der Stimmen, der FDP-Stadtrat Franz Niedermayr kam auf 12,66 %. Die Wahlbeteiligung lag bei 34 %.

Neuer Rathauschef in Buxheim (Landkreis Unterallgäu) ist der CSU-Kommunalpolitiker Wolfgang Schmidt. Er erhielt bei der Bürgermeisterwahl 63,54 % der Stimmen. Der parteilose Kontrahent Johannes Seidenspinner konnte 36,46 % auf sich vereinen. Der bisherige Rathauschef Werner Birkle (CSU) war nicht mehr zur Wahl angetreten. Die Wahlbeteiligung lag bei 69 %.

Zum neuen 1. Bürgermeister in Randersacker (Landkreis Würzburg) wurde Michael Sedelmayer bestimmt. Der parteilose Kandidat erhielt fast 70 % der Stimmen. Gegenkandidat war der amtierende 2. Bürgermeister Oliver Liedtke von der Lindelbacher Liste. Die Wahlbeteiligung lag bei 67,6 Prozent.

Nötig war die Bürgermeisterwahl, weil der 2014 wiedergewählte hauptamtliche Bürgermeister Dietmar Vogel zum 1. Februar 2017 zurückgetreten war. Zwei Jahre zuvor bereits hatte die Landesadvokatur München als Disziplinarbehörde Vogel wegen des Verdachtes der Untreue vom Dienst suspendiert. Er hatte sich unrechtmäßig Urlaubstage auszahlen lassen.

Auch in Bad Bocklet (Landkreis Bad Kissingen) wurde gewählt. Neuer Bürgermeister wird Andreas Sandwall (CSU). Er holte als alleiniger Kandidat 88 Prozent der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 44,3 Prozent. **DK**

Generationen erhalten. Wir suchen kommunale Waldbesitzer im Alpenraum, die Interesse haben, mit uns ab 2018 zusammenzuarbeiten. **Mail: info@bergwaldprojekt.de, Tel.: 0931 – 452 62 61. Mehr Infos und Anmeldung unter www.bergwaldprojekt.de** □



Das Bergwaldprojekt bringt mit seinen Einsatzwochen allein in Deutschland jedes Jahr über 2.000 Menschen in die Natur. Bild: Bergwaldprojekt e.V.

Vorschau auf GZ 11

In unserer Ausgabe Nr. 11, die am 16. Juni 2017 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Energiethematik
- Kommunalfinanzen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Technische Ausstattung öffentlicher Gebäude

LIEFERANTEN - **GZ** - NACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG  **Fahnen Koch**
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 - 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 65 70

Energiedienstleistung



Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST  **P. HENKEL**
Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten,
Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsammler
HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10
E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

FAHNEN KOCH COBURG  **Fahnen Koch**
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER

www.fahnen-koessinger.de
Telefon: 09451 / 9313-0

- Fahnen
- Maste
- Roll-Ups
- Bekleidung
- und vieles mehr



Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de 

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

 www.twitter.com/gz_aktuell
 www.facebook.com/GZaktuell

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Energieeinsparung für Ihre Luft- und Klimaanlage

Mit Einsatz multifunktionaler Wärme- / Kälterückgewinnungssysteme

- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Hohe Reduzierung der sonst erforderlichen Heiz-, Kälte- und Rückkühlleistungen
- Maximale Einsparung an Wärme, Kälte und Strom auf Jahrzehnte
- Absolut keim- und schadstofffreie Wärme-/Kälteübertragung - auch im Störfall ohne Rauch- und Brandübertragung → optimale Luftqualität

hocheffizient + hochrentabel + hochredundant

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum; Aschaffenburg: Fachhochschule;
Bamberg: Klinikum; Bayreuth: Klinikum; Ingolstadt:
Saturn Arena; München: Bay. Nationalmuseum, Berufsschule, Klinikum Großhadern, Muffathalle, Techn. Universität, Villa Stuck; Regensburg: Universität; Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus; Würzburg: Universität etc.

SEW® GmbH
47906 Kempen
Tel.: 02152 / 91560

SEW
www.sew-kempen.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 → www.hailo-professional.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der
BAYERISCHE Gemeindezeitung
www.gemeindezeitung.de



TAGEN
MIT
AUSBLICK

TAGEN
MITTEN IN
BAYERN – ZU
ATTRAKTIVEN
PREISEN.

TRAUMHAFTE LAGE IM HERZEN BAYERNS

Kurz hinter Beilngries, mitten im schönen Altmühltal, liegt das ABG Tagungszentrum. Die überaus zentrale Lage mitten in Bayern ist von enormem Vorteil für alle Gäste des Hauses. Zudem ist das ABG Tagungszentrum verkehrsgünstig über die A9 oder mit dem ICE und der Regionalbahn über Ingolstadt oder Kinding zu erreichen.

Das Tagungszentrum schmiegt sich direkt an die bewaldeten Hänge oberhalb der ruhig dahinfließenden Altmühl und vermittelt bereits bei der Ankunft ein leichtes Gefühl der Entspannung.





BESTES PREIS- LEISTUNGSVERHÄLTNIS

Mit dem ABG Tagungszentrum steht Ihnen ein attraktiver Veranstaltungspartner zur Verfügung. Lassen Sie sich von optimalen Veranstaltungsräumen, gut ausgestatteten Einzel- und Doppelzimmern sowie unserer abwechslungsreichen Gastronomie überzeugen. Alles zum besten Preis-/Leistungsverhältnis.

Wir heißen Sie herzlich Willkommen. In einem Umfeld, das Arbeit und Erholung bestmöglich vereint. Hier treffen inspirierende Freiräume auf die ideale Infrastruktur – zum Tagen, Genießen, Erleben und Entspannen.



**KONTAKTIEREN SIE
UNS FÜR WEITERE
INFORMATIONEN UND
FORDERN SIE UNSER
KOSTENLOSES
INFOMATERIAL AN.**



ABG Tagungszentrum
Leising 16 | 92339 Beilngries

T. 08461.650-0 | F. 08461.650-1371
info@abg-tagungszentrum.de

www.abg-tagungszentrum.de

Veranstaltungsort

Stadthalle Germering
Landsberger Str. 39, 82110 Germering

Termin

Donnerstag, 22. Juni 2017, 10:00 - 17:00 Uhr
Einlass ab 9:00 Uhr
Aktueller Stand über Vorträge und Aussteller
www.bayerisches-energieforum.de

Veranstalter

Bayerische GemeindeZeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH, Geretsried

So erreichen Sie das 10. Bayerische EnergieForum

Unter www.bayerisches-energieforum.de →
Veranstaltung 2017 → Veranstaltungsort können Sie
direkt Ihre Route planen.

- ÖPNV: SBahn S8 Haltestelle
Germering-Unterpfaffenhofen, ca. 400 m Fußweg
- PKW: Tiefgarage & Parkhaus vor Ort

Tagungsbeitrag

- Für Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen ist nach vorheriger Registrierung die Teilnahme am 10. Bayerischen EnergieForum kostenfrei.
- Für Wirtschaftsvertreter beträgt der Tagungsbeitrag 95,- €.
- Abonnenten der Bayerischen GemeindeZeitung berechnen wir einen reduzierten Tagungsbeitrag von 55,- € pro Person.

Verköstigung

Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Anmeldung

Bayerische GemeindeZeitung
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon: 08171/9307-11
Telefax: 08171/9307-22
eMail: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Internet: www.bayerisches-energieforum.de



10. BAYERISCHES ENERGIE FORUM

Donnerstag, 22. Juni 2017
Einlass 9:00 Uhr
Stadthalle Germering
Landsberger Str. 39, 82110 Germering
www.bayerisches-energieforum.de

Vortragsprogramm

Da die Vortragszeiten noch nicht endgültig bestätigt sind, erhalten Sie hier die Themenübersicht.

Den aktuellen Zeitplan finden Sie sobald wie möglich auf unserer Veranstaltungshomepage www.bayerisches-energieforum.de

ab 09:00 Eintreffen | Anmeldung der Gäste

10:00 Begrüßung

Theresa von Hassel | Bayerische Gemeindezeitung

Energienutzungsplan und dann?

Klimaschutzziele praktisch umgesetzt

Dipl.-Ing. Volkmar Schäfer, Geschäftsführer eta

Energieberatung GmbH | SWM Infrastruktur GmbH

E-Mobilität in Bayern und Deutschland:

Status und aktuelle Trends

Christoph Somborn & Martin Hanner | Bayernwerk AG

Contracting in Kommunen –

Vorgehensweise, Planung und erfolgreiche Umsetzung

Christian Stettner | Südwärme AG

Die Heizhaus-Steuerung –

das Hirn der Wärmeerzeugung und -verteilung

Sebastian Blab | Enerpipe GmbH

Nahwärmekonzept 4.0 | Bisher ungenutzte

Niedertemperatur-Abwärme aus Industrie und Gewerbe

Elias Bettrich (B.Eng.) | ratioplan GmbH

Bayerische Sparkassen & Deutsche Kreditbank AG | maß-

geschneiderte Verbundlösungen für regionale Energieprojekte

n.n. | Deutsche Kreditbank AG in Zusammenarbeit

mit dem Sparkassenverband Bayern

Der Weg in das digitale Zeitalter in der öffentlichen Beleuchtung

Matthias Schmidt | Philips Lighting

Aktuelle Entwicklungen i nder CNG- und E-Mobilität

Thomas Wöber | gibgas consulting im Auftrag von erdgas schwaben

Kommunales Energiemanagement

Damaris Schäfer | Landesgewerbeanstalt Bayern

Großspeicher-Lösungen (AT)

n.n. | VARTA Storage GmbH

Wie soll das (gut) werden?

Fragestellungen für die kommunale Klimafolgenanpassung

Peter Keller | Green City Energy AG

Wärmenetze im Neubaugebiet erfolgreich umsetzen

Markus Euring | Enerpipe GmbH

Bürger vs. Kommunen - Wie in Kommunen die Zustimmung zu Unternehmensansiedlungen und Infrastrukturprojekten gewonnen werden kann.

Dr. Andreas Bachmeier | Engel & Zimmermann AG

Die energetische Modernisierung von Baudenkmalern und besonders erhaltenswerter Bausubstanz

Dipl.-Ing.(FH) Klaus-Jürgen Edelhäuser |

Bayerische Ingenieurekammer Bau

Clean Power Net – Starkes Bündnis für eine zuverlässige und umweltfreundliche Stromversorgung aus der Brennstoffzelle

Dr. Ludwig Jörissen | Zentrum für Sonnenenergie- und

Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW)

Verabschiedung, Austausch und Ausklang

ca. 17:15 Ende der Veranstaltung

Unsere Partner

Bayerischer Städtetag • Bayerischer Gemeindetag • Bayerischer Landkreistag

Bayerische Ingenieurekammer Bau • Bayernwerk AG • COPLAN AG • Clean Power Net • DKB - Deutsche Kreditbank AG • Energie Südbayern GmbH • Enerpipe GmbH • Engel & Zimmermann AG • erdgas schwaben • gibgas consulting • Green City Energy AG • Landesgewerbeanstalt Bayern Körperschaft des öffentlichen Rechts • Langmatz GmbH • LfA Förderbank Bayern • Lüftungs- und Reinigungsservice • NOW GmbH • Performance in Lighting GmbH • Philips Lighting • ratioplan GmbH • renergie Allgäu e.V. • Sparkassenverband Bayern • Südwärme AG • SWM Infrastruktur GmbH & Co. KG •

TV Bayern Live • Tyczka Totalgaz GmbH • VARTA Storage GmbH

Anmeldung

Bitte melden Sie sich bis zum 16. Juni 2017 an. Danke.

Fax 08171 / 93 07-22

eMail veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Ja, ich nehme am 22. Juni 2017 am 10. Bayerischen EnergieForum teil.

Name

Behörde | Abteilung | Firma | Funktion |

Dienstanschrift

Telefonnummer

eMail



Tagungsbeitrag

Ihre Anmeldung als

Kommunalvertreter
kostenfrei

GZ-Abonnent
55,-€
Kd.Nr.: _____

Wirtschaftsvertreter
95,-€